

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t N r . 2

über die G e m e i n d e r a t s s i t z u n g a m S o n n -
tag, dem 6. März 1994, um 9.30 Uhr im Rathaus, Paracel-
sussaal.

T a g e s o r d n u n g

F r a g e s t u n d e

- 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2.) Resolution an den Kärntner Landtag auf Verschärfung der Bestimmungen über die Offenlegung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse von Stadtsenatsmitgliedern (Antrag der SPÖ)
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 3.) Rücknahme der Gebühren im Bereich der Müllentsorgung auf das Altsystem und Erstellung eines Konzeptes, welches die Müllvermeidung belohnt (Antrag der FPÖ, ÖVP, VIG und VLT)
Berichterstatter: Vizebgm. Hans Peter Binter
- 4.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge

A n w e s e n d e

Bürgermeister Helmut Manzenreiter

1. Vizebürgermeisterin Mag. Monika Kohl-Kircher

2. Vizebürgermeister Hans-Peter Binter

Stadtrat Walter Ladstätter

Stadtrat Franz Pacher

Stadtrat Richard Pfeiler

Stadtrat Dieter Haslinger

Stadtrat Ing. Gerd Klamt

Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe

GR Prof. Mag. Werner Raup

GR Christian Luser

GR Kurt Pinteritsch

GR Isidor Scheriau

GR Lorenz Samnitz

GR Hilde Schaumberger

GR Harald Sobe

GR Adolf Kopeinig

GR Arch. Ing. Horst Eder

GR Erika Lassnig

GR Ing. Karl Woschitz

GR Gerhard Kofler
für GR Direktor Helmut Raup

GR Dir. Mag. Dr. Josef Koschitz

GR Günther Stastny bis 13.30 Uhr
GR Helmut Treiber ab 13.30 Uhr

GR Mag. Heinz Maurer

GR Gertrude Vais

GR Ludwig Oitzinger

GR Monika Obergantschnig

GR Rudolf Unterköfler

GR Wilhelm Dobnig
für GR Johann Ebner

GR Waltraud Rettl

GR Sigrid Steinkellner

Bürgermeister Mangnauer: Er begrüßt die anwesenden, stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung. Gegen das Protokoll der letzten Sitzung werden keine Änderungen eingebracht.

GR Ing. Siegfried Andronik
GR Roland Zellot
GR Otto Skedl
GR Herwig Zussner
GR Eleonore Schmoliner
GR Dr. Josef Löberbauer
GR Kom.-Rat Dkfm. Dr. Gerhard Ertl
GR Friederike Lausegger
GR Johann Kreschischnig
GR Heimo Schlosser
GR Helmut Hinterleitner
GR Mag. Herwig Burian
GR Mag. Hans Haider
GR Josef Spitzer

Magistratsdirektor Dr. Bruno Kathollnig
Mag. Emil Pinter

i.V. Finanzdirektor Manfred Stampfer
Kontrollamtsdirektor Dietmar Bihlo

Schriftführung: Karin Wernig

Bürgermeister Manzenreiter begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlußfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung. Gegen das Protokoll der letzten Gemeinderatssitzung werden keine Einwendungen erhoben; es gilt somit als genehmigt.

Für Gemeinderat Direktor Helmut Raup (Chorveranstaltung) ist Gemeinderat Gerhard Kofler, für Gemeinderat Günther Stastny (ab 13.30 Uhr dienstlich verhindert) ist ab 13.30 Uhr Gemeinderat Helmut Treiber und für Gemeinderat Johann Ebner (krank) ist Gemeinderat Wilhelm Dobnig anwesend.

Sämtliche Vertreter sind bereits vereidigt.

Stadtrat Pfeiler führt aus, daß der Bürgermeister dem Wunsch der Gemeinderäte der FPÖ-, ÖVP-, VIG- und VLT-Fraktion gerne nachgekommen ist und diese Sitzung unverzüglich einberufen hat, da auch die SPÖ-Fraktion diese Sitzung als Chance sieht, all jene ÖVP- und FPÖ-Mandatare, die sich mit unsachlicher und unwahrer Kritik in den letzten Wochen hervorgetan haben, zum Thema Abfallwirtschaft und zum Thema Entsorgung zu informieren. Es ist sozusagen ein Nachhilfeunterricht für jene, die bis jetzt betreffend diese Problematik geschlafen haben und sich nicht umfassend informiert haben, und gleichzeitig auch eine Beichtmöglichkeit. Er versteht die Aufregung, die nun entstanden ist, nicht. Die Villacher Haushalte haben vor wenigen Tagen eine Postille der ÖVP-Fraktion zugestellt bekommen, in der die ÖVP-Fraktion nicht so zimperlich war, wie sie sich heute gibt.

Die FPÖ-, ÖVP- und die VLT-Fraktion verlassen um 9.35 Uhr den Sitzungssaal.

Stadtrat Pfeiler fährt fort, daß die ÖVP-Fraktion in der Postille die SPÖ-Fraktion beschuldigt hat, sie würde durch diese neue Müllgebührenverordnung den Villachern das Geld aus der Tasche ziehen. Es gibt eine Reihe von Verunglimpfungen in diesem "Pro Villach". Die SPÖ-Fraktion möchte diese entsprechend sachlich richtigstellen und versuchen, eine sachliche Diskussion zu führen. Es tut ihm leid, daß die ÖVP-Fraktion in diesem Zusammenhang den Saal verläßt. Immerhin hat die ÖVP-Fraktion noch im Bauausschuß diesem Modell zugestimmt. Sie hat weder dort noch später im Gemeinderat ein Alternativmodell vorgelegt. Heute will sie nicht mehr dabeigewesen sein. Heute will sie sich davon distanzieren und heute will sie dieses sensible Thema dazu benutzen, um es zu einem Wahlkampfthema hochzustilisieren. Die SPÖ-Fraktion wird sich daher dieser Diskussion nicht nur stellen, sondern auch starke Argumente vorbringen. Die Stadt Villach hat seit zwei Monaten eine Müllgebühren-Verordnung, die jetzt leider zu Unrecht vor den Landtagswahlen in Diskussion gerät. Es gibt eine vorbildlich funktionierende Entsorgung in dieser Stadt und Gebühren, die zu den niedrigsten in Kärnten zählen. Seit zwei Monaten gibt es auch ein neues, betriebswirtschaftlich ausgerichtetes, verursachergerechtes und zukunftsweisendes Berechnungssystem, nach dem diese Gebühren berechnet werden. Die SPÖ-Fraktion wird sich daher dieser Diskussion mit sachlichen Argumenten stellen. Das kann er hier versichern. Sie wird aber auch den Gemeinderäten mehr Hintergrundinformation bieten. Unter anderem hat die SPÖ-Fraktion eine Resolution vorbereitet und will diese heute einbringen. Es ist bekannt, daß die Rahmenbedingung für die Villacher Entsorgung auch das Abfallwirtschaftsgesetz und darüberhinaus die Verpackverordnung ist. Diese Verpackverordnung, die eine Privatisierung der Müllwirtschaft in Österreich vorsieht, steht, wie man Zeitungsberichten entnehmen kann, vor dem Bankrott. Damit sind die

Abfallwirtschaftsgesetze und -verordnungen von Frau Bundesministerin Rauch-Kallat entsprechend gescheitert. Die SPÖ-Fraktion wird daher heute einen Dringlichkeitsantrag an die Frau Bundesministerin einbringen, dieses untaugliche Mittel Abfallwirtschaftsgesetz und dieses untaugliche Mittel Verpackverordnung sofort auszusetzen, um von den österreichischen Bürgern und insbesondere auch von den Bürgern dieser Stadt einen größeren Schaden abzuwenden.

Die SPÖ-Fraktion wird diese Gemeinderats-sitzung noch zu einem weiteren Punkt verwenden und ist gerne bereit, darüber zu diskutieren: Es wird mit dem Inkrafttreten des neuen Landtages ein neues Gesetz in Kraft treten, das die Offenlegung aller Einkommen von Politikern sowohl auf Landesebene als auch Gemeindeebene vorsieht. Die SPÖ-Fraktion möchte eine Verschärfung der dortigen Bestimmungen erreichen. Diese Politiker sollten nicht nur ihre Einkommen, ihr Vermögen, offenlegen, sondern auch ihre Einkommensverhältnisse aus öffentlichen Funktionen. Die Sozialdemokraten sind heute bereit, diese Themen in sachlicher Form zu diskutieren, und hoffen, daß diese Sachlichkeit entgegen den Ankündigungen auch von den anderen Fraktionen entsprechend entgegengebracht wird - im Interesse der Villacher Bevölkerung und auch im Interesse einer funktionierenden Müllwirtschaft.

Die VLT-Fraktion ist ab 9.40 Uhr wieder im Sitzungssaal.

Stadtrat Pfeiler verliest den Dringlichkeitsantrag, den die SPÖ-Fraktion einbringen wird, wie folgt:

"Die unterzeichneten Gemeinderäte stellen den Dringlichkeitsantrag, der Gemeinderat der Stadt Villach möge nachstehende

R E S O L U T I O N

an die Frau Bundesministerin Rauch-Kallat gerichtet beschließen:

Die Verordnung des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie über die Vermeidung und Verwertung von Verpackungsabfällen und bestimmter Warenreste, BGBl.Nr. 645/1992 (VVO), bekannt unter dem Begriff 'Verpackverordnung', führte Österreich in ein Abfallchaos.

Die von Ihnen ins Leben gerufene 'Abfallrecycling' (ARA) steht nicht einmal ein halbes Jahr nach Inkrafttreten der Mistverordnung mit mehreren hundert Millionen Schilling in der Kreide. Damit steht auch Ihr Abfallwirtschaftskonzept vor dem Bankrott.

Die VVO hat sich als nicht vollziehbar und ineffizient erwiesen. Wie befürchtet, führte sie nicht zur Müllvermeidung. Die VVO animiert vielmehr die Wirtschaft zu noch mehr Verpackungsproduktion, da sie die finanziellen und logistischen Lasten ausschließlich dem Konsumenten aufbürdet. Dazu kommt, daß sie österreichweit die Gesamtkosten der Müllwirtschaft explodieren ließ. Der Konsument wird gleich mehrmals geschröpft.

Damit ist die Privatisierung der österreichischen Abfallwirtschaft vorerst gescheitert.

Auf der Strecke bleibt der Konsument und mit ihm die Kommunen. Die durch die VVO erzeugte Situation hat auch das vorbildlich funktionierende Entsorgungssystem unserer Stadt schwer belastet. Dabei bestätigt es sich jetzt als richtig, daß sich die Stadt Villach bis zum 1.10.1993, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der VVO, nicht der ARA bediente.

Zur Schadensbegrenzung fordert der Gemeinderat der Stadt Villach Sie, Frau Umweltministerin, auf, die Verpackverordnung umgehend auszusetzen und durch ein konsumenten- und umweltfreundliches Abfallentsorgungsmodell mit nachstehenden Zielsetzungen zu ersetzen:

- * einige wenige, für den Konsumenten durchschaubare, umfassende Verordnungen über Vermeidung und Recycling von Abfall;
- * Ökologische Vermeidungsinstrumente (Mindestmehrwegquoten, Verbot umweltschädlicher Verpackungen wie PVC, Pfandlösungen);
- * Einführung einer Verpackungsabgabe, die einem öffentlichen Fonds zufließt, der daraus Gemeinden und Private bei der Errichtung von Abfallbehandlungsanlagen und sonstigen Entsorgungsleistungen unterstützt;
- * stärkere Berücksichtigung des Kostenargumentes - nicht bei allem, was getrennt und gesammelt werden kann, ist dies auch sinnvoll (Beispiel Kunststoff, biogene Abfälle usw.);
- * Papier, Glas und Altmetalle sind getrennt zu sammeln, Biomüll nur dort, wo aus Qualitätsgründen eine örtliche Verwertung machbar ist."

Die SPÖ-Fraktion bringt diesen Antrag ein, da es ihr in dieser Frage um eine sachliche und zukunftsweisende Diskussion geht. Alle jene, die es ernst meinen mit unserer Müllwirtschaft und mit der Entsorgung, müßten diesem Dringlichkeitsantrag eigentlich zustimmen. Er ersucht die einzelnen Gemeinderäte, dem Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Fraktion die Zustimmung zu erteilen.

Die FPÖ- und die ÖVP-Fraktion sind ab 9.45 Uhr wieder im Sitzungssaal.

Gemeinderat Mag. Burian teilt mit, daß die Fraktion der Villacher Grünen diese Sondergemeinderats-sitzung auch mitbeantragt hat, da sie der Meinung ist, daß die 50%ige Erhöhung der Gebühren für die 14tägige Entleerung untragbar ist. Es ist unmöglich, die Bürger und Bürgerinnen der Stadt, die bereit sind, Müll verstärkt zu trennen, finanziell zu bestrafen. Daher muß diese Gebüh-renerhöhung zurückgenommen werden. Ein zweiter Grund ist der, daß es sinnvoll ist, über die Müllfrage verstärkt zu diskutieren.

Er hat nun auch eine Resolution der VIG-Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt an alle Gemeinderäte ausgeteilt, und zwar als Zusatztagesordnungspunkt. Wenn es möglich ist, sollte man die beiden Resolutionen gemeinsam diskutieren. Die VIG-Fraktion hat nicht genug Gemeinderäte, um alleine einen Dringlichkeitsantrag einbringen zu können. Vielleicht gibt es die Möglichkeit, hier einen Kompromiß zu finden.

Er hat die Resolution der SPÖ-Fraktion vor wenigen Minuten bekommen und sie nun rasch durchgelesen. Zum ersten möchte er zum Unterschied zwischen diesen

beiden Resolutionen ein paar Dinge ausführen. In der Grundrichtung sind sich die Resolutionen ziemlich ähnlich. Daher könnte man prinzipiell auch der Resolution der SPÖ-Fraktion zustimmen. Es ist jedoch festzustellen, daß diese Resolution etwas demagogisch formuliert ist. Er findet es nicht sinnvoll, wenn die Stadt Villach eine demagogisch formulierte Resolution an das Ministerium schickt. Es geht in dieser Frage nicht darum, Demagogie zu betreiben, sondern darum, Sachargumente zu bringen. Demagogisch ist beispielsweise der Ausdruck "Mistverordnung" für die Verpackungsverordnung. Er findet es bedenklich, wenn die Mehrheitsfraktion in so einem Stil versucht, mit dem Ministerium zu sprechen. Es ist auch ein Fehler in der Resolution. Die Gesellschaft ARA heißt nicht Abfallrecycling, sondern Altstoff-Recycling-Austria. Man müßte diesen Fehler zumindest korrigieren. Die Form der Resolution ist jedoch nicht entscheidend. Diese ist zwar nicht in Ordnung, aber inhaltlich ist die Resolution im wesentlichen richtig. Den ersten Punkt der Forderungen hält er nicht für ideal - er ist nur halb sinnvoll. Es ist angeführt: "Neue Verordnungen über Vermeidung und Recycling". Bezüglich Recycling sind keine neuen Verordnungen notwendig. Was notwendig ist, ist eine neue Verordnung bezüglich Vermeidung. Recycling ist in manchen Punkten sinnvoll, jedoch nicht in allen Punkten. Die Müllsituation verlangt nicht nach einer neuen Recycling-Verordnung. Aluminium-Recycling ist vollkommen sinnlos. Man erzeugt beispielsweise mit einer Tonne recyceltem Aluminium eine halbe Tonne Sondermüll.

Als zweitem Punkt stimmt er nicht in der Frage der biogenen Abfälle überein. Es steht hier geschrieben, daß es nicht sinnvoll sei, die biogenen Abfälle flächendeckend zu sammeln. Diese Punkte würde er auf keinen Fall unterschreiben. Die Resolution der VIG-Fraktion ist erstens im Stil nicht so demagogisch

geschrieben und zweitens geht sie mehr von den Interessen der Stadt aus. Die Resolution hält fest, daß die Müllgebühren in der Stadt jährlich um 10 % steigen. Das ist der Durchschnitt der letzten zwei Jahre. Derzeit ist man bei einer Steigerungsrate von 10 %. Diese jährliche Steigerung ist den Bürgern der Stadt Villach nicht zumutbar. Hier ist das Ministerium, das die hauptsächlichen Kompetenzen hat, gefordert, aktiv zu werden. In der Diskussion um die Verpackungsverordnung wird häufig das Argument vorgebracht, daß die Müllgebühren niedriger werden müßten, da die ARA an die Gemeinden zahlt. Er hat versucht grob abzuschätzen, wieviel die ARA an die Gemeinden zahlt. Sie zahlt ungefähr 10 % der Gesamtkosten der Müllgebühren, der Verpackungsmüll beträgt jedoch nach dem Gewicht ungefähr 30 % des Mülls. Daher zahlt die ARA keineswegs die Kosten, die der Verpackungsmüll verursacht. Aus dieser Sicht ist auch er der Meinung, daß die Verpackungsverordnung ein Öko-Schmäh ist und geändert werden muß. Aus diesem Grund ersucht er um Verabschiedung der Resolution der VIG-Fraktion.

Er hat seine Kritik an der Resolution der SPÖ-Fraktion vorgebracht. Der Fehler ist zu korrigieren. Die Firma ist richtig zu benennen. Das ist an sich kein gravierendes Problem. Der Stil ist nicht akzeptabel. So sollte man nicht mit einem Ministerium sprechen. Wegen der Forderungen müßte man auch noch einen Kompromiß finden.

Gemeinderat Spitzer hat die heutige Sitzung ebenfalls mitbeantragt, um einmal konkret über die Entsorgung im Gemeinderat zu sprechen. Es war damals bei 57 Tagesordnungspunkten nicht möglich, dieses heikle Problem abzuwickeln. Er ist jedoch fürchterlich enttäuscht, wenn man schon vor der Sitzung beginnt, in den Gemeinderat eine Stimmung zu bringen, die es nicht mehr ermöglichen wird, eine ordentliche und faire Diskussion zu führen. Wenn Herr

Merkwürden Pfeiler glaubt, er muß die Beichte abnehmen, so fordert er diesen nun auf, mit seinen merkwürdigen oder hochwürdigen Zumutungen bei ihm die Beichte abzunehmen. Er wird ganz sicher die Wahrheit sagen. Er fordert Stadtrat Pfeiler auf, nicht vor einer Sitzung Öl ins Feuer zu gießen, damit eine faire Diskussion in diesem Haus stattfinden kann.

Stadtrat Ing. Klamt ist heute hierhergekommen, um über die Müllgebühren-Erhöhung zu diskutieren. Es handelt sich dabei um eine wirklich ernste Frage für Villach. Etwas weniger als die Hälfte der Gemeinderäte hat einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Die SPÖ-Mehrheitsfraktion muß sich endlich daran gewöhnen, daß auch ein Vorschlag ernst zu nehmen ist, der nicht von ihr kommt. Die Einleitung von Stadtrat Pfeiler, der alle beschimpft hat, ist für ihn eine Diffamierung aller Fraktionen, die diesen Dringlichkeitsantrag unterzeichnet haben. Der Bürgermeister sollte sich langsam daran gewöhnen, daß die FPÖ-Fraktion die Thematik ernst nimmt, wenn sie einen Dringlichkeitsantrag einbringt. Er ersucht den Bürgermeister, dann nur einen Punkt auf die Tagesordnung zu nehmen, damit man diesen wirklich fair und neutral abwickeln kann. Was hier geschieht, ist doch etwas eigenartig. In den Wortmeldungen zur Tagesordnung wird bereits über die Müllproblematik gestritten. Es muß eine gewisse Sitzungsdisziplin vorhanden sein. Er fordert den Bürgermeister auf, dafür zu sorgen, daß die Form eingehalten wird. Man hat die Möglichkeit, beim entsprechenden Tagesordnungspunkt über die Müllthematik zu sprechen. Eine gewisse Disziplin werden auch die Herren Sozialisten lernen müssen. Er fordert den Bürgermeister auf, diese Gemeinderatssitzungen so zu führen, daß man auch vor den Bürgern bestehen kann.

Bürgermeister Manzenreiter ist unmittelbar angesprochen worden. Er nimmt die Aufforderungen, rein nach der Geschäftsordnung vorzugehen, gerne zur Kenntnis. In der Vergangenheit ist er von vielen Mitgliedern des Gemeinderates - vor allem aus der FPÖ-Fraktion - deswegen kritisiert worden. Er ist jedoch gerne dazu bereit. Es ist zum Vorteil des Gemeinderates und des Vorsitzenden, wenn er in Zukunft von der Geschäftsordnung in der Form Gebrauch macht, daß er nur die Dinge zuläßt, die laut Geschäftsordnung vorgesehen sind. Da er oft kritisiert wurde, hat er sich eine andere Form der Toleranz, die an und für sich aber für den Gemeinderat und die Beratungen eher negativ ist, angewöhnen müssen. Er wird kritisiert, wenn er die Geschäftsordnung klar einhält, und er wird kritisiert, wenn er großzügig ist. Er kann es sich also immer aussuchen. Weiters ist festzuhalten, daß er das Villacher Stadtrecht nicht verletzen wird, nur weil Stadtrat Ing. Klamt der Meinung ist, daß nur ein Punkt auf die Tagesordnung genommen werden darf.

Stadtrat Ing. Klamt möchte wissen, weshalb heute zwei Punkte auf der Tagesordnung sind.

Bürgermeister Manzenreiter führt aus, daß Stadtrat Ing. Klamt, wenn er sich auf die Sitzung vorbereitet hätte, feststellen hätte müssen, daß es zwei Anträge auf Einberufung einer Gemeinderatssitzung gibt - einen, der sich mit dem Tagesordnungspunkt 2.) beschäftigt, und einen, der sich mit dem Tagesordnungspunkt 3.) beschäftigt. Es ist also nicht in seinem Belieben gewesen, die Tagesordnung zu gestalten. Es hat zwei Anträge mit der entsprechenden Zahl von Unterschriften gegeben - genau gemäß Villacher Stadtrecht -, eine Sondersitzung einzuberufen. Beiden hat er Rechnung zu tragen. Wenn er, wie Stadtrat Ing. Klamt meint, zwei Sitzungen einberufen hätte -

eine heute und eine in zwei Tagen -, dann hätte ihn wahrscheinlich der Großteil der Villacher für verrückt gehalten. Darauf legt er es nicht an. Es hat zwei Anträge gegeben und es war überhaupt für ihn eine Verpflichtung, die Gemeinderatssitzung in dieser Art einzuberufen. Es gibt eine nicht geringe Anzahl an Gemeinderäten, die den Tagesordnungspunkt 3.) wollen, und es gibt eine größere Anzahl an Gemeinderäten, die den Tagesordnungspunkt 2.) wollen.

Gemeinderat Samnitz ist ebenso wie Gemeinderat Mag. Burian der Meinung, daß man jetzt sachlich die Tagesordnungspunkte diskutieren sollte. Ihn stört in diesem Zusammenhang jedoch besonders der Auszug der ÖVP-Fraktion. Er findet es etwas scheinheilig, wenn man ein paar Tage vorher die Diskussion über das "Pro Villach" anheizt und dann Stadtrat Pfeiler einiges vorwirft und aus dem Gemeinderat auszieht. Im "Pro Villach" war zu lesen: "Was der Tankwart nicht darf, darf die Mehrheit der SPÖ in Villach usw.". Man sollte nun mit den Tagesordnungspunkten beginnen und fair und auch im Sinne der Villacher Bevölkerung darüber diskutieren.

Bürgermeister Manzenreiter hat bei dem Begriff "Beichte", der zur allgemeinen Erregung beigetragen hat, deshalb als Vorsitzender nicht eingegriffen, weil es heute im allgemeinen Sprachgebrauch ist, daß jemand, wenn er irgendwo etwas erzählen will, das auch in diese Richtung formulieren darf. Es war also weder unkorrekt, noch im juristischen Sinn verletzend.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

der Tagesordnung die Zustimmung zu erteilen.

Als Protokollprüfer werden Frau Gemeinderätin Hilde Schaumberger (SPÖ) und Gemeinderat Dr. Gerhard Ertl (ÖVP) bestellt.

Beginn der Fragestunde: 10.00 Uhr

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher übernimmt den Vorsitz.

- 1.) Anfrage von Frau Gemeinderätin Friederike Lausegger betreffend Ball der Stadt Villach - Einnahmen der letzten 10 Jahre - Verwendung bzw. Zuschüsse oder Sachleistungen
-

Frau Gemeinderätin Lausegger möchte eingangs festhalten, daß diese Anfrage pünktlich eine Woche vor der letzten Gemeinderatssitzung im Magistrat eingelangt ist. Sie war der Meinung, da es sich offensichtlich um eine Ballveranstaltung der Stadt Villach handelt, daß die Anfrage in das Ressort der Finanzreferentin fällt.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher klärt auf, daß laut Geschäftsordnung alle Anfragen in der Magistratsdirektion abzugeben sind. Das wurde nicht eingehalten. Es wird dann von der Magistratsdirektion festgestellt, wer der zuständige Referent ist. Sie ersucht die ÖVP-Fraktion, in Zukunft alle Anfragen dort, wo sie vorgesehen sind, nämlich bei der Magistratsdirektion, einzubringen.

1993 S 93.970,-- S 111.731,83 S 202.701,63

1994 S 100.800,-- S 67.000,-- S 168.150,83

Der 2.3.1994 Frau Gemeinderätin Lausegger stellt folgende Anfrage:

Die detaillierten Einnahmen und Ausgaben des Ball der Stadt Villach
"Verschiedene Institutionen und Vereinigungen führen als gesellschaftliches Ereignis, aber auch zur Finanzierung ihrer Vereinsziele, Ballveranstaltungen durch. Zum Beispiel die Elternvereine der Villacher höheren Schulen oder Sportvereine.

Die Stadt Villach veranstaltet seit vielen Jahren den Ball der Stadt Villach. Ich frage Sie daher: Wie hoch waren in den letzten 10 Jahren, detailliert, die Einnahmen aus dieser Veranstaltung und wie wurden sie verwendet bzw. wie hoch war der Zuschuß in bar oder in Sachleistungen?"

Bürgermeister Manzenreiter beantwortet die Anfrage wie folgt:

"Der Ball der Stadt Villach wurde bis einschließlich dem Jahre 1986 zur Gänze von der Personalvertretung (VPA I und VPA II) veranstaltet und abgerechnet. Ab dem Jahre 1987 wurde der Ball der Stadt Villach vorerst vom Büro des Bürgermeisters und ab 1993 von der Dienststelle Bürger- und Städtekontakte organisiert.

Die Einnahmen und Zuschüsse und die Gesamtausgaben ab diesem Jahre sind wie folgt:

<u>Jahr</u>	<u>Einnahmen:</u>	<u>Zuschuß:</u>	<u>Gesamtausgaben:</u>
1987	S 85.875,--	S 24.692,49	S 110.567,49
1988	S 112.651,40	S 45.203,13	S 157.854,53
1989	S 155.085,--	S 55.766,48	S 210.851,48
1990	S 121.390,--	S 79.966,04	S 201.356,04
1991	S 28.150,--	S 80.725,94	S 108.875,94
1992	S 131.680,--	S 109.902,22	S 241.582,22

1993	S 93.970,--	S 111.733,69	S 205.703,69
1994	S 100.800,--	S 67.000,--	S 168.256,57
per 2.2.1994			

Die detaillierten Einnahmen und Ausgaben sind den Beilagen zu entnehmen.

Die Mitglieder der Personalvertretung erbringen den Saaldienst und den Kassendienst in ihrer Freizeit.

Die Vorbereitungsarbeiten sowie die Abrechnung werden über die Dienststelle Bürger- und Städtekontakte in der Dienstzeit erbracht.

Der städtische Wirtschaftshof und der Stadtgarten dekorieren die Räumlichkeiten in der Dienstzeit unter Anleitung von Herrn Haidutschek."

Erste Zusatzfrage:

Frau Gemeinderätin Lausegger führt aus, daß der Ball der Stadt Villach sicher eines der Glanzlichter der Villacher Ballsaison ist. Somit ist er ein absolut positives gesellschaftliches Ereignis. Die ÖVP-Fraktion ist jedoch an den Zahlen interessiert und möchte daher über die Gestaltung und über das Zustandekommen des Balles Auskunft haben. Insgesamt kann man eigentlich nur feststellen, daß sich die Zuschüsse - bis auf das heurige Jahr - enorm erhöht haben. Es ist in den letzten beiden Jahren - 1993 und 1992 - eine Verdoppelung im Vergleich mit 1988 festzustellen. Der Bürgermeister hat vorhin erklärt, die Personalvertretung hätte den Ball bis 1987 veranstaltet und ab 1987 die Stadt Villach. Ist das so zu verstehen, daß die Stadt Villach aus den Steuergeldern der Bürger diesen Ball gestaltet?

Frage 1: Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Manzenreiter informiert, daß es richtig ist, daß die Zuschüsse aus dem Budget bestritten werden.

Zweite Zusatzfrage:

Frau Gemeinderätin Lausegger würde gerne wissen, wann und wo der Beschluß gefaßt wurde, daß die Finanzierung eines Balles seitens des Steuerzahlers zu übernehmen ist bzw. warum es nicht der Personalvertretung zumutbar war, diese Ballveranstaltung selber weiterzuführen und durch Sponsoren oder andere Möglichkeiten zu finanzieren.

Bürgermeister Manzenreiter informiert, daß der Zuschuß im Gemeinderat der Stadt Villach beschlossen wird. Er möchte den Mitgliedern des Gemeinderates mitteilen, daß bereits nächste Woche eine Besprechung stattfindet, die das Ziel hat, viele Fragen, die im Zusammenhang mit diesem Ball auftreten - vor allem auch die der Finanzierung - neu zu gestalten. Er ist der Meinung, daß man diesen Ball verstärkt durch Beiträge aus der Villacher Wirtschaft finanzieren sollte. Das ist in den letzten Jahren vernachlässigt worden.

Ende der Fragestunde: 10.10 Uhr

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

a) Sitzungstermine

Die nächsten Gemeinderatssitzungen finden
am 6.4.1994 um 17.00 Uhr und am 24.6.1994 um 14.30 Uhr
(Jahresrechnung) statt.

Zur Kenntnis genommen.

- Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters
b) Berufung eines Ersatzmitgliedes
zum ordentlichen Mitglied des
Villacher Gemeinderates

folg. 1

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, daß die Gemeindewahlbehörde der Stadt Villach in ihrer Sitzung vom 4.2.1994 in Entsprechung des § 76 Abs. 5 der Gemeindevahlordnung 1972 i.d.g.F.

Frau
Eleonore Schmoliner,
geb. 1952, HS-Lehrerin,
wohnhaft 9500 Villach,
Meister-Thomas-Straße 31

zum ordentlichen Mitglied des Villacher Gemeinderates berufen hat.

Die Berufung war infolge der Mandatsrücklegung durch Gemeinderat Dr. Kurt Assmann, Fraktion der Freiheitlichen Partei Österreichs, erforderlich geworden.

Zur Kenntnis genommen.

Fol. 2

Bürgermeister Manzenreiter

Stadtrat Pfeiler

Der Hintergrund: Das neue Kärntner Bezügegesetz tritt gleichzeitig mit der Angelobung des Kärntner Landtages in Kraft. In diesem neuen Kärntner Bezügegesetz sind bereits Passagen enthalten, in denen es vorgesehen ist, daß Mitglieder des Landtages, der Landesregierung aber auch Mitglieder des Stadtsenates der Städte Klagenfurt und Villach ihre Vermögen offenlegen müssen. Dazu stellt die SPÖ-Fraktion nun den Antrag, daß sich die Offenlegung auch auf die Offenlegung von Einkommen aus öffentlichen Funktionen, aus Kammern und sonstigen Einrichtungen, ausweitete. Die SPÖ-Fraktion sieht dies als wichtige Ergänzung, um im Interesse der Öffentlichkeit zu sehen, was politische Mandatäre tatsächlich verdienen. Er ersucht den Gemeinderat, diesem Zusatzantrag der SPÖ-Fraktion zuzustimmen.

Gemeinderat Spitzer stellt fest, daß es nicht zu überhören und zu übersehen ist, daß wieder einmal Wahlen vor der Tür stehen. Es wird versucht, sich gegenseitig zu beschimpfen und zu diffamieren. Man könnte beinahe das alte Weihnachtslied singen - nicht "Alle Jahre wieder", sondern "Alle Wahljahre wieder". Wenn die Wahl gelaufen ist, denkt doch keiner mehr im geringsten an seine gemachten Versprechungen, nämlich an finanzielle Abspeckungen. Wenn Stadtrat Pfeiler in der Presse meint, ein Mitglied des Stadtsenates soll sein Vermögen bzw. Einkommen offenlegen, so ist das im wahrsten Sinne des Wortes Scheinheiligkeit. Man soll nicht mit Steinen werfen, wenn man im Glashaus sitzt. Es soll zuerst in den eigenen Reihen für Sauberkeit bzw. Ordnung gesorgt werden, bevor man sich als Richter aufspielt. Dieses Problem hätte schon längst im Landtag behandelt werden sollen, aber wer denkt schon an Abspecken. Man versucht lieber, den Wähler mit Schalmeienklängen einzulullen und ihn so von den Problemen abzulenken. Er hat immer wieder auf diese unmoralische Vorgangsweise hingewiesen, wurde aber immer wieder von der

Mehrheitsfraktion dafür geprügelt. Jetzt, wo Wahlen vor der Tür stehen, versucht man wieder, mit einer Scheinheiligkeit aufzutreten. Er fordert die Stadtsenatsmitglieder auf, endlich einmal darüber nachzudenken, wie tausende Bürger dieser Stadt mit einem Einkommen unter S 10.000,-- das Auslangen finden müssen. Hier wäre es höchste Zeit, ans Abspecken zu denken und nicht mit scheinheiligen Wahlversprechungen dem Wähler Sand in die Augen zu streuen. Eines sollen sich die Polit-Millionäre merken: Ihre Gehälter werden aus dem Steuertopf finanziert.

Stadtrat Pacher stellt fest, daß die ÖVP-Fraktion immer für Transparenz eingetreten ist und daher diesem Antrag zustimmen wird.

Gemeinderat Mag. Burian hält die Frage der Offenlegung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse von Menschen, die bereit sind, die Bürgerinnen und Bürger im Landtag, Gemeinderat oder Stadtsenat zu vertreten, für eine sehr wichtige Forderung. Die Villacher Grünen sind schon immer für die Offenlegung der Gehälter aus allen Tätigkeiten eingetreten, da ihrer Meinung nach der Bürger das Recht hat zu erfahren, wer ihn vertritt. Dazu gehören auch die Vermögensverhältnisse. Vor neun Jahren haben die Villacher Grünen einen Antrag auf Offenlegung aller Gehälter aus Tätigkeiten der Stadtsenatsmitglieder eingebracht. Er möchte kurz die Antwort des damaligen Bürgermeisters Dr. Leopold Hrazdil auf diesen Antrag vorlesen: "Grundsätzlich ist es jedem Mitglied des Stadtsenates selbstverständlich unbenommen, in der Öffentlichkeit sein Einkommen aus allen seinen Tätigkeiten bekanntzugeben. Dies kann jedoch nur auf freiwilliger Basis geschehen. Das Steuergeheimnis und alle damit zusammenhängenden Rechtsvorschriften, aber auch das Datenschutzgesetz, verbieten eine Veröffentlichung dieser geschützten Daten gegen den Willen

des Betroffenen." Es stellt sich nun die Frage, weshalb sich der Standpunkt der SPÖ-Fraktion in dieser Frage geändert hat. Nachdem dieser erste Antrag 1985 abgewiesen wurde, haben die Villacher Grünen 1987 - zwei Jahre später - einen Antrag auf Novellierung des Bezügegesetzes gestellt. Zu diesem Zeitpunkt war auch Bürgermeister Manzenreiter bereits im Gemeinderat. Auch dieser Antrag ist abgelehnt worden.

Bürgermeister Manzenreiter möchte wissen, was der Inhalt des Antrages war.

Gemeinderat Mag. Burian informiert, daß der Antrag die Offenlegung der Bezüge der Stadtsenatsmitglieder zum Inhalt hatte. Damals wurde erklärt, der Gemeinderat sei nicht zuständig. Die Offenlegung ist sehr sinnvoll, doch ist die SPÖ-Fraktion in dieser Frage nicht glaubwürdig, da es den Stadtsenatsmitgliedern der SPÖ-Fraktion jederzeit offensteht, ihre Einkommen bekanntzugeben. Bis jetzt ist das noch nicht geschehen. Wenn es der SPÖ-Fraktion wirklich ein Anliegen ist - warum legen die Stadtsenatsmitglieder ihre Einkommen nicht offen? Warum hat die SPÖ-Fraktion früher die Anträge der VIG-Fraktion abgelehnt und bringt nun selbst einen Antrag ein? Warum wird eine Sondergemeinderatssitzung zu diesem Thema beantragt, wenn die VIG-Fraktion schon seit neun Jahren solche Anträge stellt?

Gemeinderat Samnitz stellt zu Gemeinderat Spitzer fest, daß es im lieber ist, wenn die Stadtsenatsmitglieder aus dem Steuersäckel finanziert werden, als wenn sie von irgendjemandem - von Unternehmungen usw. - abhängig sind. Das Thema der Offenlegung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse der Stadtsenatsmitglieder kommt immer wieder. Es erfordert daher eine klare Regelung

- erkennbar, durchschaubar und nachvollziehbar für jeden Gemeindebürger. Der Gemeindebürger hat ein Anrecht darauf, daß die Einkommensverhältnisse transparent gemacht werden. Wenn es zu diesem Beschluß kommen sollte, würde dies auch ein Ende von stundenlangen Debatten im Gemeinderat bedeuten und man hätte vielleicht für andere wichtige Angelegenheiten Zeit. Wie soll sich der Gemeindebürger auskennen, wenn sich nicht einmal Gemeinderats- und Stadtsenatsmitglieder richtig auskennen und Auslegungsschwierigkeiten haben? Gemeinderat Mag. Burian hat jetzt erklärt, daß auch er Probleme hat, die Einkommen der verschiedenen Stadtsenatsmitglieder zu durchschauen. In der "Kleinen Zeitung" wurde ein Bericht veröffentlicht, wonach Stadtrat Pfeiler behauptet, daß Stadtrat Pacher seine Funktionen bzw. sein Einkommen nicht offenlegt. Am nächsten Tag - am 5. März - erklärt Stadtrat Pacher in der "Kleinen Zeitung", daß dies eine Unterstellung sei. Auch er hat Stadtrat Pacher schon mehrmals über dessen Einkommen aus öffentlichen Funktionen befragt. Die Bäckerei interessiert ihn in diesem Fall überhaupt nicht. Es ist ihm jedoch nicht bekannt, wieviele öffentliche Funktionen Stadtrat Pacher hat. Eine rechtzeitige Information hätte zu keinen Spekulationen geführt und wäre sicherlich sinnvoller gewesen.

Für ihn ist entscheidend, daß die Einkommen aus öffentlich-rechtlichen Körperschaften, wie beispielsweise Gemeinde, Handelskammer, Arbeiterkammer oder sonstigen Institutionen, offengelegt werden. Bei einer Pressekonferenz am 24.6.1993 hat Stadtrat Pacher angekündigt, die Bezugsregelung der neuen Stadträte zur Schlüsselfrage zu machen, und hat soziale Gerechtigkeit gefordert. Er hat darüber nachgedacht, was "soziale Gerechtigkeit" bedeuten soll. Die Auslegung ist man ihm bis heute auch noch schuldig. Die rechtzeitige Information und Aufklärung hat er vorhin angesprochen. Zu rechtzeitig gehört "Zeit"

- man muß Zeit haben. Wenn man viele Funktionen hat, hat man wahrscheinlich für eine Funktion weniger Zeit, für die andere mehr - oder überhaupt zu wenig Zeit. Stadtrat Pacher hat im Gemeinderat immer wieder behauptet, daß er für seinen Betrieb einen Geschäftsführer eingestellt hat. Am 23.9.1993 wird Stadtrat Pacher in seinem eigenen Pressedienst vorgestellt. Dort ist zu lesen: "Führungswechsel in der Sektion Gewerbe und Handwerk. Franz Pacher folgt Gerhard Huss - Mitgliederstärkste Sektion, 7.467 Sektions- und 8.423 Fachgruppenmitglieder." Weiters ist folgendes festgehalten: "Trotz starker unternehmerischer Inanspruchnahme hat Pacher Zeit für diese Funktionen." Nun stellt sich die Frage, ob der Pressedienst der Handelskammer oder Stadtrat Pacher im Gemeinderat die Unwahrheit gesagt hat, als dieser erklärt hat, er habe einen Geschäftsführer für seinen Betrieb eingestellt. Das muß man sich dann auf der Zunge zergehen lassen. Im Handelskammer-Pressedienst vom 23.9.1993 diese Aussage und in der Kleinen Zeitung am 7.11.1992 - also einige Monate vorher - erklärt Stadtrat Pacher: "Stadtratsposten nur mehr hauptberuflich besetzen. Man hat deutlich gesehen was herauskommt, wenn ein Stadtsenatsmitglied einen zweiten Beruf ausübt."

Für ihn ist es in Ordnung, wenn ein Herr Faldo, ein Herr Langer und ein Herr Ballistero ihre Golfschläger besser kennen, als ihre Schreibtischunterlagen. Für ihn wäre es jedoch bedenklich, wenn das bei einem Stadtrat in Villach auch so wäre. Bei den unselbständig Erwerbstätigen, die im Stadtsenat sind, ist für ihn jederzeit nachvollziehbar, wieviel sie verdienen. Es gibt eine Bezugsordnung bei der Bezirkshauptmannschaft, bei der Stadtrat Haslinger beschäftigt ist, beim ÖGB, wo Vizebürgermeister Binter beschäftigt ist, bei der Siemens, bei Stadtrat Ladstätter, Stadtrat Ing. Truppe usw.. Bei einem selbständigen Unternehmer ist es für ihn jedoch

nicht nachvollziehbar. Abschließend möchte er die Frage an Stadtrat Pacher richten, ob dieser hauptberuflicher Stadtrat in Villach ist und welche Einkommen dieser aus öffentlichen Funktionen - Handelskammer usw. - bezieht.

Gemeinderat Dr. Ertl ist entsetzt darüber, was sich heute hier abspielt. Die ÖVP-Fraktion, die FPÖ-Fraktion, die Villacher Grünen und die VLT-Fraktion haben eine dringliche Gemeinderatssitzung beantragt, um über ein brennendes Problem der Stadtbevölkerung Villachs, über die Müllgebühren, zu diskutieren. Er hat nach der Wortmeldung von Gemeinderat Samnitz, der scheinbar das falsche Papier zum Herunterlesen bekommen hat, das Gefühl, daß es ein Zu-Gericht-sitzen über Stadtrat Pacher ist. Die Aussagen von Gemeinderat Samnitz interessieren auch nicht zu dem Tagesordnungspunkt "Resolution an den Kärntner Landtag auf Verschärfung der Bestimmungen über die Offenlegung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse". Die ÖVP-Fraktion hat laut Parteiobmann schon deponiert, daß sie diesem Antrag zustimmt. Anderes steht nicht zur Diskussion. Stadtrat Pacher ist ein tüchtiger Unternehmer der Stadt Villach und ein tüchtiger Unternehmer der Stadt Villach hat auch wohl die Möglichkeit, in seiner Berufsvertretung eine Karriere zu machen. Es gibt auch im Bereich der sozialistischen Funktionäre Gewerkschaftsvertreter, die Karriere machen. Das akzeptiert er. Sie vertreten ihre Bevölkerungskreise bzw. ihre Mitglieder. Das macht Stadtrat Pacher auch. Man sollte eine solche Diskussion beenden und sich an die Tagesordnung halten. Die ÖVP-Fraktion hat zugestimmt. Man sollte endlich zum Tagesordnungspunkt 3.) kommen.

Gemeinderat Ing. Andronik stellt fest, daß sein Vorredner, Gemeinderat Dr. Ertl, einiges vorweggenommen hat. Er war - nachdem Stadtrat Pacher mitgeteilt hat, daß die ÖVP-Fraktion zustimmen wird -, überrascht,

daß Gemeinderat Samnitz zum Rednerpult geht und polemisch agiert. Es wird der Gemeinderat mit einer Parteiveranstaltung der SPÖ verwechselt. Es ist lange her, da hat ein SPÖ-Vorsitzender aufgrund von Fehlleistungen einiger seiner Parteifreunde, wie Rechberger, Blecha, Braun und Sekanina, die geniale Idee in Form von vier Punkten, seine zigarrenrauchenden Sozis sozusagen von den Futtertrögen fernzuhalten. Es waren die Genossen des Herrn Franz, die ausgesiebt werden sollten. Unter der Decke des Sonnenkönigs Kreisky hatte sich allerhand angesammelt. Der Griff in die ÖGB-Kassen war auf der Tagesordnung und sollten die vier Punkte das eindämmen. Vor allem aber ging es dem Franz um die Mehrfachbezieher innerhalb der SPÖ. Auch in Kärnten und der Stadt Villach gibt es solche und gab es solche. Da werden Arbeitslose-Einkommen bezogen von Nationalratsabgeordneten, da gibt es einen Berufsschullehrer, der gleichzeitig Bürgermeister, Landtagsabgeordneter und Gemeindebund-Präsident ist - alles bezahlte Funktionen. Da hat es einen Berufsschul-Direktor gegeben - nach den vier Punkten des Herrn Franz -, der gleichzeitig Direktor der Werkmeister-Schule war - Direktor mit Überstunden - und noch Vizebürgermeister in Villach - drei bezahlte Funktionen. Und da gibt es in der Stadt Villach immer noch Leute, wie Vizebürgermeister Binter - ÖGB-Sekretär, BFI-Geschäftsführer - oder beispielsweise Stadtrat Haslinger, der mit seinem Referat so ausgelastet ist, daß er noch Zeit hat, seine Amtsrattätigkeit auszuführen. Zum Drüberstreuen studiert er auch noch, da er Zeit genug hat. Das sind die Privilegien, die die SPÖ-Fraktion zu verteidigen hat. Nun gebraucht die SPÖ-Fraktion den Gemeinderat, um die Bestimmungen zu verschärfen. Diese hatte in Zeiten der sozialistischen Mehrheit im Landtag Kärnten die Möglichkeit, die gesamte Problematik auf den Tisch zu legen und auch zu bereinigen. Jetzt wissen die Mitglieder der SPÖ,

daß sie nie mehr eine Mehrheit haben werden - und jetzt sollen die anderen den Dreck, den sie vor ihrer Tür haben, wegkehren.

Stadtrat Pfeiler möchte einiges zu dem Antrag feststellen, da er nun in ein Eck gestellt wird, in das er seiner Meinung nach nicht gehört. Wir stehen unmittelbar vor einer Landtagswahl. Dieses Gesetz ist kurz vor dem Inkrafttreten und es ist legitim, daß der Gemeinderat der Stadt Villach hier eine Meinung dazu faßt und in einer Resolution den Landtag bittet, die Verschärfung aufzunehmen. Niemand wird Gemeinderat Ing. Andronik daran hindern, im Gemeinderat seine Meinung zu sagen. Er bittet daher, auch den Anliegen der Gemeinderäte der SPÖ-Fraktion zuzuhören. Auch das gehört dazu. Das wurde von der SPÖ-Fraktion immer respektiert. Was einem Gemeinderat auf der einen Seite nicht wichtig ist, ist einem Gemeinderat auf der anderen Seite vielleicht wichtig - und genauso umgekehrt. Aus diesem Grund gibt es dieses Gemeindeparlament. Das sollte man auch dementsprechend ehren. Der Aussage von Gemeinderat Samnitz ist hinzuzufügen, daß es sich nicht um Zweifach-, sondern um Dreifach- und Vierfachbezieher handelt. Hier muß Klarheit geschaffen werden. In diesem Gemeinderat gibt es vermutlich nur einen, der mehr als zwei und drei Einkommen hat. Darum geht es. Das will die SPÖ-Fraktion wissen. Das ist ein legitimes Recht. Er bittet die Gemeinderäte der anderen Fraktionen eindringlich, ihre Wahlkampfneurose abzugeben. Vielleicht kann man dieses Thema sachlich behandeln und nicht immer in der Vergangenheit ausholen. Faktum ist, daß die Bezugsregelung nicht in die Kompetenz des Gemeinderates fällt. Darüber gibt es keine Diskussion. Jetzt richtet der Gemeinderat der Stadt Villach einen Wunsch in Form einer Resolution an

den Landtag, das Bezügegesetz zu verschärfen, da es einen konkreten Anlaß gibt. Er bittet alle, das dementsprechend zu respektieren.

Stadtrat Ladstätter hat die Wortmeldung des Clubobmannes der Noch-Mehrheitspartei in dieser Stadt auf den Plan gerufen. Die FPÖ-Fraktion hat natürlich überhaupt keine Nervosität. Er ist der Meinung, daß die FPÖ nach dem 13. März der alleinige Sieger in diesem Land sein wird. Er war eigentlich optimistisch, daß die Mitglieder des Gemeinderates die Diskussion heute in FS 2 um 11.00 Uhr miterleben werden. Die FPÖ-Fraktion war eigentlich auf die Diskussion rund um die Müllproblematik in Villach vorbereitet. Das, was die Mehrheitsfraktion - inszeniert von ihrem Clubobmann - zu Beginn der Sitzung aufgeführt hat, hat wieder ein bestimmtes Licht auf diesen Gemeinderat gebracht. Er wiederholt ganz deutlich an dieser Stelle, daß für die Stimmung und für die politische Kultur einzig und allein die Mehrheitsfraktion verantwortlich ist. Wenn Stadtrat Pfeiler noch Gemeinderat wäre, würde er dessen Verhalten verstehen, aber jetzt ist er Stadtrat. Es betrifft ihn ganz persönlich, wenn Stadtrat Pfeiler es noch immer nicht lassen kann, unangenehme Stimmung in dieses Haus zu bringen. Stadtrat Pfeiler hat in seiner letzten Wortmeldung zugegeben, daß die SPÖ-Fraktion ohnehin nur von einer Person die Offenlegung fordert, da es nur eine Person gibt, die zwei, drei oder vier Bezüge hat. Das ist für ihn der Beweis dafür, daß es der SPÖ-Fraktion nur um eines geht - um den Kopf des Stadtrat Pacher.

Er hat sich das Kärntner Bezügegesetz sehr genau angesehen und hat sich auch gewisse Dinge von den Juristen erklären lassen. Alles, was zu einer Verbesserung beiträgt, kann die FPÖ-Fraktion selbstverständlich mittragen. Die Mitglieder der FPÖ-Fraktion werden auch Resolu-

tionen unterschreiben, die noch mehr an den Tag bringen sollen. Der § 5 des Kärntner Bezügegesetzes sagt nämlich ohnehin schon eindeutig, was jedes Stadtsenatsmitglied und Mitglied der Landesregierung machen muß. Er persönlich ist der Meinung, daß es bei der heutigen Diskussion einzig und allein um Stadtrat Pacher geht. Das ist das Ziel der SPÖ-Fraktion und sonst gar nichts. Das Bezügegesetz ist im Kärntner Landtag beschlossen worden und tritt nach dem 13. März 1994 für jene Landtagsabgeordneten in Kraft, die ein Mandat im Landtag bekommen werden. Für die Mitglieder des Stadtsenates tritt dieses Kärntner Bezügegesetz erst nach den nächsten Wahlen - also nach den Gemeinderatswahlen 1997 - in Kraft. Dies bedeutet, daß die heutige Diskussion ein reines Wahlkampfspektakel - inszeniert von der Mehrheitspartei - ist und sonst gar nichts. Die FPÖ-Fraktion wird diese Resolution mittragen und wird zu diesem Tagesordnungspunkt keine einzige Wortmeldung mehr abgeben, denn es geht ihr darum, daß man endlich zum Müll-Thema kommt.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher möchte, bevor der Bürgermeister als zuständiger Referent das Schlußwort hält, auch eine Wortmeldung anschließen. Es sollte ihrer Meinung nach eines klargestellt sein: Es kann in diesem Gemeinderat nicht darum gehen, daß ständig Wortmeldungen und Tagesordnungspunkte in einer Form gewichtet werden, wie es einfach unrealistisch ist. Es gibt die einen, die hinausgehen und erklären, daß sie nur über die Müllgebühr sprechen wollen und jedes andere Thema sollte deshalb jetzt sofort ad acta gelegt werden, und die anderen, die einen Antrag stellen und zu diesem Antrag auch diskutieren wollen. Es sollte nicht in Zweifel gezogen werden, daß jede Fraktion - ganz egal, wie stark sie ist, und ganz egal, wie sie heißt - das Recht hat, einen Antrag zu stellen und auch eine Diskussion zu diesem Antrag im

dürfte jemand überhaupt nur sehr ehrenamtlich sein und sonst keinen Beruf haben. Auch das könnte der SPÖ Gemeinderat zu führen. Dieses Recht würde sie keiner Fraktion und niemandem verwehren. Sie bittet daher, Wortmeldungen, die eine Fraktion und den Antrag einer Fraktion in ein bestimmtes Eck drängen wollen, zu unterlassen, da dies aus ihrer Sicht undemokratisch ist. Undemokratisch kann man nämlich auch einer starken Fraktion gegenüber sein.

Bürgermeister Manzenreiter stellt zu Gemeinderat Mag. Burian fest, daß die Offenlegung von Vermögen am Beginn und am Ende einer Funktionsperiode Bestand des Kärntner Bezügegesetzes ist und bei allen Funktionsträgern - Landtagswahl ab dieser Wahl, Gemeinderat ab nächster Wahl - in Kraft tritt. Die Ausführungen von Bürgermeister Dr. Hrazdil haben sich auf einen Antrag bezogen, der eine Offenlegung aller Bezüge zum Inhalt hatte. Bürgermeister Dr. Hrazdil hat erklärt, dies sei an und für sich gegen das Datenschutzgesetz. Nun geht es darum, alle öffentlichen Bezüge und Funktionen offenzulegen - wobei es nicht so sehr um die Bezüge geht, sondern um die Funktionen, denn eine Vielfalt von Funktionen ist demokratiepolitisch ein Problem.

Zu Gemeinderat Dr. Ertl ist festzustellen, daß die Österreichische Volkspartei die Frage "ein Mann-eine Frau - eine Funktion" immer zum Generalthema gemacht hat. Er verfolgt dies nun bereits seit sieben oder acht Jahren. Es hat schon bei der vorletzten Gemeinderatswahl eine Rolle gespielt. Stadtrat Pacher war dabei federführend. Stadtrat Ing. Truppe mußte seinen Beruf aufgeben, um in den Stadtsenat zu kommen. Er kann das alles in den Zeitungen nachweisen. Schon bei Amtmann hat es die Diskussion gegeben. Die ÖVP-Fraktion war also jene Fraktion im Villacher Gemeinderat, die sich immer auf die Fahnen geheftet hat: "ein Mann/eine Frau-eine öffentliche Funktion". Die ÖVP-Fraktion ist sogar weitergegangen und hat erklärt, es

dürfe jemand überhaupt nur mehr Stadtsenatsmitglied sein und sonst keinen Beruf haben. Auch der Hinweis der SPÖ-Fraktion, daß dies für Unternehmer eine Ausnahme gegenüber einem Arbeitnehmer bedeuten würde, ist an und für sich vom Tisch gewischt worden. Die ÖVP-Fraktion war jene Fraktion, die dieses Thema immer in den Mittelpunkt gestellt hat und zwei Gemeinderatswahlkämpfe damit bestritten hat. Die ÖVP-Fraktion hat sich somit - um im Bereich der Kirche zu bleiben - als Papst in der Frage der Funktionen aufgespielt. Diese Partei hat jetzt einen Parteiobmann, der drei Funktionen hat - eine Berufsfunktion und zwei öffentliche Funktionen - er ist Stadtsenatsmitglied und hat eine sehr hohe Kammerfunktion. Es ist dies sicherlich eine Frage, die die ÖVP-Fraktion in ihren Reihen klären muß. Es ist ihm bekannt, daß es auch in der ÖVP-Fraktion viele gibt, die sich darüber Sorgen machen. Es sind viele, die auch mit ihm Gespräche führen. Aber es ist nicht nur ein Problem der ÖVP-Fraktion. Es ist ein demokratiepolitisches Problem, daß es - soweit es ihm bekannt ist - in ganz Kärnten nur einen gibt, der zwei öffentliche Funktionen dieser Dimension neben seiner Berufsfunktion hat. Damit wurde auch die Frage der Glaubwürdigkeit einer Fraktion heute in den Raum gestellt. Vizebürgermeister Binter wurde immer wieder vorgeworfen, daß sein Versagen darauf zurückzuführen sei, daß dieser eine Berufs- und eine öffentliche Funktion hat. Doch in der ÖVP-Fraktion hat jemand eine Berufs- und zwei öffentliche Funktionen. Daß Gemeinderat Dr. Ertl darüber nicht sprechen will, ist verständlich. Aber es gibt viele, die aus demokratiepolitischer Sicht über diese Frage sprechen wollen. Stadtrat Ladstätter hat zu Recht gesagt: "Es geht um Stadtrat Pacher". Selbstverständlich geht es um Stadtrat Pacher, da niemand sonst von den Stadtsenatsmitgliedern eine derartige Ämterkumulierung hat. Darüber wird man sprechen dürfen. Er möchte die Aussage von Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-

Kircher unterstreichen. Was ein Gemeinderat durch eine gewisse Anzahl von Mitgliedern, indem er einen Tagesordnungspunkt bei einer Sitzung haben will, als wichtig empfindet, das ist Sache dieser Gemeinderäte - ob sie einer Mehrheit oder einer Minderheit angehören. Es wird nun versucht, ein unangenehmes Thema wegzuwischen. Er bittet die kleineren Fraktionen nun auch als Bürgermeister, nicht immer von Klimaverschlechterung zu sprechen, wenn ein Thema auf den Tisch kommt, das ihnen unangenehm ist, und von Demokratie zu reden, wenn ein Thema auf den Tisch kommt, das der Mehrheit unangenehm ist. So kann man miteinander nicht umgehen.

Laut Stadtrecht war die gewählte Vorgangsweise korrekt, da zwei Tagesordnungspunkte angefordert worden sind. Der nun zu behandelnde Tagesordnungspunkt wurde von einer größeren Zahl an Gemeinderäten gefordert. Es ist das demokratiepolitische Recht dieser Gemeinderäte, das zu tun. Soweit zu erkennen ist, wird es eine breite Zustimmung für diesen Antrag geben, der allerdings das Problem der Offenlegung erst ab 1997 löst. Die Frage, wieviel Zeit bei drei Funktionen, bei drei Berufen, für den Stadtsenat übrigbleibt, bleibt eigentlich offen. Er ersucht um Zustimmung für diesen Antrag.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher verliest den Zusatzantrag wie folgt: "Der Kärntner Landtag wird aufgefordert, die Bestimmungen über die Offenlegung von Vermögen von Mitgliedern des Stadtsenates dahingehend zu verschärfen, daß alle Einkommen aus öffentlichen Funktionen von Mitgliedern des Stadtsenates offenzulegen sind."

Der Gemeinderat beschließt

den Vorles

e i n s t i m m i g :

Der Kärntner Landtag wird aufgefordert, die Bestimmungen über die Offenlegung von Vermögen von Mitgliedern des Stadtsenates dahingehend zu verschärfen, daß alle Einkommen aus öffentlichen Funktionen von Mitgliedern des Stadtsenates offenzulegen sind.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

der Resolution an den Kärntner Landtag auf Verschärfung der Bestimmungen über die Offenlegung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse von Stadtsenatsmitgliedern zuzustimmen.

Bürgermeister Manzenreiter übernimmt wieder den Vorsitz.

Pkt. 3.) Rücknahme der Gebühren im Bereich der Müllentsorgung auf das Altsystem und Erstellung eines Konzeptes, welches die Müllvermeidung belohnt (Antrag der FPÖ, ÖVP, VIG und VLT)

folg. 3

Vizebürgermeister Binter kann sich der Aussage von Stadtrat Pfeiler anschließen und ist ebenfalls dankbar, daß die heutige Sondersitzung stattfindet und daß sich der Gemeinderat nochmals sehr ausführlich über das Gebührenmodell unterhalten kann. Bisher hat in der Abfallwirtschaft die Strategie der reinen Abfallbeseitigung vorgeherrscht. Nunmehr ist man zur Strategie der Abfallwirtschaft, d.h. von der Entsorgung der Abfälle hin zur verstärkten Abfallvermeidung und Abfallverwertung, übergegangen. Mit 1. Oktober 1993 ist die Verpackungsverordnung der Frau ÖVP-Bundesministerin Rauch-Kallat in Kraft getreten. Diese Verpackungsverordnung bringt weitere große Veränderungen für die Gemeinden mit sich. Die geänderte Situation in der Abfallwirtschaft hat zur Folge, daß die Restmüllmenge immer geringer geworden ist. Dieser Umstand bedeutet aber auch für die Stadt Villach, daß die Basis für die Kostenumlage, sprich Müllabfuhrgebühr, immer kleiner wird, wobei sich die Aufwendungen auf der Kostenseite trotz intensivster SpARBemühungen - seit 1987 wurden nämlich drei Müllfahrzeuge und sechs Bedienstete eingespart - nicht reduzieren lassen. Seitens der Stadt Villach waren daher ernstliche Überlegungen anzustellen, ein neues, verursachergerechtes Gebührenmodell einzuführen. Nach Rücksprache mit den Verantwortlichen des Amtes der Kärntner Landesregierung sowie mit Fachleuten aus der Betriebswirtschaft

wurde der Stadt Villach eine Splittung von Müllabfuhrgebühren in eine Bereitstellungsgebühr, eine sogenannte Grundgebühr, und eine Leistungsgebühr empfohlen. Dieses neue Gebührenmodell wird auch vom Fachausschuß für Stadtreinhaltung und Abfallwirtschaft den Gemeinden empfohlen. Das bisherige Gebührenmodell, das einfach die Gesamtkosten linear auf die Sammelbehälter und deren Entleerungen umgelegt hat, entspricht nicht mehr den Anforderungen bzw. Gegebenheiten der Abfallwirtschaft von heute. Vor allem aber entspricht das alte Gebührenmodell nicht dem Verursacherprinzip. Was nun die Verpackverordnung des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie betrifft, muß er feststellen, daß diese nur die Gemeinden in die Pflicht nimmt und die Wirtschaft in Wirklichkeit weitgehend entlastet. Die Verpackverordnung weist dazu noch große Mängel auf und ist in der Abfallwirtschaft, wie man in den vergangenen Monaten miterlebt hat, heftigst umstritten. Wie man aufgrund der heutigen Sondergemeinderatssitzung auch ersehen kann, trifft in Wirklichkeit diese Verpackverordnung nur die Österreicher und nicht die Verpackungsabfälle, die sie eigentlich treffen sollte. Es fehlt bei dieser Verpackverordnung, die von der ÖVP-Ministerin den Österreichern verordnet wurde, nach seinem Dafürhalten folgendes: 1.) Der sehr wichtige Müllvermeidungseffekt. hat auf keinen Fall gegriffen. Im Gegenteil - es wurden mehr Einwegverpackungen produziert, als eh und je. 2.) Sie überfordert den Letztverbraucher. Vier Fraktionen plus Ökobox-System. Die Wohnungen der Bürger werden - wenn man so will - zu kleinen Müllplätzen umfunktioniert und dies alles bei starker Geruchsbelästigung. Das flächendeckende Sammelsystem funktioniert nur, weil die Stadt Villach mit hohen Kosten diese wilden Ablagerungen beseitigt. Zentrale Aufstellplätze verkommen sonst zu wilden Müllablagerungsstätten. Es gibt daher sehr viele Trittbrettfahrer, die zwar Verpackungen produzieren und in den Verkehr bringen,

Abfallwirtschaft aufgrund der neuen verordneten Gebühren aber dafür nichts bezahlen. Durch die Verpackverordnung ist eine krasse Verteuerung der Entsorgungskosten eingetreten. Durch die Privatisierung der Entsorgung - das muß er hier eindeutig festhalten - ist die Entsorgung in gewissen Bereichen bis zum fünffachen teurer geworden. Ein Beispiel dafür ist die Altstoffentsorgung der Stadt Villach vor Inkrafttreten der Verpackverordnung. Diese hat bestens funktioniert und nur ein Fünftel von dem gekostet, was hier an Entsorgungskosten an private Entsorger seitens der Branchen-Recycling-Gesellschaft bezahlt wird. Und dies alles zu Lasten der Letztverbraucher bzw. der Bürger. Des öfteren mußte er die privaten Entsorger schriftlich auffordern, ihren Verpflichtungen und zeitgerechten Entsorgungen nachzukommen. Zuguterletzt funktioniert auch die Finanzierung des flächendeckenden Sammelsystems durch die ARA nicht. Es herrscht derzeit ein Abgang von 1,5 Milliarden Schilling. Die Stadt Villach hat bis heute noch keinen Groschen erhalten.

Aus seiner Sicht hat daher die Entsorgung durch die Privatwirtschaft völlig versagt. Die hausgemachte Verpackverordnung der ÖVP hat sich als ein völlig unbrauchbares Instrument herausgestellt. Diese Verpackverordnung ist nichts anderes, als ein Kniefall der ÖVP-Umweltministerin und ihrer Vorgängerinnen vor ihrem eigenen ÖVP-Wirtschaftsminister und seiner Wirtschaft zu Lasten der österreichischen Städte und Gemeinden bzw. der Bürger. Was nun die Gebührengestaltung der Stadt Villach anbelangt, muß folgendes berücksichtigt werden: 1.) daß die Kosten der Abfallwirtschaft in ihrer Gesamtheit aufgrund der verunglückten Verpackverordnung nicht geringer geworden sind, sondern sehr wesentlich gestiegen sind. 2.) daß die Kosten der gesamten Abfallwirtschaft mindestens zu 70 % fix sind und nur 30 % der Kosten in Wirklichkeit verursachergerecht umgelegt werden können. 3.) daß in der

Abfallwirtschaft aufgrund der neuen gegebenen Situation der Ruf nach einem verursachergerechten Gebührenmodell immer lauter geworden ist. Österreichweit ist man dabei, die getrennte Verrechnung der Müllabfuhrgebühr in eine Bereitstellungs- und Leistungsgebühr gesetzlich vorzuschreiben. Am vergangenen Freitag hat der Städtebund zu einer Sitzung in Wien geladen. Themenschwerpunkt war diese Verpackverordnung. Es gab eine Terminvereinbarung mit der Frau Bundesministerin. Drei Mal darf man raten, wer zu dieser Sitzung nicht erschienen ist. Der Betriebsleiter der Entsorgungsbetriebe der Stadt Villach, Herr Waldner, war bei dieser Sitzung anwesend und hat dort auch einen Bericht über das Modell, das in Villach eingeführt wurde, erstattet. Es ist dort große Zustimmung für dieses Modell gefunden worden. Im Anschluß daran hat der Städtetag allen Gemeinden empfohlen, ein solches Modell einzuführen. Obwohl nach den Untersuchungen diverser Entsorgungsunternehmen in Kärnten durch ein Betriebswirtschaftsbüro der Fixkostenteil zwischen 70 und 90 % beträgt, wurde bei der Gebührenneugestaltung der Stadt Villach für die Berechnung der Bereitstellungsgebühr nur ein Fixkostenanteil von 50 % in Anrechnung gebracht. Die restlichen 50 % werden in Form einer gerechten Leistungsgebühr verrechnet. Dieses neue Gebührenmodell bietet den Vorteil, daß eine verursachergerechte Gebühr geschaffen wurde, die voll und ganz den betriebswirtschaftlichen Grundsätzen entspricht, und daß über eine Leistungsgebühr hinaus noch ein Bonus von 27 % für das Bemühen zur Mülltrennung bei Ummeldung von wöchentlich auf 14tägig an den Bürger weitergegeben wird.

Welche Auswirkungen hat nun dieses Gebührenmodell auf die Entsorgungspflichtigen unserer Stadt? In Wirklichkeit sieht es nämlich so aus, daß bis Jahresende 1994 - wie schon erwähnt - rund 20 % in den Genuß einer 27%igen Verringerung ihrer Müllabfuhrgebühr kommen - das

heißt also, sie wird billiger -, und daß ca. 35 bis 40 % der bisherigen 14tägig Entsorgten von einer Gebührenerhöhung von S 355,10 - das sind 48,78 % - betroffen sind. Für den restlichen Teil - und das sind immerhin 40 % der Entsorgungspflichtigen - tritt eine geringfügige Gebührenerhöhung von 1,8 % in Kraft. Man kann schreiben und diskutieren wie immer man will - die billigsten Gebühren in ganz Kärnten hat die Stadt Villach. Das läßt sich auch in diesem Saal nicht wegdiskutieren. Es gibt zum jetzigen Zeitpunkt noch eine Ausnahme, das ist Spittal, weil dort noch nicht auf dasselbe Modell, wie es in Villach derzeit besteht, umgestellt wurde. Alle anderen haben teurere Gebühren als die Stadt Villach. Es ist nicht das Verdienst des Referenten, sondern es ist das Verdienst der Bediensteten, die in den Entsorgungsbetrieben eine mustergültige Arbeit leisten. Er möchte dem Gemeinderat nun zur Kenntnis bringen, welche Leistungen in diesem Gebührenmodell enthalten sind. Die Stadt Villach hat zu sorgen für die Errichtung der Zentraldeponie, für den Betrieb der Zentraldeponie, die Kosten der Abfallberatungen und Öffentlichkeitsarbeit, das Abfalltelefon, die Problemstoffsammlung, die Entrümpelungsaktionen, für die Sammlung des Biomülls betreibt sie zum jetzigen Zeitpunkt zwei Pilotprojekte, für die Mülltrennungsmodelle und die Entsorgung des Biomülls in 13 Kindergärten - weil man der Meinung ist, daß man die Jugend sehr zeitgerecht über die Mülltrennung informieren sollte -, für die Sammlung der Altstoffe Altpapier und Alteisen, für das recyclieren des Altpapiers und des Altmetalls, für das Reinhalten der 145 zentralen Altstoffsammelstellen und 1.700 Standplätze - er kann Bilder vorlegen, die beweisen, wie diese Müllsammelstellen teilweise aussehen würden, wenn nicht zeitgerecht und andauernd die Entsorgungsbetriebe diese Aufgabe wahrnehmen würden -, für die Instandhaltung von 14.283 Stück Altstoffsammelbehälter, für die Errichtung von Altstoffbehäl-

tern, für die Sammlung und die Entsorgung des Restmülls, für die Organisation der Sammlung von Altstoffen, für die Erstellung einer eigenen Datenbank, für die Erstellung der diversen Entsorgungspläne, für die betriebliche Einrichtung, Betriebsgebäude, Garagen, Büros und dergleichen. All diese Dinge sind in diesen Müllgebühren enthalten und müssen - da es hier einen Gebührenhaushalt gibt - über diesen Bereich abgedeckt werden. Das ist noch nicht alles, was uns die Frau Bundesministerin hier auf den Tisch gelegt hat. Es ist mit 1.7.1994 in der Stadt Villach - und nicht nur in der Stadt Villach, sondern auch in den anderen Städten und Gemeinden - die Biomüllentsorgung durchzuführen. Er hat sich sehr zeitgerecht um diese Maßnahme gekümmert. Er möchte dem Gemeinderat mitteilen, wieviel so eine Anlage, wenn Villach das zu diesem Zeitpunkt umsetzen würde, kostet - es sind rund S 50 bis 60 Mio. Im vergangenen Herbst wurde man ständig damit konfrontiert, daß es eine Null-Lohnrunde geben soll, daß also die Löhne und Gehälter nicht steigen dürfen, und daß in jenen Bereichen, wo es Erhöhungen gibt, diese sehr dürftig waren. Und nun soll die Stadt Villach zu den Auflagen, die es jetzt im Bereich der Entsorgungsbetriebe gibt - was also die Gebühren anbelangt -, auch noch jene Gebühren, die in der Größenordnung von S 40 bis 50 Mio - und je nach Größenordnung bis S 70 Mio. - anfallen, dem Bürger auflasten. Es wurde vergangene Woche der Spatenstich der Kläranlage vollzogen. Es war dort anwesend der Landeshauptmann, der Bürgermeister und Umweltreferent Landesrat Herbert Schiller. Alle drei Personen - und er schließt sich dieser Meinung an - haben dort die Meinung vertreten, daß es der Bevölkerung unzumutbar ist, ihr zum jetzigen Zeitpunkt auch noch diese Biomüllentsorgung aufzulasten. Die Stadt Villach wird die Eigenkompostierung in ihrem Stadtbereich sofort forcieren. Man wird im Frühjahr damit beginnen, damit man es bis zum 1.7. noch umsetzen kann. Er kann sich aber nicht vorstel-

len, daß die Belastung der Bürger in einem solchen rasanten Tempo weitergehen soll. Es wäre daher sinnvoll, diese Maßnahme für zwei oder drei Jahre auszusetzen.

Er ist daher voll und ganz der Auffassung, daß das Gebührenmodell, das nun eingeführt wurde, ein gerechtes ist und demjenigen, der die Mülltrennung ernst nimmt, eine 27%ige Vergünstigung durch Ummeldung von wöchentlicher auf 14tägige Entleerung gewährt. Andererseits wird den anderen Empfehlungen in der Abfallwirtschaft sowie den betriebswirtschaftlichen Grundsätzen entsprochen. Villach ist eine saubere Stadt. Die Entsorgungsbetriebe, der Wirtschaftshof und der Stadtgarten werden weiter dafür sorgen, daß Villach eine anerkannt saubere und freundliche Stadt bleiben wird. Aufgrund der von ihm dargelegten Gründe sieht die SPÖ-Fraktion keine Veranlassung, das neue Gebührenmodell - weil es österreichweit Anerkennung findet und auch von den kompetenten Fachleuten, wie Fachausschuß für Städtereinhaltung und Abfallwirtschaftsverband des Österreichischen Städtebundes, dringend empfohlen wird - zu ändern.

Bevor er nun zum Schluß kommt, möchte er doch noch ein paar Bemerkungen zur heutigen Sondersitzung verlieren. Es scheint so, daß einige Herren der ÖVP-Fraktion hier mit einem Kurzzeitgedächtnis ausgestattet sind. Er will das auch begründen. Der Bauausschuß hat am 15. November 1993 dieses Gebührenmodell sehr ausführlich diskutiert. Es gab mehrere Wortmeldungen der beiden Gemeinderäte der FPÖ-Fraktion, die im Bauausschuß vertreten sind, die sich dann letztenendes gegen den vorliegenden Amtsvortrag ausgesprochen haben. Die ÖVP-Fraktion war in diesem Ausschuß durch Stadtrat Pacher und Gemeinderat Kreschischnig vertreten, die sich weder dort zu Wort gemeldet haben, noch diese Problematik mitdiskutiert haben, noch

einen besseren Lösungsvorschlag dort eingebracht hätten - sondern sie stimmten dem von ihm vorgelegten Amtsvortrag, dem von ihm vorgelegten Gebührenmodell zu. Es gehört schon eine Portion Frechheit oder Dummheit oder vielleicht auch beides dazu, dieses Gebührenmodell im Bauausschuß zu beschließen und dann in die Öffentlichkeit zu gehen und eine Sondersitzung zu verlangen. Er ist überzeugt davon, daß die Bevölkerung eine solche Vorgangsweise auch entsprechend zu würdigen wird wissen.

Ostern steht vor der Tür und die ÖVP-Fraktion setzt nach vielen politischen Ausrutschern, die sie sich in diesem Gemeinderat schon geleistet hat, ihre Linie fort - er denkt dabei nur an den Telefon-Abhörskandal, er denkt an den Kinoverkauf - und sie führt hier ihren politischen Eiertanz fort. Das, was sich hier seitens der ÖVP-Fraktion abspielt, ist nichts anderes als billiges Wahlmanöver.

Gemeinderat Mag. Burian kann die Kritik an der Verpackungsverordnung, die Vizebürgermeister Binter geäußert hat, im wesentlichen mittragen. Er möchte einen positiven Aspekt der Verpackverordnung erwähnen. Der positive Aspekt ist der, daß man in eine Richtung geht, wonach die Kosten der Verpackung im wesentlichen auf dem Produkt haften, sodaß der die Kosten zahlen muß, der diese Produkte in den Verkehr setzt. Das ist ein richtiges Prinzip. Allerdings ist es entscheidend, daß die Verpackungsverordnung das Müllproblem nicht in den Griff bekommen hat, wie es die Umweltministerin versprochen hat. Unter dem Müllproblem leiden im wesentlichen die Gemeinden. Die Müllfrage wird auf Kosten der Gemeinden in Österreich ausgetragen. Die hauptsächlichen Kompetenzen, hier etwas zu ändern, hat das Ministerium. Die Gemeinden haben keine Chance - egal was sie machen, sie sind immer

die Dummen. Das ist eine unerträgliche Situation. Deswegen muß dieses Gesetz unbedingt sofort geändert werden. Die vier wesentlichen Kritikpunkte sind die: Der Müllberg ist trotz Verpackungsverordnung gewachsen - der Müllberg insgesamt, wenn man die Altstoffe miteinrechnet. Es ist zwar der Restmüllanteil gesunken, aber der gesamte Berg dessen, was an Verpackung und anderem Müll produziert wird, ist gewachsen. Das ist nicht das Ziel. Der Müllberg darf nicht wachsen, er muß sinken. Die Verordnung ist gescheitert. Der zweite Punkt: Es wurden hier keine ökologischen Kriterien gesetzt. Ist beispielsweise die Milchflasche billiger geworden oder ist sie gleich teuer geblieben? Ist das Milchpaket beispielsweise teurer geworden? Nein. Das Gegenteil ist passiert. Es sind unökologische Verpackungstoffe in Wirklichkeit salonfähig geworden. Heutzutage greift man wieder mehr zum Paket - einfach deswegen, weil man der Meinung ist, daß es ohnehin entsorgt wird. Der dritte Punkt, warum die Verpackungsverordnung im wesentlichen gescheitert ist: Die Frage der Entsorgung und Verwertung von Grundstoffen ist nicht gelöst. Die Grundstoffe sind im großen Maßstab nicht verwertbar. Es gibt keinen Markt für Sekundärrohstoffe. Sie sind nicht sortenrein zu sammeln. Für die nicht sortenrein gesammelten Grundstoffe - für die Produkte, die daraus hergestellt werden könnten - gibt es keinen Markt. Daher werden etwa 80 % dessen, was die Leute jetzt sammeln, verbrannt. Hier wird der Steuerzahler wieder einspringen müssen, da er die Kosten für die Sanierung der Böden rund um solche Müllverbrennungsanlagen - es sind in Wirklichkeit Sondermüllverbrennungsanlagen - tragen wird müssen. Die Verpackungsverordnung muß geändert werden. Sie ist untragbar. Es sind Vermeidungsverordnungen notwendig. Es sind mehr Pfandsysteme und Mehrweggebinde notwendig. Man muß aus den Einweggebinden aussteigen. Einweggebinde produzieren Müll. Mehrweggebinde produzieren

nur minimal Müll, da eine Flasche 20 mal befüllt werden kann und ein Paket nach einem Mal weg ist. Die Kritik an der Verpackungsverordnung unterstützt er voll und ganz.

Nun zu den Müllgebühren. Im Prinzip ist auch die Berechtigung, eine Art Grundgebühr bei den Müllgebühren einzuführen, zu akzeptieren. Es ist aber keineswegs eine Erhöhung von 50 % für einen Teil der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zu akzeptieren. Das ist untragbar. Vizebürgermeister Binter sollte einmal hinaus in die Bevölkerung gehen und hören, was die Bürger dazu sagen. Er wird das Entsetzen merken - das Entsetzen von Leuten, die so einen Schritt nicht verstehen. Vizebürgermeister Binter wäre gut beraten, diese Verordnung zurückzunehmen. Das bedeutet nicht, daß man keine Grundgebühr einführen soll. Eine Erhöhung um 50 % in einem Jahr ist jedoch unmöglich. Der Öko-Bonus, der mit 27 % beziffert wurde, sollte größer sein, da man ökologische Maßnahmen setzen soll. Einen gewissen Beitrag kann auch die Stadt zur Müllvermeidung leisten. Ein gewisser Beitrag wäre beispielsweise ein größerer ökologischer Bonus oder eine besser funktionierende Umweltberatung. In Villach gibt es keine Umweltberatungsstelle. Das müßte verbessert werden. Auch hier könnte die Stadt noch einiges leisten. Allerdings müßte das Ministerium bessere Rahmenbedingungen schaffen. Er wird daher dem Antrag auf Zurücknahme der Erhöhung der Müllgebühr die Zustimmung erteilen. Die VIG-Fraktion wird jedoch gleichzeitig diese Resolution an das Ministerium schicken. Aus diesem Grund hat er den Antrag eingebracht, daß über diese Resolution abgestimmt wird.

Stadtrat Ing. Truppe führt aus, daß die Gemeinderäte der ÖVP-, der FPÖ-, der VIG- und der VLT-Fraktion von ihrem demokratischen Recht Gebrauch gemacht haben, einen Sondergemeinderat zu beantragen, da für

sie ein Sachthema im Interesse der Bevölkerung behandelt werden soll. Die Abfallwirtschaft ist in der letzten Zeit zu einem zentralen Thema der Umweltpolitik geworden. Man sollte heute die Größe und die Fähigkeit beweisen - auch wenn in einer Woche Wahlen stattfinden -, daß dieses Thema sachlich und konstruktiv abgehandelt wird. Die erste Vorschreibung der neuen Müllgebühren haben die Villacher Bürger bereits im Feber mit Staunen und mit Verärgerung zur Kenntnis nehmen müssen. Das war mit ein Grund, weshalb ein Verrechnungssystem gefordert wird, das den Intentionen einer Müllvermeidung entspricht. Der andere Grund ist, daß ein anderes Gebührenmodell gefordert wird, was bereits durch die ablehnende Haltung bei der Behandlung des Budgets 1994 dokumentiert wurde. Vizebürgermeister Binter versucht immer wieder zu polemisieren. Es wurde im Bauausschuß ein Amtsvortrag vorgelegt, zu dem keine vollinhaltliche Information gegeben wurde. Die ÖVP-Fraktion hat nun festgestellt, daß sie dieses Gebührenmodell in keiner Weise mittragen kann. Er appelliert daher an die SPÖ-Fraktion, heute in dieser Sachfrage die Kultur der Gesprächsbereitschaft zu beweisen und gemeinsam auf sachlicher Ebene ein Konzept zu erarbeiten, das die Müllvermeidung belohnt.

Die Abfallwirtschaft steht mit Rücksicht der Emotionalisierung in der Bevölkerung sicherlich unter einem Problemdruck. Lösungen sollten möglichst schon übermorgen realisiert werden. Das ist ein Faktum. Die Aufarbeitung dieses brennenden Problems hat sich in den letzten Jahren primär den Fragen der Zuständigkeiten, der Organisation, der Logistik und der Technik gewidmet. Die Aspekte der Kosten und deren Tragung sind damit zwangsläufig in den Hintergrund getreten. Sowohl Politik als auch Bevölkerung räumen der Abfallwirtschaft Gott sei Dank einen besonderen Stellenwert ein. Man muß feststellen, daß diese neue Verpackungsordnung von der Bevölkerung angenommen

brecht. Wenn man Unterlagen liest, daß die ARA in die Ge-
bührenwirtschaften vieler Länder tätig ist, wird. Bisher war die Finanzierung der abfallwirtschaft-
lichen Maßnahmen weitgehend in den Vollzugsbereich abge-
drängt. Die Einengung der Finanzierung auf die Quelle der
Abfallgebühren ist unbefriedigend. Das Verursacherprinzip
als Grundlage für die Gestaltung der Gebühren wurde mit
der Verpackungsordnung entwickelt. Er möchte auch etwas
anderes beleuchten. Der Konsument muß nun die Verpackungen
seiner gekauften Produkte sorgfältiger betrachten. Befin-
det sich darauf der sogenannte Punkt, so bedeutet dies,
daß im Verkaufspreis bereits ein Entsorgungsbeitrag bein-
halten ist, womit viele Produkte teurer wurden - durch-
schnittlich 1 bis 2 %. Die dadurch entstehenden jährlichen
Mehrkosten dürften rund S 600,-- pro Person betragen. Zum
anderen wird der Bürger angehalten, den Müll zu trennen,
und nicht mehr alles darf in den häuslichen Mistkübel
geworfen werden, es muß in entsprechenden Containern ent-
sorgt werden. Diese Container wurden unter der Schirmherr-
schaft der ARA in zumutbarer Entfernung zum Letztverbrau-
cher flächendeckend aufgestellt und unterliegen dem Abhol-
system der ARA.

Die notwendigen Anreize für die Abfallwirt-
schaft sind daher unerlässlich. Damit könnte auch ein
höheres Maß an zumutbarer Gebührengerechtigkeit erzielt
werden. Derzeit bestehen eklatante Unterschiede in der
Gebührenbelastung in Österreich. Das Land hat beispiels-
weise eine Studie in Auftrag gegeben, wie Müllgebühren
in Zukunft berechnet werden sollen. Die Bürger müssen
einen finanziellen Vorteil erkennen, wenn sie die große
Bereitschaft zeigen, den Müll zu trennen. Der Restmüll ist
in kürzester Zeit weniger geworden. Für die Gemeinde müßte
also eine deutliche Entlastung eingetreten sein. Früher
hat die Gemeinde die Altstoffe in Eigenregie gesammelt.
Jetzt übernimmt die ARA diese Arbeit. Die Wirtschaft hat
also einen deutlichen Schwenk in Richtung Vermeidung ge-

bracht. Wenn man Unterlagen liest, daß die ARA an die Gebietskörperschaften vierteljährlich Entgelte bezahlt, daß ein Schlüssel vereinbart wurde, daß für kleine und große Tonnen Entgelte für die Adaptierung der Standplätze, für die Reinigung der Standplätze, für die Schneefreihaltung, wieder der Gemeinde zufließen, müßte man doch das Gebührenmodell überdenken, damit der Bürger nicht zwei Mal zur Kasse gebeten wird. Anreize kann man auch in der Richtung schaffen, daß man beispielsweise die Bereitstellungsgebühr eher niedriger und die Leistungsgebühr höher ansetzt. Man könnte beispielsweise die Leistungen der Entsorgung ausschreiben, sodaß durch die Stadt Villach nur mehr die Verwaltung durchzuführen wäre. Auch das ist eine Überlegung, die in die neuen Berechnungen einfließen sollte. Vizebürgermeister Binter verdonnert die Verpackungsverordnung von Frau Ministerin Rauch-Kallat. Es ist ihm jedoch bekannt, daß es auch einen diesbezüglichen Beschluß der Bundesregierung gibt. Man sollte hier nicht ablenken, sondern man sollte in erster Linie versuchen, zu einer gerechten Gebührenvorschreibung zu kommen. Die andere Seite der Verpackungsordnung, die sicherlich zielführend und weitblickend für die Zukunft verordnet wurde, sollte hier Hand in Hand mit Land, Bund und Gemeinde zu einem befriedigenden Ergebnis auch im Interesse der Bevölkerung kommen.

Gemeinderat Dr. Löberbauer hat Vizebürgermeister Binter sehr genau zugehört. Dieser hat im wesentlichen drei Entlastungsoffensiven gestartet. Die eine war die, daß auch die SPÖ-Fraktion mit dem heutigen Dringlichkeitsantrag, den sie einbringen will, versucht, Frau Bundesministerin Rauch-Kallat zu geißeln. Die Mitglieder der SPÖ-Fraktion sollten die Mitwirkung der SPÖ-Regierungsmitglieder an der Verpackungsverordnung nicht ganz verdrängen. Diese Entlastung ist sicher nicht zulässig. Es ist ein netter Versuch, aber es ist nicht sehr seriös.

Der zweite Versuch der Entlastungsoffensive war der, daß man meint, die ÖVP-Fraktion habe im Bauausschuß das alles, so, wie es sich jetzt darstellt, goutiert. Dazu ist festzuhalten, daß 14 Tage nach dem Bauausschuß die Budgetsitzung stattgefunden hat. In diesen 14 Tagen wurde entgegen den Informationen der Mitglieder im Bauausschuß die Informationen eingeholt - da die Bauausschußmitglieder offensichtlich nicht voll informiert wurden - daß letztendlich der Konsument zwei mal zahlt - ein mal in Villach und ein mal über die höheren Verpackungspreise -, und daß die Stadt Einnahmen aus der Verpackungsverordnung hat. Zu diesen wird er später kommen. Unter anderem auch deshalb hat die ÖVP-Fraktion in der Budgetsitzung das Budget abgelehnt. Der dritte Punkt ist eigentlich der Grund dafür, warum der Gemeinderat an einem Sonntag zusammensitzen und versuchen sollte, für die Villacher Bürger etwas Gutes und Sinnvolles zuwegezubringen. Es ist durchaus in Ordnung zu sagen, das Modell sei in Ordnung und das Modell der derzeitigen Müllgebühr hätte vom Städtebund irgendwelche Auszeichnungen bekommen. Dagegen ist überhaupt nichts zu sagen. Worüber man sprechen muß ist die Tatsache, wie die Tarifgestaltung im Modell aussieht. Niemand hat etwas gegen die Aufteilung in eine Leistungsgebühr und eine Bereitstellungsgebühr - aber man muß die Relation dieser Gebühren ansehen. Er möchte diesbezüglich einen auch für die SPÖ-Fraktion glaubwürdigen Zeugen zitieren, und zwar Rechtsanwalt Dr. Brandl. Dieser erklärt in der Kleinen Zeitung in Vertretung eines Klienten: "Bestraft wird, wer den Müll sorgfältig trennt, nur mehr wenig Restmüll verursacht und seine Tonne nur mehr alle zwei Wochen entleert." Weiters stellt Dr. Brandl wörtlich fest: "Unabhängig von der Zahl der Entleerungen und der Menge des Mülls wurde auch die Bereitstellungsgebühr für den Container einheitlich mit S 684,-- festgesetzt."

Nun folgen fünf Thesen gegen die derzeitige Tarifgestaltung innerhalb dieses Modells: Die derzeitige Tarifgestaltung innerhalb des Modells ist ungerecht. Das beste Beispiel liefert Vizebürgermeister Binter selbst. Dieser erklärt: "Wenn nur mehr 14tägig entleert wird, kommt es ohnedies zu einer 27%igen Senkung." Wer nur mehr 14tägig entleert, produziert auf das Jahr gesehen auch nur die Hälfte des Mülls. Wenn jemand nur mehr 14tägig abführen läßt und folglich aufs Jahr gesehen bei seinem Hauscontainer nur mehr die Hälfte an Müll abführen läßt, dann stellt sich die Frage, warum die Gebühr um 27 % vermindert wird und nicht um 50 %.

Die zweite These dagegen: Die Tarifgestaltung innerhalb des derzeitigen Modells hemmt die Mülltrennung anstatt sie zu fördern. Anstelle der Schaffung von Anreizen, indem man denjenigen Haushalt und denjenigen Villacher, der bereit ist, sorgfältig zu trennen, fördert, bestraft man ihn mit einer 48%igen Erhöhung in der Relation zu demjenigen Villacher Haushalt, der nur noch wöchentlich trennt.

Die dritte These dagegen: Das derzeitige System berücksichtigt kein Einsparungspotential. Wir haben gehört, daß ab 1987 ohnedies sechs Dienstposten eingespart wurden. Das ist löblich und erfreulich. Wieviel wurde jedoch seit der Einführung dieses Systems, seit 1. Jänner, eingespart? Die Frage "Warum wurde das Einsparungspotential nicht umgesetzt?" ist eine weitere zulässige Frage.

Die vierte These dagegen: Das System ist nicht kostengerecht. Es mag schon stimmen, daß die Stadt Villach kärntenweit am billigsten ist. Sie ist jedoch kärntenweit auch eine der wenigen, die eine Mülldeponie direkt in der Stadt hat. Was das für die Verkehrswege

und Verkehrszeiten in der Kostensituation eines Betriebes bedeutet, muß man nicht besonders betonen. Das System ist nicht kostengerecht, da es die Nähe der derzeitigen städtischen Mülldeponie nicht berücksichtigt.

Die fünfte These - nun folgt ein Punkt, bei dem gröbere Fehlinformationen seitens des Referenten betrieben wurde -: Das derzeitige System berücksichtigt nicht die Einnahmen, die die Stadt Villach als Folge der Verpackungsverordnung aufgrund des österreichweiten Abfallbewirtschaftungssystems hat. Er wird nun einige Beispiele nennen, wieviel die Stadt bei einer Müllinsel einnehmen kann. Der Referent sollte sich darum kümmern, daß er das Geld bekommt. Es steht ihm aufgrund der Verordnung zu. Vizebürgermeister Binter hat erklärt, man müsse die Gebühren erhöhen, da in diesen Gebühren verschiedene Leistungen enthalten sind. In den Gebühren wäre enthalten das Reinhalten der Altstoffsammelstellen und Aufstellplätze der Sammelbehälter. In den Gebühren wäre enthalten die Instandhaltung von 16.000 Stück Sammelbehältern. Nun kommt der Punkt. Die Stadt bekommt pro Container, in den Metall eingebracht werden kann, pro Quartal als Beispiel: für die Standplatz-Zurverfügungstellung S 85,--, für die Betreuung und Reinigung S 273,--, für die Schneeräumung S 117,-- und für die Wartung der Behälter S 190,--.

Bürgermeister Manzenreiter hinterfragt, ob die Stadt Villach nicht für eine private Gesellschaft etwas leistet, das sie damit abgegolten bekommt.

Gemeinderat Dr. Löberbauer stellt fest, daß man es nicht in die Gebühren für die Bürger einrechnen kann, wenn man diesen Betrag ohnehin erhält.

Für einen Kunststoffcontainer erhält die Stadt Villach pro Quartal S 85,-- für Standplatz, S 273,-- für Reinigung, S 117,-- für Schneeräumung, S 190,-- für Wartung. Für einen Glascontainer detto. Beim Papier sind die Sätze niedriger. Beim Papier mußte die Stadt bis zum 1.10.1993 zu 100 % für die Leistungen aufkommen. Seitdem nur noch zu 77,5 %. In der Summe bekommt die Stadt Villach pro Jahr und pro Müllinsel S 7.400,--. Wo wird dieser Betrag im derzeitigen Müllgebührentarif berücksichtigt? Es ist die Aufgabe des Referenten, dies zu berücksichtigen. Dazu kommt noch, daß aus demselben System der Stadt für die Verwaltung und Organisation bestimmte Schlüsselzahlen zustehen. Eine weitere konkrete Zahl: im Abfallbeseitigungsverband St. Veit fallen in der Summe Einnahmen pro Jahr in der Höhe von S 4 Mio. an. Man soll, wenn man politisch argumentiert, immer zu den kleinen Einheiten und für den Bürger verständlichen Antworten kommen. Er möchte die Gemeinde St. Jakob zitieren, die erklärt: "Nach Inkrafttreten der Verpackungsverordnung seit dem Vorjahr ist eine Reduktion des Mülls zu beobachten. Die Entsorgung erfolgt deshalb nur noch alle drei, sechs und neun Wochen - bisher alle zwei, vier und acht Wochen." Es ist dies eine positive Nebenwirkung aus St. Jakob, die aber weitere Anfahrtswege zur Mülldeponie haben als die Villacher. Die Gebühren wurden für die Bürger verbilligt. Man sollte sich an St. Jakob ein Beispiel nehmen und ein kostengerechtes, das Einsparungspotential berücksichtigendes Tarifsysteem innerhalb des guten Modells finden.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher übernimmt den Vorsitz.

Gemeinderat Spitzer führt aus, daß die Kostenexplosion bei der Müllentsorgung für den Bürger untragbar ist. Zahlte man noch vor einem Jahr für die Entso-

rgung einer 120-l-Tonne im 14tägigen Rhythmus S 728,--, so muß der Bürger für 1994 eine nahezu 50%ige Steigerung in Kauf nehmen. Diese Steigerung ist untragbar. Die Gesamtausgaben für die Entsorgung betrugen 1993 S 28,2 Mio., für 1994 wird die Entsorgung um 8 % steigen, dies bedeutet eine Gesamtsumme von S 30,4 Mio. Diese Erhöhung von beinahe 10 % ist nicht einzusehen, da die Konsumenten seit Herbst 1993 für die Entsorgung der Verpackungen auch in den Geschäften bezahlen müssen. Eines soll festgehalten werden: das Mülltrennen soll finanziell belohnt und nicht bestraft werden. Das Müllproblem darf nicht auf Kosten der Bürger ausgetragen werden. Hier zeigt sich wieder einmal deutlich, daß das Umweltministerium versagt hat, da man nicht gewillt ist, die Herstellung von Verpackungsmaterialien, die ökologisch bedenklich sind, zu verbieten, aber auch das unnötige Verpackungsmaterial zu reduzieren, damit der Müllberg kleiner wird. Eine weitere Belastung der Bürger besteht darin - und darüber hat noch keiner gesprochen -, daß laut Müllgesetz die Milch-, Joghurt- und Fruchtsaftpackungen sowie leere Lebensmitteldosen für Mensch und Tier vor der Entsorgung ausgewaschen werden müssen. So ergibt sich auf das Jahr aufgerechnet wieder eine finanzielle Belastung des Konsumenten, da die Reinigung mit Warmwasser durchgeführt werden muß - denn er kann sich nicht vorstellen, daß man Lebensmittelkonserven mit kaltem Wasser reinigen soll. Man rechnet für eine vierköpfige Familie mit einem zusätzlichen Warmwasserverbrauch im Jahr zwischen 800 und 1.000 Liter. Wenn man dies auf alle Haushalte in Villach aufrechnet, so ergibt das einen unnötigen Wasser- bzw. Energieverbrauch. Bei der Abrechnung Ende des Jahres wird das dem braven Bürger, der den Müll trennt, sehrwohl angerechnet und verrechnet. Aus diesem Grund wird er die noch bestehende Müllentsorgungsverordnung ablehnen und fordert eine finanziell gerechte Müllentsorgung. Abschließend möchte er doch bemerken, daß er die Aussage

im "Pro Villach", wonach die Stadt Villach in fünf Jahren etwa S 5.700,-- für eine 240-l-Tonne verdient, nicht verstehen kann. Die Stadt müßte dann sehr hohe Summen verdienen. Er glaubt diese Aussage im "Pro Villach" sicherlich nicht. Hier wird eine Täuschung der Bürger praktiziert. Er bittet um Aufklärung darüber, was damit gemeint ist, wenn man schreibt: "Im ersten Jahr kostet der Ankauf S 1.119,--, die Bereitstellungsgebühr ist S 1.378,-- - man verdient also im ersten Jahr schon ca. S 200,--. Wenn man das auf fünf Jahre aufrechnet, ergibt sich eine Summe von S 5.700,--."

Gemeinderat Mag. Raup möchte, wenn Stadtrat Ing. Truppe für eine Versachlichung des Themas blauäugig und salbungsvoll eintritt, nachweisen, daß dem wohl nicht so sein kann. Im "Pro Villach" tritt beispielsweise der Handelskammer-Obmann, Schneidermeister und Leitartikler Gross in seinem Leitartikel für ein Miteinander ein. Ein paar Spalten rechts davon heißt es dann: "Wie aus Müll Gold wird." - So, als würde die Stadt irgendwo geheimnisvoll Müll zu Gold werden lassen oder ihre Stadtkassen mit dem Geld der Bürger auffüllen. Wenn von der ÖVP-Fraktion gemeint wird, die Stadt ziehe finanziellen Nutzen aus dieser Aktion, dann möge diese sich bei den privaten Entsorgern anhalten, denn S 2.800,-- wird für eine 14tägige Entsorgung in Feldkirchen verlangt - von privaten Entsorgern. Weiters wird von Trick Nr. 1 und Trick Nr. 2 gesprochen, als seien hier Trick-Akrobaten oder Jongleure am Werk. Es wird vom Müll-sparen gesprochen. Eine Milchmädchen-Rechnung ist sehr leicht anzustellen. Gott sei Dank ist man von der Abfallwirtschaft zu einer Kreislaufwirtschaft übergegangen. Das ist positiv zu werten. Aber der Müll ist nicht weniger geworden. Wenn man die vier oder fünf Fraktionen wieder in einen Müllsack füllt, wird man erkennen, daß der Müll in diesem Jahr um 4 % gestiegen ist. Das ist

nachweislich in Österreich der Fall. Es wird hier Demagogie und Polemik betrieben. Es wird von Schröpfgebühren gesprochen und erklärt: "Was der Tankwart nicht darf, darf die SPÖ mit ihrer Mehrheit allemal - sie zieht den Villachern das Geld aus der Tasche, wirft es wieder zum Fenster hinaus für Prestigebauten und erstarrten Prunk-Sozialismus. Wie ein Moloch zieht die SPÖ die Allmacht durch die krisengeschüttelte Finanzstruktur der Stadt Villach." Und das soll sachlich sein?

Wer in die Kühlregale schaut, wird feststellen, daß die Milchflaschen aus den Regalen verschwinden - das Paket feiert fröhliche Urstände. Inzwischen findet man bereits eine ganze Menge Milchpakete aus Oberösterreich, weil das Molkereikartell ebenfalls aufgehoben wurde und quer durch Österreich eine Art Packerl-Tourismus stattfindet. Das Milchpaket kaufen, nach Hause tragen, austrinken, auswaschen, zerschneiden oder falten, in die Öko-Box einschichten, zur Post tragen oder zur nächsten ÖMV-Tankstelle - die ist ja sicher gleich um die Ecke -, oder vielleicht zum Milchfrisch-Geschäft in die Maria-Gailer-Straße fahren, um dann diese gefüllte Öko-Box abzugeben. Das ist der Weg dieses Pakets. Damit sind die Einweg-Packungen wieder salonfähig geworden. Das ist die Auswirkung der Verordnung. Er möchte nun nichts gegen Frau Ministerin Rauch-Kallat sagen, da diese erst sehr kurz dieses Amt innehat. Aber vorher hat es immerhin eine Marilies Flemming gegeben und es hat eine Frau Ministerin Feldgrill-Zankel gegeben, die federführend hier vorangeschritten sind und oft genug verteidigt haben, was die Konsumenten der Stadt Villach heute auslöffeln müssen. Die Verpackungsindustrie hat sich abgeputzt. Das sind - wie früher schon einmal erwähnt wurde - Trittbrettfahrer geworden. Den Stein der Weisen hat niemand gefunden. Wenn nun behauptet wird, daß das noch alles gut ist, so kann er nur

feststellen, daß der Konsument der Dumme ist. Er hat die Arbeit und muß noch dafür zahlen. Bis zu sechs Fraktionen hat er dann zu Hause in seiner Küche. Da kann er dann zwischen den roten, grünen und blauen Kübeln herumtanzen. Besonders bei den privaten Entsorgern hat es astronomische Verteuerungen gegeben. Die Stadt hat das, was man ihr vorgeschrieben hat, mustergültig erledigt. Sie hat ein Sammelsystem aufgebaut, das auch für viele andere beispielgebend sein kann. Dort, wo es Probleme gibt, sind zum Teil private Entsorger zuständig. Man hört von angeblichen Finanzierungslücken der ARA. Die Stadt hat alles getan, um von der Wegwerf-Gesellschaft zur Kreislaufgesellschaft zu kommen. Es sollte heute niemand behaupten, zu wissen, daß dieser Umweltschutz zum Null-Tarif zu haben wäre, oder daß er nicht gewußt hätte, daß diese Dinge ihren Preis haben werden.

Er kommt nun zur Frage der Gerechtigkeit. Es ist ihm bekannt, daß auf den Bürger Belastungen zukommen, die der eine leichter, der andere etwas schwerer verkraftet. Wesentlich ist jedoch, daß man dem Bürger erklären muß, warum und wie diese Dinge zustandekommen. Es ist auch eine Milchmädchen-Rechnung, wenn jemand erklärt, es wäre das gerechteste System, wenn derjenige, der viel produziert, viel zahlt, wer wenig produziert, zahlt wenig, und wer nichts produziert, zahlt nichts. So ist es jedoch nicht. Es ist bekannt, daß es heute anders läuft. Die Stadt Villach muß für Kosten aufkommen, die - egal, ob jetzt 14tägig oder einwöchig entsorgt wird -, ständig zu bezahlen sind. Vizebürgermeister Binter hat vorhin bereits aufgezählt, welche Leistungen zusätzlich erbracht werden müssen. Es sollte auch keiner denken, daß es zum Null-Tarif zu haben wäre, wenn man in drei, vier oder fünf Jahren die Mülldeponie in Müllnern schließen will. Es sind auch S 60 Mio. notwendig, um eine geordnete Deponie zu hinter-

lassen. Der Bürger sieht nur, daß seine Restmülltonne, die früher wöchentlich voll war, jetzt nur mehr 14tägig voll ist, und glaubt damit, er habe Müll vermieden. Müll vermieden hat er damit noch nicht. Er hat nur die Stoffe, die er früher in eine gemeinsame Tonne geworfen hat, getrennt. Die getrennten Stoffe, wie Glas, Papier, Dosen, Kunststoffe usw., müssen entsorgt werden und verursachen Kosten.

Alle Studien, die bisher diese Müllkosten untersucht haben, stellen fest, daß etwa 80 % der Müllkosten sogenannte Fixkosten sind - egal, ob sie wöchentlich oder 14tägig abgeführt werden. Nur der Rest ist sogenannte Manövrierermasse. Vorhin wurde behauptet, die Stadt biete keinen ökologischen Anreiz. Wenn jemand heute von der ehemaligen wöchentlichen Abfuhr auf die 14tägige Abfuhr umstellt, so bezahlt dieser natürlich die Erhöhung. Im Endeffekt hat er sich über das Jahr jedoch S 5.000,-- erspart - das sind ca. S 400,-- pro Monat. Die 14tägige Abfuhr wird derzeit von den Villacher Bürgern sehr stark angenommen.

Er möchte sich zum Abschluß seiner Ausführungen mit fremden Federn schmücken und zitiert aus der Grünen Stadtzeitung: "Im Landesdurchschnitt sind die Müllgebühren der Stadt in Villach vergleichsweise niedrig. Das zeigt die voranstehende Tabelle. Auch funktionieren die Müllabfuhr und die Altstoff-Sammlung nach vielen Mängeln in den vergangenen Jahren recht gut. Es besteht also kein Grund für eine Palast-Revolution, wie sie die ÖVP und FPÖ inszenieren wollen." Dem ist nichts hinzuzufügen.

Gemeinderat Sobe ist zutiefst erschüttert, wenn heute - er möchte es einmal so bezeichnen - der Zentral-Fraktionsführer der nicht-sozialdemokratischen Gemeinderäte im Gemeinderat zum Mikrofon geht und in

einer Weise polemisiert, die - wenn man es von der Warte betrachtet, was die Zielsetzung war - in keiner wie immer gearteten Art zu akzeptieren ist. Er erinnert daran, daß ein paar Tage vor dieser Gemeinderats-Sitzung das berühmte Villacher Klima von der ÖVP-Fraktion wiederum vergiftet worden ist. Im Gemeinderat findet dann bei der Wortmeldung von Stadtrat Pfeiler ein Auszug statt. Anschließend betrachtet der Fraktionsführer der ÖVP-Fraktion die Sache aus einem anderen Licht. Es ist falsch, wenn Stadtrat Pacher in dieser Postille behauptet, daß derjenige der jetzt auf 14tätige Entleerung umstellt, bestraft wird. Es ist falsch, denn dieser Bürger erspart sich etwas. Das hat sich heute schon geklärt. Andererseits wird in klagsreifen Argumenten wieder alles angegriffen bzw. auch nicht verständlich in dieser Postille erklärt. Zum Verrechnungsmodell und zum Gebührenmodell: Stadtrat Ing. Truppe erklärt einerseits, es war nicht genug Zeit, in der Phase bis zur Budgetsitzung darüber nachzudenken, ob der vorliegende Vorschlag richtig war oder falsch. Anfang November bekommen die Fraktionen den Amtsvortrag. Der Amtsvortrag ist einerseits sehr lange, andererseits sehr ausführlich. Stadtrat Pacher und Gemeinderat Kreschischnig hatten im Bauausschuß die Möglichkeit, a) zu diesem Amtsvortrag Stellung zu nehmen. Es wurde nicht Stellung genommen, obwohl der Amtsvortrag schon 14 Tage in ihren Händen war. b) Es wäre die Möglichkeit gewesen, dort jede wie immer geartete ausführliche Information von Herrn Waldner, dem Leiter der Entsorgung, zu erhalten. Es gab keine einzige Anfrage. c) Es kommt dort zu einem Beschluß, wobei Stadtrat Pacher und Gemeinderat Kreschischnig diesem Amtsvortrag die Zustimmung erteilen. Wenn nun von diesem Gebührenmodell gesprochen wird und davon, daß es unüberschaubar sei und man keine Zeit gehabt hätte, sodaß man es bei der Budgetsitzung ablehnen mußte, so ist dies für ihn unverständlich. Es freut ihn, daß Stadtrat Ing. Truppe die

ARA so verteidigt. Er möchte vorerst etwas näher auf den Vorschlag von Stadtrat Ing. Truppe eingehen, wonach die Müllentsorgung privatisiert werden müßte. Er weiß nicht, ob dieser Vorschlag ernst gemeint war. Alle jene Gemeinden, die in Kärnten eine private Müllentsorgung haben, sind um vieles teurer. Die Bürger der Stadt Feldkirchen zahlen S 5.700,-- bei 14tägiger Entleerung, die Bürger der Stadt Villach S 1.448,--. Die Stadt Feldkirchen entsorgt privat. Was würde das Ergebnis sein, würde die Stadt Villach nun ihr gut funktionierendes System in private Hände legen?

Er möchte nun auf die Wortmeldung von Gemeinderat Dr. Löberbauer eingehen. Dieser hat es sehr polemisch verstanden, einige Dinge umzudrehen, indem er feststellt, daß die Stadt Villach von der ARA Kosten zurückerhält und diese Kosten im Gebührenmodell nicht eingerechnet wären. Diese Kosten sind sehrwohl eingerechnet worden. Man kann auch ans Rednerpult gehen und von S 75,-- und S 78,-- sprechen. Es handelt sich dabei um etwa S 3,5 Mio., die die Stadt Villach von der ARA noch nicht bekommen hat und wahrscheinlich auch nicht bekommen wird, da die ARA bereits mit S 1,5 Mrd. in der Pleite steckt und wahrscheinlich nicht mehr zahlen wird können. Andererseits sind heute - nach fünf Monaten - Anträge vorhanden, darüber nachzudenken, wie man die Glasentsorgung verteuert, wie man von S 0,78 pro kg auf S 1,12 geht, um dieser Dinge noch Herr zu werden. Man weiß heute nicht, ob es überhaupt sinnvoll war, die Plastikfraktion einzuführen, da man sie kaum entsorgen kann. Das sind die privatwirtschaftlichen Richtlinien der ARA. Das System von Frau Bundesministerin Rauch-Kallat hat sich nach fünf Monaten einerseits finanziell und andererseits organisatorisch ad absurdum führt. In solche Hände, stellt sich die ÖVP-Fraktion vor, könnte man das noch gut funktionierende System, das heute von

der Stadt Villach betrieben wird, geben. Die Stadt Villach erhält S 3 Mio., die ARA erhält 100 % der Lizenzgebühren. 60 % von diesen 100 % Lizenzgebühren laufen trotzdem über die normale Entsorgung, sodaß die ARA im Endeffekt die Aufgabe hat, 40 % zu entsorgen, wofür sie 100 % kassiert. Es gibt jedoch viele, die diese Lizenzgebühren nicht zahlen. Die Stadt Villach wird letztendlich mit den S 3 Mio. - wenn sie sie bekommt - nie zurande kommen, sondern wird weit mehr Geld aufwenden müssen, da es die sogenannten Trittbrettfahrer gibt. Es wäre daher falsch, etwas in private Hände zu legen, was heute gut funktioniert.

Wenn heute davon gesprochen wird, daß einige durch dieses neue Modell bestraft werden, dann muß man einmal die Wahrheit beim Schopf nehmen. Die Gemeinderatsmitglieder sprechen heute über Müllhaushalte. Sie sprechen jedoch nicht davon, daß etwa 20.000 Menschen im mehrgeschoßigen Wohnbau leben und es im mehrgeschoßigen Wohnbau überhaupt nicht darum geht, ob man 14tägig oder wöchentlich entsorgt. Der mehrgeschoßige Wohnbau wird teilweise in der Woche drei Mal entsorgt. Es werden die Gebühren dort anders umgelegt. Diejenigen Menschen haben sich bei diesem neuen Gebührenmodell schon etwas erspart. Wenn dort weniger Restmüll produziert wird, wird weniger abgeführt. Wenn weniger abgeführt wird, wird dort weniger gezahlt - obwohl es eine Bereitstellungsgebühr gibt, zu der wir uns bekennen. Andererseits muß man dazu sagen, daß ca. 20 % von einer wöchentlichen Entsorgung auf eine 14tägige kommen werden und sich dadurch - wie ausgerechnet - 27 % ersparen werden. Es handelt sich also im Endeffekt um 40 % 14tägige Haushalte. Es handelt sich dabei vorwiegend um die Eingemeindungs-Gemeinden, bei denen eine 14tägige Entleerung schon bisher möglich war. Das jetzige System ist ein sehr gerechtes. Nicht, daß es schön ist, wenn man Gebühren erhöht. Nicht, daß es vielleicht lustig ist, wenn

man dem Bürger jetzt S 300,-- mehr abverlangt. Es ist das System jedoch seines Erachtens gerecht und nicht einer Revision bedürftig. Es handelt sich einerseits darum, gerechte Gebühren zu erhalten, und andererseits darum, jenen zu belohnen, der wirklich zukünftig weniger Müll verursacht. Man wird vielleicht nicht, so wie man es sich vorstellt, im Verhältnis 1:1 belohnt, doch durch die 50%ige Bereitstellungsgebühr und die 50%ige Leistungsgebühr gibt es in Zukunft eine Belohnung. Seiner Meinung nach war es daher wieder nur polemisch, um vor der Wahl irgend etwas, das in der Stadt gut funktioniert, anzugreifen und in die politischen Machenschaften zu ziehen. Man hätte genug Zeit gehabt, dieses Modell schon in anderen Gremien zu diskutieren. Es liegt auch heute kein Vorschlag im Detail vor, was anders sein könnte. Es ist dieses ein gerechtes System, das aus seiner Sicht keineswegs zu verurteilen ist.

Bürgermeister Manzenreiter übernimmt wieder den Vorsitz.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher ist froh, daß nach einiger Zeit der Abwesenheit Gemeinderat Dr. Ertl, Stadtrat Ladstätter und Stadtrat Ing. Klamt jetzt wieder die Plätze eingenommen haben, denn die Herren, die vor zwei Stunden erklärt haben, daß man heute zusammengekommen ist, um über das Thema Müllgebühr zu reden, haben im Saal gefehlt, als sachliche Argumente vorgebracht wurden. Sie stellt auch jetzt fest, daß einige Plätze bei der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion leer sind und daß es also offensichtlich doch nicht ganz so darum geht, Aufklärung über inhaltliche Fragen zu bekommen.

Stadtrat Ladstätter hält fest, daß auch außerhalb des Saales ein Lautsprecher vorhanden ist.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher führt aus, daß alle Mitglieder des Gemeinderates spätestens seit der heutigen Sitzung wissen, daß Villach bei den billigen Müllgebühren führt. Es gibt offensichtlich Personen, die das nicht gerne hören - weder den Slogan "Villach führt" insgesamt und schon gar nicht den Slogan "Villach führt bei billigen Müllgebühren", da es sich dabei um ein Referat der SPÖ-Fraktion handelt. Villach führt bei billigen Müllgebühren, obwohl die Entsorgung in Villach erstens sehr gut funktioniert, eine verlässliche ist, eine optimale ist, und zweitens, obwohl - oder gerade weil - die Entsorgung in Villach durch die Stadt durchgeführt wird, durch eine städtische Entsorgung, und nicht durch private Firmen. Villach führt bei billigen Müllgebühren. Am Beispiel des Abfallbeseitigungsverbandes Villach - im Vergleich mit vielen kleinen Gemeinden - größtenteils ÖVP-regierten Gemeiden - hat die Stadt Villach nach Paternion - das ist die einzige Gemeinde im Verband, die vor der Stadt Villach liegt - die billigste Gebühr aller Gemeinden im Verband Villach. Sie nennt als Beispiel die Gemeinde Ossiach und die Gemeinde Rosegg - Gebühr Villach mal zwei. Für jeden Bürger doppelt so hohe Müllgebühr wie in Villach. Beispiel: die Stadt Feldkirchen - Villacher Müllgebühr mal vier. Vier Mal so teure Jahresmüllgebühr, wie für die Bürger Villachs. Auf ganz Kärnten bezogen ist Villach die Bezirksstadt - und da stimmt weder das Beispiel mit Feldkirchen, noch mit Spittal -, die weitaus die günstigsten Müllgebühren hat. Sie möchte nun jedoch zu einem wichtigen Punkt kommen, der vermutlich neben der billigen Müllgebühr noch nicht bekannt war. Wenn man nämlich ansieht, welche Städte und welche Gemeinden noch selbst die Müllentsorgung durchführen, d.h. durch die öffentliche Hand, dann sind das nur mehr zwei - nämlich Arnoldstein und Villach. Alle anderen haben bereits seit längerem ihre Müllentsorgung privatisiert. Und sie stellt heute fest,

daß es offensichtlich darum geht, ein funktionierendes öffentliches billiges System zu zerschlagen und zu zerstören und dann die Müllentsorgung zu privatisieren. Stadtrat Ing. Truppe hat diesen Vorschlag heute ganz deutlich unterbreitet. Er will die Müllentsorgung in Villach privatisieren, damit private Müllentsorger Gewinne machen können und damit die Bürger dann zweifach oder vierfach mit Gebühren belastet werden. Sie als Finanzreferentin ist für Privatisierung dann - so wie beim Kino -, wenn es um Risikoauslagerung geht, und dann, wenn Private etwas günstiger und billiger machen, als die öffentliche Hand. Sie wird sich aber sehr dagegen verwehren, daß gerade dieses System, das in Villach optimal funktioniert, privatem Profit geopfert werden soll und die Bürger dann vier Mal so teure Müllgebühren in Kauf nehmen müssen.

Nun zum Thema der Gebühr etwas genauer. Es besteht diesbezüglich wirklich großer Aufklärungsbedarf. Es werden heute noch beispielsweise durch Stadtrat Pacher, der offensichtlich Mitglied im Fachausschuß ist, Dinge verwechselt und nicht verstanden, sodaß sie sich wirklich fragen muß, ob dieser entweder nicht die Zeit oder nicht das Interesse hat, sich darüber zu informieren. Eine Sockelgebühr, eine Grundgebühr, gibt es beim Telefon, gibt es beim Strom, gibt es beim Kanal, gibt es in allen modernen Gebührenhaushalten. Es liegt jetzt im Entwurf die neue Kärntner Abfallordnung vor, die auch allen Gemeinden Kärntens die Einführung einer solchen Grundgebühr empfiehlt und nahelegt. Dies bedeutet, daß Villach Vorreiter ist. Für das Vorreiter-Sein wird man eben manchmal bestraft, weil es manche Leute nicht verstehen wollen. Das System ist modern. Es entspricht der Kostenrechnung. Stadtrat Ing. Truppe hat gemeint, es gibt ein privates Institut, das für das Land Kärnten Vorschläge für Müllgebühren erarbeitet. Die Stadt Villach hat selbstverständ-

lich vom ersten Moment an mit diesem Institut gesprochen und hat sämtliche Zwischenergebnisse abfragen lassen. Der Entwurf, der von allen privatwirtschaftlich geführten Instituten vorgelegt wird, geht eindeutig in die Richtung der Stadt Villach, unterstreicht eindeutig den Weg der Stadt Villach und es wird allen anderen Gemeinden nahegelegt, sich diesem Weg anzuschließen. Das steht heute schon fest. Diese Studie wird demnächst vorliegen. Das System der Sockelgebühr ist außerdem gerecht und vor allem eines ist ihr als Sozialdemokratin wichtig - es ist ein soziales System. Sie ist der Meinung, daß man bisher in der Argumentation einem Trugschluß unterlegen ist. Sie möchte zwei Beispiele für Villacher Gebührenzahler nennen. Das eine ist ein Manager, der gut verdient und der in seiner Villa alleine lebt und der dadurch, weil er ein Ein-Personen-Haushalt ist, die 14tägige Gebühr in Anspruch nehmen kann. Dieser gut verdienende, allein lebende Manager wurde bisher in seiner Müllgebühr gestützt - gestützt durch eine Familie mit vier Kindern, die in einem kleinen Reihenhaushalt lebt und die aufgrund der hohen Personenanzahl im Haushalt bisher nicht die 14tägige Abfuhr in Anspruch nehmen konnte oder aufgrund der vielen Kinder es auch vom Müllaufkommen her nicht konnte. Es ist ungerecht, so ein System weiter aufrechtzuerhalten. Dasselbe gilt für den mehrgeschoßigen Wohnbau. Es ist ungerecht, daß im mehrgeschoßigen Wohnbau, wo eher sozial schwächere Familien leben, diese indirekt 14tägige Bezieher stützen. Es war höchste Zeit, das zu korrigieren. Es ist jetzt ein soziales Modell, das von der SPÖ-Fraktion weiterhin getragen werden sollte, und zwar offensiv getragen werden sollte. Die Stadt Villach hat nun außerdem aufgrund dieser Gebühr, die über die Grundgebühr das Funktionieren der städtischen Müllabfuhr weiter sicherstellt, die Möglichkeit, vielen Anträgen positiv gegenüberzustehen, die noch kommen werden. Es liegen viele Anträge von Personen bei Vizebürgermeister Binter auf, die

ebenfalls auf 14tägige - vielleicht einmal auf monatliche - Abfuhr umstellen wollen. Alles das ist jetzt durch die Grundgebühr möglich. Es wäre nicht möglich gewesen, hätte man weiterhin das ungerechte und nicht kostenentsprechende System aufrechterhalten.

Sie möchte aber auch noch ganz kurz - da sie der Meinung ist, daß es ein gutes Beispiel für privates Abkassieren von wenigen Müllhaufen auf Kosten der Bürger im Gegensatz zu einem funktionierenden Vermeidungssystem und Entsorgungssystem durch öffentliche Hand ist - kurz die Unterschiede ab Inkrafttreten der Verpackverordnung ansprechen. Die Verpackverordnung nach wenigen Wochen ihres Inkrafttretens bedeutet heute: 1.) Mehr Müll. Es ist nachgewiesen, daß das Müllaufkommen nach Inkrafttreten der Verpackverordnung zugenommen hat. 2.) Große Verwirrung für die Bürger. 3.) Teurere Waren, die der Konsument zu bezahlen hat. 4.) Nicht funktionierendes Abholen bei den Inseln. Man muß sich nur die Inseln ansehen, wie da nicht funktionierende Privatwirtschaft zu einem ständigen ungesetzlichen Mülldeponienwesen führt. Die fehlenden Milliarden wurden bereits angesprochen. Es sind S 1,5 Milliarden, die heute der ARA bereits österreichweit fehlen. Das ist ein Gesetz, das als großes Umweltgesetz verkauft wurde, aus ihrer Sicht aber kein grünes Gesetz ist, kein Gesetz, das den grünen Punkt verdient, sondern ein Gesetz, das wirklich den schwarzen Punkt verdient. Es ist nämlich ein Müllvermehrungsgesetz. Es wurden dabei im Zuge einer aus ihrer Sicht völlig widersinnigen Privatisierung der Öffentlichkeit - in dem Fall auch der Stadt Villach - Bereiche entzogen und privatisiert und zentralisiert, und zwar in Form eines Monopols. Das ist einer der Fehler des Gesetzes. Vorhin wurde die Meinung vertreten, daß die Stadt Villach hohe Einnahmen aus den ARA-Verträgen haben wird. Bisher hat die Stadt Villach selbst Verträge

geschlossen, um Glas und Altpapier abholen und wiederverwerten zu lassen. Für die Stadt Villach hat dieser Betrag, was das Altglas betrifft, den Betrag x ausgemacht, den die Gebührenzahler zu zahlen hatten. Seit der Privatisierung über die ARA - also seit Private dies der gut funktionierenden öffentlichen Hand weggenommen haben - ist dieser Betrag x verfünffacht worden. D.h., die Altglasabholung und das Recycling sind fünf Mal so teuer geworden, seit die ARA, im Gegensatz zur städtischen Müllabfuhr Villachs, dafür zuständig ist. Das ist eine Privatisierung, wie sie als Negativbeispiel im Raum stehen muß und wie man sie nicht mittragen sollte.

Darüberhinaus sollen dann vielleicht nach monopolistischer Absicherung weniger österreichweiter Müllhaie die Gemeinden und die Bürger dieser Gemeinden die Defizitbeträge aufbringen. Es wurde auch schon angesprochen, daß die Bürger den Eindruck bekamen, sich von der Verpackung, von der Müllvermeidung, loskaufen zu können. Ein Gesetz, das den Eindruck vermittelt, die Bürger können sich vom Umweltschutz freikaufen, ist für sie grundsätzlich ein falsches Gesetz, da es inhaltlich falsch ansetzt. Übrig bleibt aus ihrer Sicht von der heutigen Gemeinderatssitzung folgendes: Es gibt offensichtlich in manchen Kreisen eine Vision 2000 was die Entsorgung betrifft - eine Vision 2000, die so aussieht, daß unsere Industrie Fertigenüs produziert, daß unsere Industrie teure Verpackung noch und noch produziert, daß wir keine Küchen mehr haben werden, sondern nur mehr Müllsortierer in unseren Küchen, damit wir die Abfallprodukte dieser Fertigenüs dann auch ordnungsgemäß und gesetzeskonform entsorgen können. D.h. wir werden in jedem privaten Haushalt eine kleine Mülldeponie aufbauen müssen. Der Bürger in Österreich muß tausende unbezahlte Arbeitsstunden beitragen, damit die Industrie ihre Gewinne über die Müllentsorgung

weiterhin optimieren kann. Ganz zu schweigen von einer Energiebilanz, die man vielleicht diesbezüglich einmal fordern sollte. Vielleicht sollte Stadtrat Ing. Klamt einmal eine andere Art der Studie in Auftrag geben und sollte die Energiebilanz ansehen, die die bestehende Verpackverordnung aus ihrer Sicht völlig nach oben treibt - zulasten von kleineren Einheiten, die bisher über die öffentliche Hand funktioniert haben. Politisch dürfte dahinterstecken, daß man Beschäftigungstherapie machen will für Kinder, die sehr am Umweltschutz interessiert sind, für Frauen, die in erster Linie die Haushalte zu führen haben - im Dienste der Wirtschaft, im Dienste der Industrie. Eine Beschäftigungstherapie, die ja nicht Gedanken laut werden lassen soll, daß wir vom Konsumsystem her vielleicht irgendwo an einer Grenze angestoßen sind, und daß wir vielleicht grundsätzlich umdenken sollten, was die Konsumgesellschaft in Österreich betrifft.

Gemeinderat Zellot möchte sich heute einmal bei jenen Villacher Bürgerinnen und Bürgern entschuldigen, die heute hier im Gemeinderat ausgelacht worden sind. Das sind jene, die von sehr vielen Rednern erwähnt wurden und die in Villach bereits fleißig Müll trennen. Es waren wahrscheinlich jene Politiker, die mit den Bürgern sprechen, die zu den Sprechtagen kommen und ihre Probleme vorbringen. Aber diese Bürger, die trennen, die können weiter trennen und es wird sich wahrscheinlich nicht viel ändern. Wenn es ein System gibt und der zuständige Referent meint, daß es nicht funktioniert, ist dies keine Motivation für die Villacher Bürger, den Müll ordnungsgemäß zu trennen und damit eine Mülldeponie länger leben zu lassen. Es wird bewiesen - es liegt auch schriftlich vor -, daß erreichte Spitzenwerte bei der Trennung zu keiner Änderung im System führen werden. Der zuständige Referent hat es wohl aufgebracht, aber einsparen allein hilft nicht. Man muß sich

damit umstellen und man muß sich auf die gegebene Situation einstellen. In Vorarlberg werden die einzelnen Müllhaushalte in drei Teile unterteilt. Die Gebühren werden nach der Größe der Wohnung ermittelt, und zwar die kleine, die mittlere und die große Wohnung. Die kleine bis zu 60, die mittlere von 60 bis 100 und die große über 100 m². Die Personenanzahl ist gleichgültig. Das System ist für die Innenstadt ungerecht. Es gibt in Villach auch Privatbesitzer mit Häusern, die in der Innenstadt wohnen und natürlich einer 14tägigen Entleerung nicht zugeführt werden, weil es in der Innenstadt nicht genehmigt ist. Weiters gibt es auch in Österreich schon aufgrund der neuen Technik Müllgebühren nach Müllmenge. Die Müllmenge wird in den jeweiligen Mülltonnen durch Sensoren registriert und nach dieser Müllmenge bekommt jeder einzelne seine Abrechnung. Wer mehr produziert, muß auch mehr zahlen. Ein sehr schöner Satz vom Amt der Landesregierung im Bundesland Vorarlberg, den man sich merken sollte, lautet: "Die Abfallgebühren sind so zu gestalten, daß dem einzelnen finanzielle Vorteile für seine Bemühungen um die Abfallvermeidung und Abfalltrennung zuteil werden."

Stadtrat Ing. Klamt möchte als Umweltreferent zunächst eine kurze Stellungnahme zur Verpackungsverordnung abgeben. Er ist der Ansicht, daß diese Verpackungsverordnung eine Jahrhundertleistung ist, da zum ersten Mal die Kosten am Produkt haften. Man kann davon sprechen, daß die Verordnung schlecht vorbereitet ist und es Probleme gibt. All das ist möglich. Wenn man heute bei der Kunststoff-Entsorgung Probleme hat, wenn die Entsorgung teurer wird und somit die Entsorgungs- und Wiederverwertungsbeiträge erhöht werden müssen, dann ist das nicht negativ. Dann könnte nämlich das Beispiel mit dem Milchpaket anders aussehen. Wenn das Milchpaket im Tetra-Pack oder in irgendeiner Verpackung schlecht zu

wiederverwerten oder zu entsorgen ist, dann wird eben der Beitrag dort steigen. Steigt er übermäßig, wird es wahrscheinlich irgendwann einmal aus der Produktion genommen werden. Ist es noch tragbar und findet weiterhin Absatz, wird das Paket weiter erzeugt werden. Der Bürger kann dann jedoch mit ruhigem Gewissen das Paket in einen Container werfen, der dafür vorgesehen ist, da er für die Entsorgung bezahlt hat. Es muß transparent gemacht werden, daß der Weg, die Entsorgungs- und Wiederverwertungskosten auf das Produkt zu bringen, der einzig richtige Weg ist. Man kann einmal kurz überlegen, wie es früher war. Früher war es ganz einfach so, daß die Industrie so günstig wie möglich produziert hat. Der Konsument hat natürlich das günstige gekauft und die Gemeinde hat versucht, so günstig wie möglich und so billig wie möglich zu entsorgen. Wenn man sich ansieht, wie die Müllentsorgung in den letzten 30 oder 40 Jahren gehandhabt wurde, so ist das der verscharrte Müll, den man heute noch in Form von Altlasten entsorgen wird müssen. Soviel zur Verpackungsverordnung. Er ist der Meinung, daß diese Verordnung in die richtige Richtung geht.

Er wollte ursprünglich, daß Herr Kuchler das Mitteilungsblatt der Stadt Villach an die Presse austellt, aber die Presse ist leider nicht mehr anwesend. Auf Seite 6 und 7 des Mitteilungsblattes, Ausgabe März, sind die Gedankengänge der Villacher Beamtschaft usw. nachzulesen. Es ist auch bereits der Begriff "Villach führt" genannt worden. Wenn man sich die Gebühren ansieht, so ist Villach auf jeden Fall ganz oben genannt. Im Abfallverband sind seines Wissens 26 Gemeinden vertreten. Die Müllgebühren der Stadt Villach sind im Vergleich mit den anderen Gemeinden relativ günstig, wenn man sie nur oberflächlich betrachtet. Es ist ihm bekannt, daß es Fixkosten und variable Kosten gibt. In dem Artikel werden diese mit Bereitstellungsgebühr und mit Leistungsgebühr

umschrieben. Tatsache ist aber, daß die Villacher Sozialisten, also die Mehrheitsfraktion, und auch die Beamten-Infrastruktur, die in der Entsorgung tätig ist, etwas unterschätzt haben. Sie haben nämlich unterschätzt, daß diese Verpackungsverordnung und somit die Mülltrennung angenommen wurde. Sie wurde stark angenommen. Wenn man sich heute im innerstädtischen Bereich Müllcontainer ansieht, die vor einem Jahr nach fünf, sechs Tagen schon voll waren, so sind sie heute beinahe leer. Es ist ihm auch klar, daß der Fuhrpark und auch das Personal Fixkosten verursacht. Wenn die Mülltrennung wirklich angenommen wird und man nichts mehr in den Restmüllcontainern hat, dann kann man dem Bürger nicht sagen, daß er dafür, daß nichts mehr zu holen ist, einen Fixkostenbetrag bzw. die Bereitstellungsgebühr zahlen muß. Darin liegt ein Denkfehler. Wenn man sich die anderen Gemeinden ansieht, so haben diese vielleicht alte Systeme, aber bei einem Großteil der Gemeinden, die im Abfallbeseitigungsverband Villach integriert sind, ist es so, daß die 14tägige Abfuhr die Hälfte von der wöchentlichen Abfuhr kostet. Natürlich kann man heute erklären, daß die Stadt Villach zu einem modernen System übergeht, das auch alle anderen übernehmen werden. Das alte System hat jedoch den Vorteil, daß derjenige, der den Müll trennt, belohnt wird, wenn er für die 14tägige Abfuhr die Hälfte bezahlen muß. Man wird sichtbar belohnt. In dem System der Stadt Villach ist diese sichtbare Belohnung nicht mehr enthalten. Diesbezüglich gibt es einen großen Handlungsbedarf, da seiner Meinung nach die Mülltrennung, die eigentlich in unser aller Sinne ist, nicht bestraft werden darf. Das geschieht jedoch, da der Differenzbetrag in der Stadt Villach nur etwas über 20 % beträgt.

Frau Gemeinderätin Schaumberger hat sich zu Beginn - nachdem Stadtrat Ing. Truppe noch einmal eine sehr eigenartige Auslegung von Demokratieverständnis be-

wiesen hat - angeschlossen an Gemeinderat Dr. Ertl zu Wort gemeldet und möchte vorerst damit einleiten. Für sie macht die heutige Gemeinderatssitzung Angst, und zwar aus dem Grund, da einige ein eigenartiges Demokratieverständnis haben. Man darf davon reden, wenn es die ÖVP-Fraktion beantragt. Man darf nicht davon reden, wenn es die SPÖ-Fraktion beantragt. Man darf einen Antrag diskutieren, mitdiskutieren und zuhören, wenn die ÖVP-Fraktion ihn stellt. Man darf dasselbe nicht tun, wenn die SPÖ-Fraktion ihn stellt. Der Gemeinderat darf heute nach dieser Demokratieverstärkung über die Müllgebühren diskutieren, über die billigsten Müllgebühren in Kärnten, über die beste Müllabfuhr in Kärnten, über die saubersten Müllplätze in Kärnten, und er sollte angeblich laut diesem Demokratieverständnis nicht darüber diskutieren dürfen, daß Stadtrat Pacher aufgrund seiner vielen Funktionen es verschlafen hat und die Bauern nicht mehr Ziel-5B-Gebiet in der EU sind. Man darf also darüber diskutieren, daß man jetzt bei der 14tägigen Müllabfuhr S 1,-- pro Tag mehr bezahlen muß, nicht aber darüber, daß aufgrund von Verschlafen, auf Grund von zuwenig Zeit für eine Funktion, sie nicht mehr teilhaben darf an allen Förderungsmitteln der EU für ein Ziel-5B-Gebiet. Für diese Demokratieanschauungen hat sie kein Verständnis. Der Gemeinderat sollte laut diesem Verständnis heute nur mehr darüber diskutieren, was a) im Ausschuß vollinhaltlich zur Kenntnis genommen worden ist, wo jeder und alle fragen können, wo man sich eben damit beschäftigen muß. Das bleibt also keinem erspart. Der Gemeinderat hat sich damit beschäftigt und sie läßt es nicht gelten, daß es heißt "Weil eben damals so viele Tagesordnungspunkte waren". Sie nimmt diese heutige Sitzung eigentlich als von den anderen Fraktionen gewollten reinen Populismus und nichts anderes. Sie ist der Meinung, daß es eine sehr mißglückte Wahlhilfe ist.

Nun zu den Fakten. Es wurde bei den Gebühren nicht mehr oder weniger verrechnet, sondern es wurde auf ein ganz neues Verrechnungssystem umgestellt. Frau Bundesministerin Rauch-Kallat hat Teile des Mülls pleite-privatisiert. Das sind die zwei Grundlagen, die der Gemeinderat heute zu diskutieren hat. Bis jetzt ist man von der Überlegung ausgegangen, daß die Gesamtkosten für die Müllbeseitigung S 30 Mio. betragen und hat diesen Betrag auf die Größe der Mülltonnen und die Anzahl der Entleerungen umgelegt. Nun galt es, ein neues Verrechnungssystem zu finden, in dem eine Grundgebühr berücksichtigt wird. Sie hat mit einem Hotelier gesprochen und diesen gefragt, wie er es handhabt, wenn er ein Zwei-Bett-Zimmer an eine einzelne Person vermietet. Verrechnet er die Hälfte oder einen anderen Betrag? Als Antwort hat sie erhalten, daß diese Art der Verrechnung früher einmal gehandhabt wurde. Auch er hat Fixkosten. Es ist gleichgültig, ob das Licht für eine oder für zwei Personen brennt oder ob eine oder zwei Personen vor dem Fernseher sitzen. Das Bad muß geputzt werden - ob zwei Personen duschen oder eine. Sie hofft, daß Gemeinderat Hinterleitner dieses Beispiel vollinhaltlich unterstützt. Auch die Müllabfuhr hat Fixkosten, die in Grundgebühren festgelegt werden sollen. Sie läßt ihre Mülltonne 14tägig entleeren. Der Müllwagen fährt jede Woche bei ihr vorbei, da bei dem Haus vor ihr und bei dem Haus nach ihr die Mülltonnen wöchentlich entleert werden. Man hat also fixe Kilometerkosten, fixes Benzingeld, fixe Versicherungskosten und fixe Garagenkosten. Hinzu kommt noch die ARA mit den Behälterkosten und den Aufräumkosten. Die Umstellung auf Fixkosten, die sogenannte Grundgebühr, und die variablen Kosten bringt daher eine sehr gerechte Aufteilung der Kosten, und zwar deswegen gerecht, weil nun auch der Zweitwohnungsbesitzer eine Grundgebühr bezahlen muß. Bis jetzt haben die Besitzer eines Zweitwohnsitzes die Kostenvorschreibung über S 56,-- nachgeschickt bekom-

men, wobei vermutlich die Kosten für den Brief und vielleicht auch für die Mahnung höher waren, als an Müllgebühren zu zahlen ist.

Wenn jene Gemeinderäte, die die heutige Sitzung einberufen haben, diese Gerechtigkeit nicht wollen, dann müssen diese das dem Wähler erklären. Denn glaubt wirklich einer in diesem Haus, daß durch Trennen wirklich etwas billiger werden kann? Wenn man eine Müllinsel statt drei Mal fünf Mal, sechs Mal oder sieben Mal anfahren muß, wenn man statt drei Müllbehältern fünf, sechs und sieben braucht, wenn man statt 10 m² für die Müllinsel 30 m² braucht, wenn das Zusammenräumen dieser Müllinseln - die Stadt Villach hat die saubersten Müllinseln, da in dieser Dienststelle sehr gute Mitarbeiter beschäftigt sind - schon zwei Mal in der Woche sein muß, da auch ein Mülltourismus stattfindet, dann muß man ernstlich feststellen, daß Rennen und Trennen zu keiner Verminderung beitragen kann. Der Müll wird erst dann auch finanziell wirklich vermindert in den Griff zu bekommen sein, wenn man statt dem Rennen und Trennen vermeidet - und zwar dort vermeidet, wo erzeugt wird. Was hat nun diese Pleite-Privatisierung, sprich die ARA, gebracht? Sie ist nicht nur - wie man den Zeitungen entnehmen kann - pleite, sondern - und das ist wesentlich - sie hat das Ziel verfehlt. Sie hat sogar das Ziel umgekehrt. Für ihre Begriffe ist sie nämlich in die grundsätzlich falsche Richtung gefahren. Es ist heute schon einmal von dem Milchpaket und der Milchflasche gesprochen worden. Dieses Gesetz wird es zustandebringen, daß die vielumkämpfte Milchflasche schon langsam aber sicher verschwinden wird. Das ist die falsche Zielsetzung. Die Mülltrennung ist zwar Grundlage für ihr und auch für manch anderer besseres Umweltgewissen, aber die Müllvermeidung muß das oberste Ziel sein.

nach nicht war. Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Manzenreiter möchte Frau Gemeinderätin Schaumberger zu ihrer Rede und vor allem zu dem Beispiel, das in den Fachbereich der Hotelwirtschaft führt, gratulieren. Es bestätigt sich immer wieder die Tatsache, daß es im Zusammenhang mit der Müllproblematik ein Informationsdefizit gegeben hat. Während der Bürger informiert werden muß, d.h. er ein Recht auf Information hat, hat der Gemeinderat, was die Information betrifft, eine Bringschuld. Dies bedeutet, der Gemeinderat hätte sich interessieren müssen. Das ist scheinbar nicht geschehen. Wenn man ein Wahlspektakel - und seine Beweisführung wird die Mitglieder des Gemeinderats davon überzeugen, daß der heutige Tag in der Frage Müll ein Wahlspektakel-Tag ist - abziehen will, dann nutzt noch so viel Information und Aufklärung nichts. Es ist äußerst bedenklich, wenn bei einem Teil des Villacher Gemeinderates vom Bauausschuß bis zum Gemeinderat, bis zum heutigen Tag, ein Informationsdefizit in großem Maße besteht. Im Dezember beim Bauausschuß sind zumindest für die StadtSenatsfraktionen die Karten auf dem Tisch gelegen.

Er verwendet nun das Wort "Beichte" nicht im kirchlichen, sondern im umgangssprachlichen Sinne. Auch er ist der Meinung, daß der heutige Tag für einige Gemeinderäte ein Art Beichttag ist, an dem man erklären kann, daß man sich über Wochen und Monate für ein Thema nicht interessiert hat, und dieses erst jetzt, da es Bürgerproteste gegeben hat, auf die Tagesordnung bringt - und das noch rechtzeitig vor einer Wahl. Es hat hier Beichte abgelegt zu werden - auch dafür gibt es im Anschluß eine Beweisführung -, daß man sich nicht entsprechend interessiert und informiert hat und vielleicht bis jetzt

noch nicht weiß, worum es in Wirklichkeit dabei geht. Nun zu einigen Fakten. Mindestens 80 % - das ist in allen Fachpublikationen heute gesichertes Wissen - der Kosten der Müllbeseitigung sind Allgemeinkosten und diese werden nunmehr erstmals in Villach in Form eines Grundbetrages berücksichtigt. Das ist die eine große Systemumstellung, die die Stadt Villach unter dem Schlagwort "ein gerechteres Müllsystem", nämlich gerechter im Sinne der Kostenverursachung und damit auch Kostenbezahlung, eingesetzt hat. Das ist der eine Teil der Systemumstellung. Die Allgemeinkosten werden durch die Grundgebühr besser berücksichtigt. 20 % - manche sprechen von weniger - sind verursacherbezogene Kosten, die in einem Leistungstarif berücksichtigt werden können. Die Stadt Villach hat nur 50 % Grundgebühr und 50 % Leistungsgebühr - wohl wissend, daß der Kärntner Landtag eine Verordnung zur Vorberatung hat, in der die 50 % vorgesehen sind. Wenn man den Anteil höher angesetzt hätte, hätte man es im nächsten Jahr wieder zurücknehmen müssen. Die 50 % sind im Gesetzesentwurf vorgesehen und auf diesen Gesetzesentwurf ist die Stadt Villach mit ihrer Verordnung bereits eingegangen. Im nächsten Jahr wäre die Stadt Villach dazu verpflichtet gewesen. Dann wäre auch eine Diskussion nicht mehr notwendig gewesen. Vielleicht ist die Stadt Villach immer gemäß dem Titel "Villach führt" ein bißchen zu früh dran und hat dadurch ihre Probleme. Bisher hat der Haushalt mit einwöchiger Abfuhr den Haushalt mit zweiwöchiger Abfuhr subventioniert, denn der Haushalt mit einwöchiger Abfuhr hat genau doppelt soviel gezahlt, wie der Haushalt mit zweiwöchiger Abfuhr - ohne Berücksichtigung der Grundkosten, die zu 80 % feststehen. Das System der Stadt Villach ist das gerechtere und für die Zukunft auch das System, das den Müllvermeider und Mülltrenner bevorzugt. Und - auch dafür gibt es eine klare Beweisführung - das System der Stadt Villach ist das sozialere System, als es bisher der Fall war. Die Gewinner

dieses Systems sind alle, die sich seit 1. Jänner zu 14tägiger Müllentsorgung angemeldet haben und sie bereits auch haben, da die Differenz S 500,-- gegenüber dem wöchentlichen Tarif beträgt. Die Umstellung kennt zahlreiche Gewinner. Seit 1. Jänner wird derjenige, der Müll trennt und vermeidet, belohnt. In der Vergangenheit war das System ungerecht. Seit 1. Jänner wird der Müllvermeider und Mülltrenner belohnt, indem er von wöchentlich auf 14tägig umstellen darf. Der Personenkreis derer, die jetzt 14tägig entsorgen können, wird sich gegenüber dem Jahr 1993 und vorher verdoppeln. Es gibt also Gewinner. Die nächsten Gewinner - man schätzt, daß es rund 20.000 Personen sein werden - sind alle jene, die in mehrgeschoßigen Wohnhausbauten leben. All jene werden durch das neue System ebenfalls belohnt. Damit muß man sich beschäftigen. Das sind Fakten. Es gibt daher Gewinner im sozialen Bereich und im Mülltrennungsbereich und es gibt dort Verlierer, wo man jetzt auf ein gerechtes System umstellt. Dem Budget ist zu entnehmen, daß in diesem Gebührenhaushalt nicht mehr Einnahmen budgetiert sind. Es ist also ein aufkommensneutrales System - trotz zahlreicher Mehrkosten. Dieses neue System ist heute in Österreich überall entweder eingeführt oder knapp vor der Einführung. Der Landtag im Burgenland hat es beschlossen, der Landtag in Wien hat es beschlossen und der Umweltausschuß des Kärntner Landtages beschäftigt sich auch mit dieser Systemumstellung. So schlecht kann sie also dann nicht sein.

Nun zur Beweisführung dafür, daß es keine Beschäftigung mit dem Thema gegeben hat. Er nimmt nicht an, daß jemand bewußt etwas Falsches schreibt. Bei einer mündlichen Aussage ist es leicht möglich, daß man einen Fehler macht, wenn man es jedoch schreibt, beschäftigt man sich vermutlich zwei Mal mit der Sache. Stadtrat Franz Pacher geht davon aus, daß das Ganze ein Faschings-

scherz ist und daß sozusagen unprofessionell vorgegangen wird. Schließlich kommt Stadtrat Pacher zum Punkt: "Das Nonsensbeispiel, bei dem wir von der ÖVP fassungslos über soviel Dreistigkeit und Ignoranz der SPÖ-Granden waren: Sie sind ein braver Villacher, trennen ordnungsgemäß Ihren Müll, produzieren dadurch weniger Abfall und lassen Ihren Müllbehälter dadurch nur noch im 14-Tage-Rhythmus entleeren. Den Mist machen nicht Sie, den macht Müll-Stadtrat Helmut Binter, denn Ihre Gebühren erhöhen sich jetzt um 48 %." Das ist falsch. Seit 1. Jänner gibt es ein neues System. Derjenige, der von wöchentlich auf 14tägig umstellt, hat eine Ersparnis von 27 % gegenüber vorher. Wenn man auf 14tägige Entleerung umstellt, weil man Müll trennt und vermeidet, erspart man sich nach dem neuen System etwas. Es ist ein zukunftsgerichtetes System. Das Pech, das man in der Stadt Villach hatte, war, daß es seit der Eingemeindung zwei Tarifsysteme gab - 14tägig und einwöchentlich. Dies konnte erst jetzt korrigiert werden. Scheinbar haben sich die Personen, die im Bauausschuß und im Stadtsenat sitzen, mit dieser Materie nicht beschäftigt, denn andernfalls könnte eine solche Fehlinformation nicht durchgehen. Er nimmt nicht an, daß in diesem Zusammenhang irgendetwas falsch erklärt wurde. Er möchte dem Gemeinderat mitteilen, daß der Artikel, der im "Pro Villach" erschienen ist, bereits bei Rechtsanwalt Dr. Polley liegt und die Klage gegen Stadtrat Pacher bereits eingebracht ist - zum wiederholten Male. Es stellt sich daher wiederum die Frage, wer der Klimavergifter ist. Die ÖVP-Fraktion schickt an 22.000 Haushalte etwas aus, das ehrenrührig ist und wieder zur Klage führen wird, und dann regt man sich auf, wenn jemand in der Früh beginnt und sagt, es wäre besser gewesen, wenn die Gemeinderäte zur Beichte gegangen wären. Man zieht aus - nimmt das schärfste Protestrecht des Gemeinderates zur Anwendung -, nur weil jemand sagt,

es wäre besser gewesen, beichten zu gehen. Er steht dazu, nicht in der Kirche, sondern vor dem Villacher Gemeinderat zu beichten.

Es wird derzeit in ganz Österreich und in allen Industrienationen versucht, von einer reinen Wegwerfentsorgung - darauf sind wir 50 Jahre hingetrimmt worden - zu einer Kreislaufwirtschaft zu kommen. Dies wird mit Frau Bundesministerin Rauch-Kallat und mit diesem neuen System beinahe perfekt möglich sein, wenn alle Mängel und auch die Kostenfrage geklärt sind. Was jedoch derzeit als Ziel vorhanden sein müßte und was überhaupt nicht durch Gesetzestext abgesichert ist, ist die Frage der Müllvermeidung. Es gibt in dem Gesetz auf Bundesebene keine Schritte, die zur Müllvermeidung führen. Nach diesem Gesetz wird man immer mehr Müll produzieren und den Müll gekonnt mit den Bürgern trennen. Man wird die Bürger aufs Trennen trainieren. Herr Waldner hat ihm heute früh berichtet, daß der Müll seit es diese Verordnung gibt nicht abgenommen, sondern zugenommen hat, da den Bürgern auch noch das schlechte Gewissen genommen worden ist, das sie vielleicht der Umwelt gegenüber gehabt haben, wenn sie Müll produziert haben. Nun ist der Bürger der Ansicht, daß er für die Entsorgung bereits mit der Verpackung bezahlt. Dieses Gesetz ist ein perfektes Müllvermehrungs- aber dann -trennungssystem. Von Müllvermeidung ist in diesem Zusammenhang jedoch nichts zu sehen. Die Gemeinden sind dann die Dummen, da diese die Inkassanten für die Bundes- und Landesgesetze sein dürfen.

Es ist der Verpackungswirtschaft mit dieser Verpackungsverordnung Tür und Tor geöffnet worden, mehr Müll zu produzieren. Man hat sich freigekauft von seiner Aufgabe, die Umwelt zu schützen. Dieses private System hat natürlich große Schwächen in der Frage der Bezahlung. Die

privatisierte Gesellschaft ist bereits an den Städtebund herangetreten, auf die Einnahmen aus der Müllinsel-Betreuung - in der Stadt Villach sollten es S 3,5 Mio. sein - zu verzichten. Dies würde bedeuten, daß man auch dies über die Gebühr, die heute in ihrer Höhe kritisiert wird, abwickeln müßte. Es gibt bereits konkrete Anträge der privaten Gesellschaften, daß die Müllgebühr herangezogen werden soll. Inzwischen weiß man, daß es nicht S 70 Mio. beim Glas und S 200 Mio. beim Papier sind, sondern daß dieses private System einen Abgang von S 1,5 Milliarden produzieren wird. Wer wird das im Grunde genommen zu bezahlen haben? Entweder wird das System der Privatisierung zusammenbrechen, oder - und das wird derzeit gewünscht - werden die Kommunalpolitiker wieder den Kopf dafür hinhalten, daß dieses System gescheitert ist. Es wurde auch seitens der ÖVP-Fraktion durch viele Jahre die Diskussion der Privatisierung der Müllabfuhr geführt. Es wurde dem Gemeinderat vorgerechnet, daß die Müllabfuhr in Lienz, in Paternion und anderswo billiger sei. Die Privaten waren zu Beginn billiger. Heute kann man jedoch feststellen, daß die Privaten zu einer Verteuerung des Systems geführt haben. Er ist nicht gegen Privatisierung. Die private Wirtschaft hat ihre absoluten Stärken dort, wo sie zu Hause ist. Aber es gibt auch Systeme, wo die kommunale Gemeinwirtschaft, die Landes- oder die Bundeswirtschaft ihre Stärken hat. Darum soll jeder bei seinen Leisten bleiben. Die Müllabfuhr und wahrscheinlich früher oder später auch die gesamte Frage der Trennung gehören in den öffentlichen Bereich, da dort der öffentliche Bereich besser und billiger arbeitet. Andere Bereiche müssen privatisiert werden. Das ist für ihn keine Glaubensfrage, sondern eine Frage des Rechenstiftes und der Leistungen.

Der Gemeinderat beschäftigt sich nun mit der Frage der Müllgebühr. Ab 1.7. dieses Jahres müßte man auch die Biofraktion trennen. Hier ist ziviler Ungehorsam gegenüber dem Gesetzgeber notwendig. Die Stadt Villach wird diese Trennung nicht einführen, da dies laut einem Gutachter eine Gebührenerhöhung um weitere 60 % bedeuten würde. Er hat keinen Protest seitens der ÖVP-Fraktion oder anderer Fraktionen gehört, wonach der Termin hinausgeschoben werden muß. Eine 60%ige Erhöhung ist den Bürgern wirklich nicht zumutbar. Es würden alle Villacher um 60 % mehr bezahlen, während nun ein aufkommensneutrales System vorhanden ist. Die Biofraktion wird - und diese Anordnung wird er geben - in Villach in der Form durchgeführt, daß man das private Kompostieren forcieren wird. Die Stadt Villach wird die Trennung der Biofraktion jedoch nicht einführen. Sie wird hier zivilen Ungehorsam gegenüber dem Gesetzgeber ausüben. Er hat in diesem Zusammenhang Frau Bundesministerin Rauch-Kallat und Landesrat Schiller einen Brief geschrieben. Frau Bundesministerin Rauch-Kallat hat zurückgeschrieben, daß ein Hinausschieben nicht denkbar sei.

Nun zur Frage der Kostensenkung. Wer - auch in Wahlkampfzeiten - dem Villacher Bürger einredet, daß Umweltschutz in Zukunft billiger werden wird - am Beispiel der Entsorgung -, der beschwindelt die Leute. Die derzeitige Deponie der Stadt Villach wird Schließungskosten im Ausmaß von S 60 Mio. haben. Das ist heute schon bekannt. Diese Kosten müssen im Sinne des Gebührenhaushaltes umgewälzt werden. Österreich hat europaweit die strengsten Auflagen auf dem Gebiet. Der Verband hat bereits vorgearbeitet und hat eine Rücklage in Höhe von S 30 Mio. gebildet. Es würde auch der Stadt nicht schaden, irgendwann einmal Rücklagen für diese Dinge schaffen. Die neue Deponie wird aufgrund der strengen Auflagen rund S 150 Mio.

kosten. An der Frage der Biofraktion wird man vielleicht ein paar Jahre vorbeikommen, aber nicht auf Dauer. Die Frage der Biofraktion wird auch eine Kompostierungsanlage erfordern, die rund S 50 bis 60 Mio. kostet. Die Stadt Villach bezahlt derzeit für jede Tonne Müll, die sie auf der Deponie abliefert, laut dem Altlastensanierungsgesetz - damit in Österreich die Fehler aus der Vergangenheit saniert werden können - S 60,-- an das Finanzamt. Dieser Betrag - das wurde bereits angekündigt - wird sich auf S 200,-- erhöhen.

Stadtrat Pacher möchte wissen, ob auch daran Frau Bundesministerin Rauch-Kallat schuld ist.

Bürgermeister Manzenreiter hält fest, daß dies niemand behauptet hat. Er betreibt nun keine Parteipolitik, sondern klärt jene auf, die sich mit dem Thema nicht beschäftigt haben und heute eine Sondersitzung einberufen haben. Diese müssen auch dafür Zeit haben zuzuhören, wenn es Fakten gibt. Vom Stadtrat Pacher und seiner Fraktion ist eine Sondersitzung zu einem Thema einberufen worden. Nun werden Wahrheiten auf den Tisch gelegt und nun wird Aufklärung gegeben. Die wird man geben müssen. Dafür müssen sich alle Zeit nehmen. Es ist nicht möglich, ein Wahlkampfspektakel einzuberufen - und er kommt dann noch zu einer Beweisführung, daß es ein Wahlkampfspektakel ist - und dann, wenn die anderen sich auch zu Wort melden und nicht in Demutshaltung den Kopf hinhalten, sich aufzuregen, daß man nicht sprechen darf. Er hat niemanden im Zusammenhang mit der Altlastensanierung angegriffen, sondern lediglich erklärt, was auf die Stadt Villach zukommen wird. Das sind Fakten. Der Schelm ist, wie er denkt, wenn er beim anderen immer parteipolitische Motive sucht.

Nun kommt er zum Kern des vorliegenden Antrages. Er lautet darauf, daß diese Verordnung zurückgenommen werden soll. Es ist schade, daß die Journalisten nicht mehr anwesend sind. Was würde eine Zurücknahme bedeuten? Es würde bedeuten, daß alle jene - und das würden Tausende sein -, die seit 1. Jänner auf 14tägige Entleerung umgestellt haben, wieder zurückgeführt werden müßten auf wöchentliche Entleerung. Die anderen Fraktionen sollen dem Bürger erklären, daß sie dies beantragt haben. Die Frage der Umstellung ist Teil der Gebühren. Man muß die Ausgaben in einem Gebührenhaushalt wieder hereinbekommen. Man müßte alle wieder auf die wöchentliche Entleerung zurücknehmen, da andernfalls Einnahmen nicht hereinkommen würden. Er hat vorhin schon erklärt, daß derjenige, der 14tägig entleert hat, von demjenigen, der einwöchentlich entleert hat, subventioniert worden ist. Wenn man nun statt 20 % Zweiwöchige 70 % Zweiwöchige bekommt, dann hat man den Subventionierer nicht mehr. Dies bedeutet, man muß dann wieder zu einem System zurückkehren oder eine andere Form der Erhöhung durchführen. Es bekennen sich schließlich alle dazu, daß die Müllgebühren in einem Gebührenhaushalt berechnet werden. Wenn man sich daher dazu bekennt, daß alle Kosten des Mülls auch wieder durch den Müll hereingebracht werden müssen, bedeutet dieser Antrag, daß alle jene, die seit dem 1. Jänner auf 14tägige Entleerung umgestellt haben, wieder auf wöchentliche Entleerung zurückgenommen werden müssen. Die derzeit bestehende großzügige Regelung würde damit aus finanziellen Gründen scheitern. Auch für die rund 20.000 Bürger, die derzeit durch diese Gebühr im mehrgeschoßigen Wohnhausbau einen Vorteil erhalten, würde es wieder ein Zurückgehen zu den teureren Tarifen bedeuten. Im Grunde genommen ist dies ein aufkommensneutrales System, das mehr Gerechtigkeit bringt und für die Zukunft den Mülltrenner bevorzugt. Es kann noch zu einer weiteren Erhöhung kommen, und zwar dann,

wenn die S 3,5 Mio. durch die private Gesellschaft nicht gezahlt werden können. Das würde sofort zu einer Erhöhung führen.

Zum Schluß kommend möchte er erklären, weshalb er die Behauptung aufstellt, daß es sich dabei um ein Wahlkampfspektakel handelt. Die anderen Fraktionen sind der SPÖ-Fraktion bis heute in Wortmeldungen und in Anträgen die Erklärung schuldig geblieben, wie diese sich das zukünftige Modell vorstellen. Diese Fraktionen wollen nur vor der Wahl noch über das alte System sprechen und alles verdammen, damit jene, die einen Nachteil aus dem System haben, durch die Argumentation ihre Arbeit wohlwollend finden. Den Zehntausenden, die durch jedes andere Gebührenmodell einen Nachteil hätten, sagen sie vor der Wahl nicht die Wahrheit. Das ist der große Mangel dieser heutigen Sitzung aus der Sicht der Antragsteller. Diese erklären nicht, was sie anstelle des Systems, das sie zurücknehmen wollen, anders machen würden. Es wäre mehr als fair, dem Bürger zu sagen, wie ein gerechteres System aussehen sollte. Davor hat man sich seit dem Bauausschuß Mitte November gedrückt. Es wäre jetzt lang genug Zeit gewesen, dieses System zu erarbeiten oder zumindest die Konturen darzustellen. Man will vor der Wahl den einen nach dem Mund reden, ohne den anderen die Wahrheit sagen zu müssen, was auf sie durch dieses System zukommt. Er hofft, daß damit einiges klargestellt werden konnte. Er möchte auf die fünf Thesen nicht eingehen, obwohl es verlockend wäre. Vielleicht macht er es in einer zweiten Wortmeldung vor dem Schluß der Debatte. Es wäre interessant, diese Thesen an der Realität zu messen. Er ist davon überzeugt, daß diese Sitzung in einem ihren Sinn erfüllt hat - viele Mitglieder des Gemeinderates kennen sich jetzt, was die neue Müllgebühr betrifft, besser aus. Damit ist es schon ein großer Erfolg.

hingewiesen. Wer bereit ist, sich zu engagieren, sollte in den Genuss eines Bürgermeister Manzenreiter übernimmt wieder den Vorsitz. Diskussion der Abfallwirtschaftskonzepte und der Rechnung. Weiteres ist festgehalten. Der Gemeinderat Ing. Andronik möchte wieder zum Tagesordnungspunkt 3.) zurückkommen. Er hat ein Abfallwirtschaftskonzept mit Datum Juni 1991 vorliegen. Das vorhergehende Abfallwirtschaftskonzept wurde im Jahre 1989 erstellt. Dies bedeutet, daß rund zwei Jahre vergangen sind, bis ein zweites Konzept erstellt worden ist. Zur Vorstellung dieses Konzeptes sind viele Personen eingeladen worden. Er war bei der Vorstellung anwesend und hat sich das Konzept sehr genau angesehen. Nachdem Herr Waldner das Konzept vorgestellt hat und eine Diskussion aufkommen hätte sollen, hat der Bürgermeister erklärt, daß es nun nur den Fraktionen vorgestellt wird und man in einer eigenen Sitzung die Möglichkeit haben wird, dieses Konzept zu diskutieren. Das ist bis zur Bauausschußsitzung im November nie geschehen. Hier hat der Baureferent eine Bringschuld nicht eingehalten. Er hätte das Konzept in den Fraktionen diskutieren müssen. Das ist nicht geschehen. Man hat den Bauausschuß einfach mit einer eklatanten Erhöhung der Müllgebühren konfrontiert. Nach der Vorstellung des Konzeptes hat es eine Kontrollausschuß-Sitzung am 11.2.1992 gegeben. Es gab einen Tagesordnungspunkt "Müllbeseitigung, Kostenrechnung Entsorgungsbetriebe". Unter anderem wurde festgehalten: "Ausgangssituation: In Zeiten, in denen Bürgernähe und Kostentransparenz bei öffentlichen Betrieben nicht nur Schlagworte sein dürfen, ist es wichtig, dem Bürger gegenüber den Beweis anzutreten, daß durch die Gemeinde alle Möglichkeiten ausgeschöpft wurden, die Preisgestaltung ihrer Leistung kostengerecht zu beeinflussen." Und dann auf Seite 3 dieses Berichtes: "Im Abfallwirtschaftskonzept wird das Thema Abfallvermeidung kurz erwähnt und auf eine mögliche Vorbildfunktion der Stadt

hingewiesen. Wer bereit ist, Müll zu vermeiden, sollte in den Genuß einer Gebühreneinsparung kommen. Diesem Umstand trägt die Kalkulation der Abfallgebühren in keiner Weise Rechnung." Weiters ist festgehalten: "Nochmals muß betont werden: der Leitsatz der Müllvermeidung ist unbestritten." Das schreibt das Kontrollamt zu einem Tagesordnungspunkt am 17.1.1992. Jetzt ein Tagesordnungspunkt, datiert vom Kontrollamt mit 24.11.1993 "Müllbeseitigung und Kostenrechnung Entsorgungsbetriebe". Die Sitzung hat am 13.1. stattgefunden - davor war die Diskussion im Gemeinderat. Im Bericht des Kontrollamtes über die Kostenrechnung in den Entsorgungsbetrieben wurde durch das Kontrollamt folgendes im grundsätzlichen festgehalten: "Im Abfallwirtschaftskonzept wird das Thema Abfallvermeidung kurz erwähnt und auf eine mögliche Vorbildfunktion der Stadt hingewiesen. Wer bereit ist, Müll zu vermeiden, sollte in den Genuß einer Gebühreneinsparung kommen. Diesem Umstand trägt die Kalkulation der Müllabfuhr in keiner Weise Rechnung." Das ist die Wortmeldung, die noch davor war. Und jetzt die Stellungnahme der Entsorgungsbetriebe: "Was Abfallvermeidung anlangt, muß festgestellt werden, daß der Stadt Villach nur die Möglichkeit verbleibt, durch intensive Öffentlichkeitsarbeit die Bevölkerung zur Müllvermeidung zu animieren bzw. selbst eine Vorbildfunktion auszuüben. Dies ist deshalb so, da eine Stadt wie Villach erst am Ende einer Produktionskette mit Abfällen konfrontiert wird und keinen Einfluß auf die Produktion, welche Abfälle nach sich zieht, ausüben kann. Diese Möglichkeit aufgrund des Abfallwirtschaftsgesetzes gemäß Bundesgesetzblatt wurde vom Bund eingeräumt. Durch B/E wurde bereits für das Jahr 1993 ein verursachergerechtes Gebührenmodell vorgeschlagen." Nur im Bauausschuß ist dieses Gebührenmodell nie diskutiert worden. Aber vorgeschlagen ist es worden. "Es ist vorgesehen, ab dem Jahre 1994 ein den neuen Gegebenheiten der Abfallwirtschaft angepaßtes verursacherge-

rechtes Gebührenmodell einzuführen. Die Vorschreibung der Müllabfuhrgebühr soll dann in Form einer Bereitstellungsgebühr - fixe Kosten - und einer Leistungsgebühr - variable Kosten - erfolgen." Und dann als Schlußsatz des Kontrollamtes: "Diese Vorgangsweise ist nur durch eine genaue und EDV-unterstützte Kostenrechnung ermöglicht worden und deckt sich mit den Intentionen des Kontrollamtes." Wenn sich der Müllreferent in anderen Fällen nicht an die Vorschläge des Kontrollamtes hält - bei einer saftigen Gebührenerhöhung ist er jedoch sofort auf den Zug des Kontrollamtes aufgesprungen - ohne Wenn und Aber.

Die FPÖ-Fraktion hat in der Gemeinderats-sitzung den Tagesordnungspunkt 8.), in dem die Müllgebühren enthalten sind, abgelehnt. Im Bauausschuß gab es eine Diskussion und der Amtsvortrag war an den Bauausschuß, Finanzausschuß, Stadtsenat und Gemeinderat gerichtet. Der Antrag ist jedoch nie in der vorliegenden Form in den Gemeinderat gekommen, sondern es wurde die Müllgebühren-Erhöhung einfach im Budget versteckt. Der Amtsvortrag enthält folgende Passage: "In Kärnten ist eine flächendeckende Mülltrennung eingerichtet, wobei im Jahre 1992 eine Reduzierung des Gesamtmüllaufkommens um rund 18 % erzielt worden ist. Nachdem die Restmüllmenge geringer geworden ist, sehen sich die Liegenschaftseigentümer veranlaßt, Anträge auf Reduzierung des Entleerungssystems zu stellen bzw. bei mehreren Müllgefäßen eine Verminderung der Anzahl zu fordern." Und dann schreibt der Referent: "Nur muß in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß die derzeitige Form der Gebührenvorschreibung bei einer Verminderung von einer wöchentlichen auf eine 14tägige Entsorgung zu einem Einnahmenverlust von 50 % führt. Eine weitere Reduzierung der Kosten für die Müllentsorgung ist aber nicht mehr möglich, da von neun ständig eingesetzten Müllfahrzeugen ohnedies schon drei eingespart wurden. Dies

ist auch die Ursache, warum die Stadt in Kärnten die niedrigsten Müllgebühren bei den höchsten Sammelleistungen hat." Man hat drei Müllfahrzeuge eingespart und war nicht mehr bereit, noch mehr einzusparen. Diese Tatsache ist aus dem Amtsvortrag ersichtlich. Weiters ist festgehalten: "Dazu kommt noch der Kostensteigerungsfaktor für die behördlich vorgeschriebenen, technisch immer aufwendigeren Beseitigungsanlagen (Deponien)," - die Stadt Villach hat noch keine neue -, "deren Investitions- und Betriebskosten ebenfalls wieder auf die Müllgebühr umgelegt werden müssen." Darauf folgt die Aufstellung der Kosten für die Müllentsorgung, die auch im Mitteilungsblatt erschienen ist. Summen sind jedoch aus dem Amtsvortrag nicht ersichtlich. Weiters schreibt der Referent: "Die eigentliche Kunst der Gebührenfestsetzung besteht darin, das richtige Maß bei einer auch verursachergerechten angepaßten Gebühr zwischen zu hoch und zu niedrig herauszufinden. Der Unterschied zwischen dem niedrigst möglichen und dem maximalen Gebührensatz darf nicht so hoch sein, wie bei der derzeitigen Müllabfuhrgebühr zwischen wöchentlicher und 14tägiger Entsorgung, da er zur illegalen Restmüllentsorgung über die Altstoffbehälter oder in der Landschaft motiviert bzw. führt." In der Begründung für den Antrag unterstellt der Referent dem Villacher Bürger, daß dieser nicht bereit ist, seinen Müll ordentlich zu entsorgen. Das ist auf Seite 4 dieses Amtsvortrages zu lesen. Gemeinderat Dr. Löberbauer hat bereits den Zeitungsartikel von Dr. Brandl angeschnitten. Dieser hat Bezug genommen auf diese Bereitstellungs- und Leistungsgebühr. "Dieses Gebührenmodell entspricht am ehesten den Tendenzen der heutigen Abfallwirtschaft und soll auch laut Auskunft der Fachabteilung des Amtes der Kärntner Landesregierung in der neuen Kärntner Abfallordnung für die Gebührenvorschreibung der Gemeinden zwingend aufgenommen werden." Villach führt - da sie als erste Gemeinde aufgesprungen ist. Gesetzlich bestünde aber

jetzt die Möglichkeit, dieses Gebührenmodell anzuwenden. Die Begründung für den Antrag ist phänomenal: "Die Gesamtaufwendungen des Gebührenhaushaltes werden über eine automationsunterstützte Kostenrechnung genauestens ermittelt und betragen für das Jahr 1994 rund" - zuerst wird genau ermittelt und dann wird gerundet - "S 32,170 Mio. Davon werden ca." - ganz genau und dann ca. - "S 30,5 Mio. durch die Einnahmen aus der Müllabfuhr und Müllsackgebühren gedeckt, das sind inklusive 10 % Mehrwertsteuer rund S 33,5 Mio." Zuerst ermittelt man ganz genau, da man eine Kostenrechnung hat, und dann schätzt man nur mehr. Das ist geschehen.

Der Bürgermeister erklärt: "Der Bürger, der trennt, kommt in den Genuß einer 27%igen Gebühreneinsparung". Man muß jedoch davon ausgehen, daß der Villacher Bürger bereits die Möglichkeit gehabt hat, 14tägig zu entleeren, und dafür S 722,80 bezahlt hat. Für die wöchentliche Entleerung mußte man S 1.445,-- inklusive 10 % Mehrwertsteuer bezahlen. Nun bezahlt man für die 14tägige Entleerung eine Bereitstellungsgebühr in Höhe von S 684,-- plus die Abfuhr für 26 Wochen mit S 15,35 - macht in Summe S 1.083,-- aus. Von S 722,80 kommt man nun auf S 1.083,--. Für die wöchentliche Entleerung bezahlt der Bürger wieder die 50 % Bereitstellungsgebühr plus 52 Mal S 15,35 - macht in Summe S 1.482,20 aus. Die tatsächliche Erhöhung von S 1.445,60 auf S 1.482,20 macht 2,53 % aus. Dies bedeutet, daß der Bürger, der den Müllkübel jede Woche vollfüllt, eine Erhöhung von 2,53 % hat, und derjenige, der bereit ist, ordentlich zu trennen, seine Abfuhr auf die 14tägige umzustellen, wird mit einer 49,8%igen Gebührenerhöhung bestraft. So sieht das Modell aus, das im Bauausschuß beschlossen und im Gemeinderat nicht vorgestellt, sondern nur versteckt im Rahmen des Budgets eingebracht wurde. Der Referent hat den Amtsvortrag, der im Bauausschuß ordent-

lich behandelt und abgestimmt worden ist, im Gemeinderat nicht vorgestellt, obwohl dieser "an den Gemeinderat" gerichtet ist. So sieht die Möglichkeit der SPÖ-Fraktion aus, die Gemeinderäte nicht ordentlich zu informieren. Und dann stellt der Bürgermeister fest, daß es sich dabei um eine Holschuld handelt und die Gemeinderäte sich interessieren müssen. Wenn ein Amtsvortrag vorhanden ist, besteht die Pflicht, ihn in den in den Gemeinderat zu bringen.

Es darf auch nicht verschwiegen werden, daß auf die Bürger die nächste Belastungslawine in Form der Kanalbenützungsgebühren zukommen wird. Der Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl Kircher und die Beamten sind bei den Verhandlungen anwesend. Die Information über die exorbitante Erhöhung der Kanalbenützungsgebühren hat es im Gemeinderat jedoch noch nie gegeben. Nach der Wahl wird man dann sehen. Dann wird die exorbitante Kanalbenützungsgebührenerhöhung kommen, denn die Verbände sind pleite. Die SPÖ-Fraktion hat die Verbände geführt: Abwasserverband Faaker See - rote Mehrheit - zwei Finkenstein, zwei Villach. Das gleiche am Ossiacher See. Die Altlasten kommen erst nach der Wahl.

Stadtrat Pacher stellt fest, daß der Gemeinderat nun seit einigen Stunden den wilden Versuch erlebt, ein Problem wegzureden - ein Problem, das vom zuständigen Referenten nicht gelöst wurde. Es wird versucht, jetzt anderen in die Schuhe zu schieben, daß diese sich nicht um diese Materie gekümmert hätten. Gemeinderat Samnitz hat heute erwähnt, daß in einer Zeitung zu lesen war, er hätte neben seinen umfangreichen unternehmerischen Tätigkeiten Zeit, auch die Interessensvertretung wahrzunehmen. Diese Zeitung hat nicht die Unwahrheit geschrieben. Er nimmt diese unternehmerische Tätigkeit ausgesprochen ernst. Hätte Vizebürgermeister Binter seine unternehmeri-

sche Tätigkeit bei seiner von ihm übernommenen Aufgabe auch so ernst genommen, dann wäre dieses Desaster nicht passiert. Er selbst ist in der Lage, die städtischen Unternehmungen - das ist eine unternehmerische Leistung - so zu führen, daß die Zahlen in Ordnung sind und die Villacher Bürger nicht ungerechtfertigt belastet werden. Er hat bereits in einer Stadtsenatssitzung im Oktober gefragt, ob es ein Konzept gibt, das auf die zukünftigen Gesetze betreffend die Abfallvermeidung Rücksicht nimmt. Er bekam zur Antwort, daß alles erst in Arbeit sei. Mit 1. Oktober ist das Gesetz in Kraft getreten. Es besteht eben zwischen dem unternehmerischen Denken und dem Denken von Menschen, die in der öffentlichen Verwaltung tätig sind, ein sehr großer Unterschied. Er nimmt an, daß auch Frau Gemeinderätin Schaumberger in ihrer Meinung, wie unternehmerische Tätigkeit auszusehen hat, diesem Fehler unterliegt. Hätte ein Hotelier das Problem so gelöst, daß er einem Gast, der anstelle von 14 Tagen nur mehr eine Woche zu ihm kommt, die Bereitstellungsgebühr für das Zimmer verrechnet und ihm dann auch noch einreden will, daß er damit ohnehin eine Begünstigung hat, dann hat dieser Hotelier sicherlich keinen Gast mehr in seinem Haus. Das ist jedoch die Art von Frau Gemeinderätin Schaumberger, über Probleme nachzudenken.

Faktum ist, daß die Verpackverordnung seit 1.10.1993 in Kraft ist und daß seitens der Stadtverwaltung von den Zuständigen nicht reagiert wurde. Das Problem stellt sich folgendermaßen dar: Es wird durch dieses Gesetz bei den Bürgern eine Gebühr für Verpackungsmaterialien eingehoben. Die Aufgabenstellung wäre es gewesen, dafür zu sorgen, daß der Bürger die bereits bezahlte Verpackung nicht mehr in den Mülleimer wirft, sondern diese zu den dafür vorgesehenen Containern transportiert. So einfach stellt sich das Problem. Das System, das hier

vorgeschlagen wird, animiert den Bürger nicht dazu, diesem Auftrag nachzukommen. Es sind seiner Meinung nach mehrere Faktoren daran schuld. Durch die zu hohe Bereitstellungsgebühr ist der Anreiz für den Bürger gering. Die ÖVP-Fraktion bleibt bei ihrem Antrag, die bestehende Verordnung betreffend die Gebühren auf das alte System zurückzunehmen. Es wird weiters beantragt, daß zusätzlich zur wöchentlichen und 14tägigen auch noch eine monatliche Abfuhrmöglichkeit besteht. Die Einschränkung, daß nur ab einer bestimmten Haushaltsgröße auf 14tägig oder später auf monatlich umgestellt werden kann, soll aufgehoben werden. Vor allem soll als Anreiz - damit der Bürger tatsächlich einen Vorteil aus diesem System hat - die Aufteilung zwischen Bereitstellungsgebühr und Leistungsgebühr auf 35 % Bereitstellungsgebühr und 65 % Leistungsgebühr umgestellt werden. Das würde in der ersten Phase dafür Sorge tragen, daß der Bürger das Gefühl hat, daß er für seine Mühe, den Müll zu sortieren und einem Recycling zuzuführen, belohnt wird. Es hat einige Pilotprojekte gegeben. Diese haben zu diesem mißglückten Modell geführt.

Die ÖVP-Fraktion wird bei dem Antrag bleiben, die Gebühren wieder zurückzunehmen. Zusätzlich soll die monatliche Abfuhr möglich sein. Der Zusatzantrag der Villacher Grünen zum heutigen Antrag weist auch auf den entscheidenden Faktor hin, daß das Hauptanliegen darin bestehen soll, in Zukunft Müll zu vermeiden. Das kann auf mehreren Wegen erfolgen. Der vorgeschlagene Weg über die Verpackverordnung ist nur ein Weg. Wenn jedoch so vorgegangen wird, daß eine Verordnung von Beginn an konterkariert wird und die Verantwortlichen nichts unternehmen, damit die Verordnung auch umgesetzt wird, wird in Zukunft jede Verordnung von Erfolglosigkeit gekrönt sein.

~~Gezwungen~~ ~~ohne~~ Bürgermeister Manzenreiter möchte auf das Wochenspiel eingehen, da er gehört hat, wie einige Wirtschaftskapitäne applaudiert haben. Wenn heute jemand statt 14 Tagen nur mehr eine Woche auf Urlaub fährt, dann hat der Hotelier für ihn in der zweiten Woche keine Bereitstellung zu tätigen. Wenn er nur eine Woche bucht, gibt es in der zweiten Woche keine Bereitstellung. Aber wenn man heute 14 Tage bucht und dann nur eine Woche kommt, zahlt man sehrwohl eine Stornogebühr - außer man ist jahrzehntelanger Gast, dann sieht man aus anderen Gründen nach. Aber in den Verträgen gibt es überall eine Stornogebühr. Das von Stadtrat Pacher vorgeführte System ist hoffentlich kein privatwirtschaftliches Rechenmodell.

Stadtrat Haslinger möchte nun auf das Demokratieverständnis des Stadtrat Pacher eingehen. Er möchte den Ausführungen von Frau Gemeinderätin Schaumberger doch eine Facette über Demokratie hinzufügen, nämlich das Verständnis, das Stadtrat Pacher hat. Diesen hat offensichtlich der Mut verlassen. Er erinnert sich daran, daß Stadtrat Pacher und Genossen im vorigen Jahr - als er angelobt wurde - den Saal verlassen haben, um einen feierlichen Akt zu stören. Die Begründung war, daß er nicht bereit sei, sich karencieren zu lassen, und daß er zusätzlich zu seinem Einkommen als Beamter nunmehr auch einen Stadtsenatsbezug erhalten sollte. Seine Einkommen sind nunmehr offengelegt. Stadtrat Pacher hat sich bis heute geweigert - aus seinem Demokratieverständnis heraus -, seine Funktionsgebühren offenzulegen. Nicht mehr und nicht weniger sollte mit dem dringlichen Antrag geschehen, den die SPÖ-Fraktion heute eingebracht hat. Wie sehr ist Stadtrat Pacher in der Lage, seine Interessen wahrzunehmen? Bis heute gibt es im Bereich von Stadtrat Pacher - und nur in dessen Bereich - im Bereich der städtischen Unternehmungen, im Bereich der Bäder - keinen Wirtschaftsplan. Dadurch ist die Verwaltung

gezwungen, ohne einen Wirtschaftsplan zu arbeiten. Soviel Zeit hat Stadtrat Pacher für seine Tätigkeit als Stadtrat - nämlich überhaupt keine.

Er wird noch ein Beispiel anfügen, wieviel Zeit die ÖVP-Mandatäre und im speziellen Stadtrat Pacher für die Ausübung seiner Funktion hat. Stadtrat Pacher sitzt in einem Bauausschuß und stimmt dort einer Müllgebühr zu. Stadtrat Pacher und Gemeinderat Kreschischinig haben zugestimmt. Nunmehr absentieren sie sich von einer seinerzeit gegebenen Zustimmung. Es drängen sich diesbezüglich wieder einige Beispiele auf. Es hat im Nationalrat einen Abgeordneten Dr. Graff gegeben. Dieser Abgeordnete ist Vorsitzender des Justizausschusses. Als es zur Beschlußfassung über das Ausländergesetz gekommen ist, ist dieser Abgeordnete Dr. Graff aufgestanden und hat gesagt: "Ich habe nicht gewußt, was ich mitbeschlossen habe und mitgestimmt habe". Dasselbe Verhalten ist heute bei der ÖVP-Fraktion festzustellen. Dieses Verhalten ist - gelinde gesagt - beschämend, wenn man nicht weiß, worüber man spricht und welche Beschlüsse man faßt, denen man letztendes auch seine Zustimmung gegeben hat.

Stadtrat Ing. Klamt hat die Meinung vertreten, diese Verpackungsverordnung sei ein Jahrhundertwerk. Er möchte Stadtrat Ing. Klamt zustimmen. Es ist ein Jahrhundertwerk an Pfuscherei, das hier durch eine Verordnung Gesetz geworden ist. Diese Verpackungsverordnung hat ihr Ziel, Müll zu vermeiden, in keinster Weise erreicht. Warum? Diese Verpackungsverordnung konnte dieses Ziel nicht erreichen, weil viele nicht bereit waren - und vielleicht ist es sogar verständlich -, diese vorgesehene Lizenzgebühr auf die einzelnen Produkte umzulegen, und zwar im Verhältnis des Einkaufes und des Verkaufes und des Aufkommens. Man hat es sich relativ leicht gemacht und hat diese

Lizenzgebühr auf alle Produkte gleichmäßig aufgeteilt, wodurch der Effekt eingetreten ist, daß die Glasflasche wesentlich teurer geworden ist als das Milchpaket. Dadurch haben sich auch die Produzenten dieser Tetra-Packungen erspart, teure Maschinenumstellungen vorzunehmen und entsprechend dem Sinn dieser Verpackungsverordnung zu handeln. Es ist diese Verpackungsverordnung ein wahrer Kniefall der ÖVP-Ministerin vor ihrer Wirtschaftslobby und vor ihrem Wirtschaftsminister.

Es ist heute schon viel über die Privatisierung der Entsorgung gesprochen worden. Wie sieht denn diese Privatisierung der privaten Wirtschaft in Österreich überhaupt aus? Die ARA ist nichts anderes, als ein Unternehmen der Wirtschaft Österreichs, das aus mehreren Gesellschaften besteht. Eine dieser Gesellschaften ist auch jene Gesellschaft, die für die Entsorgung des Glases zuständig ist. Diese Gesellschaft ist mit einem Kapital von S 500.000,-- gegründet worden. Das ist allen bewußt. Eine GesmbH braucht nicht mehr Einlage. Dieser Gesellschaft gehören zwei Glasfabriken in Österreich. Diese Gesellschaft macht einen Umsatz von S 380 Mio. und hat heute einen Abgang von S 72 Mio. Und dann wagen es die Manager dieser Gesellschaft, in aller Öffentlichkeit und ohne Widerspruch von sich zu behaupten: "Wir haben uns beim Kilo Glas nur um 78 Groschen in der Kalkulation geirrt". Das ist die private Wirtschaft - im Gegensatz zur städtischen Müllentsorgung, die als erste in Österreich eine Kostenstellenrechnung eingeführt hat, aus der man genau ersehen kann, welche Leistung auf welchen Kostenteil entfällt. Darin liegt eben der Unterschied, ob man etwas von der Müllproblematik versteht oder nicht.

Nun noch ein paar Ausführungen zu Gemeinderat Dr. Löberbauer, der auf das Beispiel St. Jakob hingewiesen hat. Die Stadt Villach hat ein dicht verbautes Gebiet. Er möchte nur wissen, wie die Bürger in diesen Gebieten reagieren würden, wenn die Stadt Villach - wie St. Jakob im Rosental - den Müll nur mehr alle neun Wochen abführen würde. Gemeinderat Dr. Löberbauer hat auch die Meinung vertreten, durch die Verpackungsverordnung sei eigentlich eine Entlastung der Stadt eingetreten, da die Stadt für die Zurverfügungstellung der Müllplätze Geld bekommt. Bekommen sollte - denn bis heute ist noch kein Groschen von der ARA im Bereich der Stadt Villach eingelangt. Es ist festgestellt worden, daß die Gemeinde für die Sauberhaltung der zentralen Aufstellplätze Geld erhalten soll. Dieses Geld wird voraussichtlich aufgrund der finanziellen Situation der ARA - S 1,5 bis S 2 Mrd. Abgang - nicht in den Gemeindegeldbeutel fließen. Es gibt im "Kurier" vom 1. März 1994 eine klare Meldung: "Eine weitere Chance zur Bewältigung der ARA-Krise ist für Dkfm. Stiglitz," - das ist der Geschäftsführer der ARA - ", die Gemeinden um Stundung der ihnen zustehenden Beträge für die Sammlung zu bitten." Allerdings hat der Städtebund das zum Glück bereits abgelehnt. Würde man dem Folge geben, so würde es bedeuten, daß wiederum der Bürger der Stadt mit dem Abgang, den die ARA offensichtlich produziert und der ein privatwirtschaftliches Versagen darstellt, belastet werden würde. Abgesehen davon ist die Verpackungsverordnung für die Kommune insofern nicht nachvollziehbar, da Hersteller und Vertreiber in dieser Verpackungsverordnung zeitlich verschiedene Rücklaufquoten zugestanden erhalten haben. Es sollte bis zum Jahr 2000 der Müll generell um 80 % reduziert werden. 20 % sollen dann noch übrigbleiben. Der Effekt der verschiedenen Rücklaufquoten besteht jedoch darin, daß zuviele Verpackungsabfälle weiterhin in den Restmüll gelangen. Wenn der Gemeinderat heute schon gehört

hat, daß diese Verpackungsverordnung dazu geführt hat, daß noch mehr Müll anfällt, dann müssen auch die Entsorgungskosten wieder aus dem Gebührenhaushalt übernommen werden.

Es gibt jedoch noch eine dritte Verbindung. Zu viele, die an und für sich zu Lizenzzahlungen verpflichtet wären, führen ihre Entsorgung der Verpackung über die Altstoffsammelstellen der Stadt Villach durch. Die Kosten der Reinhaltung dieser Plätze müssen wiederum aus dem Gebührenhaushalt Müll abgedeckt werden. Wie würden die Plätze aussehen, wenn die Stadt Villach nicht ihrer Pflicht nachkommen würde, diese reinzuhalten? Die Stadt Villach ist eine Fremdenverkehrsstadt. Man kann stolz darauf sein, eine saubere Stadt zu haben. Wenn die Stadt Villach ihrer Verpflichtung nicht nachkommen würde, wäre das auch für die Bevölkerung unverständlich. Die öffentliche Wirtschaft würde sofort Druck ausüben.

Stadtrat Haslinger zeigt Bilder der Sammelstellen.

Stadtrat Haslinger bittet die Mitglieder des Gemeinderates, sich diese Bilder einzuprägen. So würden die Plätze aussehen, würde die Gemeinde ihrer Verpflichtung zur Mülltrennung, zur Entsorgung, zur Sauberhaltung nicht nachkommen. Dies bedeutet, daß die Verpackungsverordnung die Konsumenten zwei Mal zur Kasse bittet - ein Mal über die Lizenzgebühr beim Kauf des Produktes und ein Mal über die Müllentsorgungsgebühr bei der Gemeinde. Er ist mit den Ausführungen in der Stadtzeitung der Villacher Grünen, soweit sie nicht die 50%ige Erhöhung betreffen, durchaus einverstanden und kann sich solidarisch erklären. Die Forderung, die 50 %ige Erhöhung zurückzunehmen, bedeutet, wieder ein nicht verursachergerechtes Müllsystem einzuführen. Das würde bedeuten, daß der wöchentli-

che Entleerer nach wie vor den anderen stützt. Das will man vermeiden. Dadurch ist es auch zur neuen Müllverordnung gekommen. Zum Schluß doch noch ein Wort zu den Aussagen im "Pro Villach". Der Bürgermeister hat darauf hingewiesen und hat es bereits zitiert. Er möchte die Gemeinderäte auf eine Sendung im ORF hinweisen. Sie heißt "Schwarz auf weiß" und wird von Fritz Muliar moderiert. In dieser Sendung werden "Enten" von Zeitungen dargestellt, wie sie an und für sich im journalistischen Bereich nicht vorkommen sollen. Diese "Ente", die im "Pro Villach" erschienen ist, soll man sich auf der Zunge zergehen lassen: "Sie sind ein braver Villacher, trennen ordnungsgemäß Ihren Müll, produzieren dadurch weniger Abfall und lassen Ihre Müllbehälter daher nur noch im 14-Tage Rhythmus entleeren." Man sollte sich das einmal so richtig auf der Zunge zergehen lassen, denn dann wird man erkennen, welcher Mumpitz dieser Aussage zugrundeliegt.

Gemeinderat Stastny verläßt um 13.30 Uhr die Sitzung. An seiner Stelle nimmt Gemeinderat Treiber an der Sitzung teil.

Stadtrat Ing. Klamt stellt fest, daß die Entsorgungsbetriebe aufgrund der guten Annahme der Mülltrennung Umsatzeinbußen haben, da weniger Müll anfällt. Er möchte dazu ein Beispiel nennen. Ein Betrieb in der Privatwirtschaft produziert ein Produkt und aus irgendeinem Grund setzt er dieses Produkt nicht mehr so ab, wie er es vorher gewöhnt war. Was macht er dann? Wenn er dem Beispiel der Villacher Beamten folgt, dann erhöht er den Preis und geht pleite. Anscheinend ist keiner mehr in der Lage, das zu verfolgen. Es ist anscheinend so, daß in der linken Saalhälfte viele vom privatwirtschaftlichen Denken weiter entfernt sind, als ein Eskimo vom Äquator. Welche Alternativen bietet denn die Stadt Villach gegen die

Verpackungsverordnung an? Es wurde lediglich vom Verboten und von Kostenüberwälzungen gesprochen. Mehr ist dazu nicht eingefallen. Stadtrat Haslinger hat vorhin festgestellt, daß das System der ARA nicht funktioniert. Das ARA-System ist erst am Anfang. Wichtig ist, daß die Kosten auf das Produkt kommen.

Er möchte nun die jährlichen Müllabfuhrgebühren ansehen, die im Mitteilungsblatt veröffentlicht wurden. Albeck: wöchentlich S 2.340,--, 14tägig S 1.170,-- - die Hälfte. Arnoldstein: wöchentlich S 2.548,--, 14tägig S 1.274,-- - die Hälfte. Ossiach: wöchentlich S 2.600,--, 14tägig S 1.300,--. Man kann diese Auflistung fortsetzen. Es ist dies vielleicht das alte System, aber dieses System belohnt den Mülltrenner wirklich. Die Hausaufgabe, die die Beamten in dieser Angelegenheit bekommen haben, ist, ein System aufzubauen, das die Mülltrenner sichtbar belohnt. Diese Aufgabe wurde nicht gelöst. Es ist eigentlich eine einfache Rechnung - 1 und 1 ist 2 und die Hälfte von 2 ist wieder 1. Wenn man die Mindestanfordernisse der Privatwirtschaft nicht versteht, dann gibt es für ihn nur mehr den Weg der Privatisierung. Wenn man den Fuhrpark und weiteres privatisiert, wird es vermutlich diese Probleme nicht mehr geben, denn dann hat man einen Vertrag abgeschlossen. Man kann dann anrufen und eine 14tägige Abfuhr verlangen - und wird sie auch bekommen. In der Stadt Villach wird alles zum Problem gemacht und die einfachsten Dinge werden nicht verstanden.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher übernimmt den Vorsitz.

Gemeinderat Mag. Burian wird zuerst zu Stadtrat Ing. Klamt kurz Stellung nehmen. Er hält prinzipiell dessen Standpunkt für richtig, wonach die

Kosten auf dem Produkt sein sollen. Man braucht hier aber ein ökologisches Regulativ. Dies bedeutet, man muß die Verpackungen, die umweltfreundlicher sind, finanziell fördern. Trotzdem hält er die Forderung auf Privatisierung der Müllabfuhr für vollkommen falsch. Hier wird mit öffentlichen Geldern, mit Gebühren, gehandelt. Die Privatwirtschaft will Gewinne erzielen. Er ist der Meinung, daß Gewinne akzeptabel sind, wenn sie seriös erwirtschaftet werden. In diesem Bereich gibt es jedoch einige Glücksritter, die versuchen, ihre Brieftaschen in kurzer Zeit zu vergolden. Gleichzeitig wollen diese jedoch ihre Wirtschaftsgrundlagen nicht offenlegen. Das Problem bei der ARA ist, wer die ARA kontrolliert. Wer kontrolliert denn, was mit diesen Geldern geschieht? Es scheint so zu sein, daß hinter der ARA eine Kunststofflobby steht. Es stellt sich die Frage, weshalb ausgerechnet die Glassammlung in Schwierigkeiten ist. Warum ist die Altpapiersammlung in Schwierigkeiten? Es sind nämlich genau die zwei Sammlungen, die ökologisch sinnvoll sind. Diese Fragen müssen geklärt werden. Es gibt keine Möglichkeit, die ARA öffentlich zu überprüfen. Das ist das Problem. Genau dieselben unkontrollierbaren Verhältnisse sind dann vorhanden, wenn die Müllabfuhr privatisiert wird.

Bürgermeister Manzenreiter hat einige allgemeine Anschuldigungen in den Raum gestellt. Eine Anschuldigung war beispielsweise, daß die Fraktionen, die diesen Sondergemeinderat einberufen haben, dem Bürger nicht reinen Wein einschenken. Seitens der VIG-Fraktion möchte er diese Anschuldigung zurückweisen. Die VIG-Fraktion hat immer erklärt, daß es zu einer Erhöhung der Müllgebühr kommen wird müssen. Mit der Errichtung der neuen Mülldeponie in Villach wird es wahrscheinlich noch einen qualitativen Sprung bezüglich der Müllgebühren geben müssen. Die VIG-Fraktion hat nie behauptet, daß die Müll-

gebühren sinken werden. Insofern geht dieser Vorwurf ins Leere. Ein zweiter Vorwurf war, daß keine konkreten Hinweise gegeben werden, wie die Müllgebühr aussehen soll. Er hat in seiner Stellungnahme klar erklärt, daß die Grundgebühr gesenkt werden muß. Er findet die Vorschläge von Stadtrat Pacher vollkommen richtig und akzeptabel. Auch er hat an eine Zahl in dieser Größenordnung gedacht. Trotzdem würde die Gebühr für die 14tägige Entleerung noch um 11 % steigen. Eine Steigerung um 11 % ist verkraftbar, nicht aber eine Steigerung um 50 %.

Bürgermeister Manzenreiter ist Vorsitzender des Abfallbeseitigungsverbandes. Bezüglich der Biomüll-Entsorgung hat der Abfallbeseitigungsverband Villach - und auch der Bürgermeister - versagt. Nun will der Bürgermeister dieses Versagen fortsetzen. Es gibt andere Bundesländer, in denen die Entsorgung der Biofraktion auf dezentraler Basis funktioniert. Im Bundesland Niederösterreich wird beispielsweise im wesentlichen mit Landwirten gearbeitet. Das Problem ist, daß man in Kärnten versucht, zentralistische Lösungen durchzusetzen. St. Veit ist ein Beispiel dafür. Auch die gesamte Frage der Kläranlage kann als Beispiel genannt werden. Es liegt auf der Hand, daß in diesem Fall die Kosten ins Exorbitante steigen. Der Bürgermeister hat erklärt, daß es zu einer 60%igen Gebührenerhöhung kommt, wenn die Stadt Villach die flächendeckende Biomüllsammlung durchführt. Diese Zahl kommt ihm fragwürdig vor. Ein Hauptproblem ist, daß hier mit Fakten gearbeitet wird, die für den Gemeinderat nicht nachprüfbar sind. Er fordert den Bürgermeister auf, die Verträge des Abfallbeseitigungsverbandes mit der ARA offenzulegen, damit jeder Gemeinderat das überprüfen kann. Auch die Unterlagen für die neue Mülldeponie und die Grundlagen für die Biomüll-Sammlung müssen offengelegt werden. Wenn man die Unterlagen sehen will, bekommt man zur Antwort, daß dies

in den Bereich des Abfallbeseitigungsverbandes fällt. Dieser Zustand ist untragbar. Es kann doch nicht so sein, daß man einen Bittgang machen und ein schriftliches Ansuchen stellen muß. Die Grundlagen des Abfallbeseitigungsverbandes müssen für die gesamten Gemeinderäte aller beteiligten Gemeinden offengelegt werden. Die Geheimhaltungspolitik, wie sie hier betrieben wird, ist vergleichbar mit einer Kabinettpolitik aus der Zeit des Absolutismus. Im Abfallbeseitigungsverband wird mit öffentlichen Geldern gearbeitet. Weshalb sollte der Gemeinderat dann keine Kontrollmöglichkeit haben?

Gemeinderat Samnitz führt aus, daß Stadtrat Pacher vorhin Vizebürgermeister Binter vorgeworfen hat, dieser wäre seinem Auftrag nicht nachgekommen und hätte das System nicht rechtzeitig vorgestellt. Er kommt immer mehr zu dem Eindruck, daß Stadtrat Pacher doch keine Zeit für seine Tätigkeit hat. Dieser hat vermutlich nicht einmal die Zeit, um das Mitteilungsblatt zu lesen, denn am 15.11.1993 wurde im Mitteilungsblatt über die Einführung dieses neuen Systems informiert. Das ist schon beinahe vier Monate her. Im Mitteilungsblatt ist zu lesen: "Der politisch Verantwortliche für die Entsorgungsbetriebe Binter ist zur Zeit nicht zu beneiden. Es steht nämlich eine Neuregelung bevor." Vizebürgermeister Binter hält in diesem Bericht fest: "Unter dem Strich wird die Bevölkerung mehr für die Entsorgung berappen müssen". Es ist über eine ganze Seite Aufklärung zu diesem Punkt gegeben worden. Das ist beinahe vier Monate her. Entweder hat Stadtrat Pacher keine Zeit gehabt, das Mitteilungsblatt zu lesen, oder hat er sich wieder einmal darauf beschränkt, nur zu zählen, wieviele Bilder des Bürgermeisters darin erschienen sind, damit er für Juni wieder Arbeit hat.

Der Stadt Villach ist froh darüber, daß nun konkrete Vorschläge eingebracht wurden, wie man das System gestalten könnte. Das von Stadtrat Pacher erwähnte System der monatlichen Müllabfuhr ist momentan noch etwas verfrüht. In Klagenfurt gibt es eine ÖVP-FPÖ-Mehrheit und dort ist nicht einmal eine 14tägige Müllabfuhr möglich. Dies bedeutet, daß man in Klagenfurt wöchentlich entsorgen muß. Die Stadt Villach ist der Stadt Klagenfurt in diesem Bereich wieder um einiges voraus. Stadtrat Ing. Klamt ist der Meinung, er hätte das privatwirtschaftliche Denken gepachtet und alle anderen können nicht privatwirtschaftlich denken. Wenn er sich das Betriebsratsbüro von Stadtrat Ing. Klamt in dessen Firma und die Sprechstunden, die dort angeschlagen sind, ansieht - das sind etwa zehn Stunden in der Woche -, dann muß er feststellen, daß Stadtrat Ing. Klamt, wäre er Arzt, nicht einmal bei der Gebietskrankenkasse einen Vertrag bekommen würde, denn dafür bräuchte er 25 Stunden. Soviel Zeit verbringt Stadtrat Ing. Klamt in seinem Betrieb. Er selbst verbringt sicherlich mehr als 10 Stunden in der Woche in privatwirtschaftlich geführten Betrieben.

Vizebürgermeister Binter übernimmt den Vorsitz.

Gemeinderat Dr. Ertl führt aus, daß Stadtrat Haslinger ein Thema angeschnitten hat, das neben der Höhe der Müllgebühren in Villach für hitzige Gemüter sorgt, und zwar ist das die teilweise Verwahrlosung der Müllinseln. Wer hat das eigentlich zu vertreten? Diesbezüglich ist entweder der Abfallbeseitigungsverband oder die Stadt Villach säumig. Ihm liegt eine Vereinbarung vor, die die ARGEV mit dem Land Steiermark abgeschlossen hat. Er stellt die Frage in den Raum und bittet um Beantwortung: "Gibt es so eine Vereinbarung in Kärnten bzw. mit

der Stadt Villach?" In dieser Vereinbarung gibt es ganz genaue Regelungen, was zu tun ist, wenn dieser ungute optische Zustand bei der Müllinsel auftritt. Es gibt die Verpflichtung zwischen ARGEV und den regionalen Entsorgungspartnern, wenn sie - aus welchen Gründen auch immer, ausgenommen höhere Gewalt - er zitiert wörtlich: "die planmäßige und berechtigte Aufforderung der Gebietskörperschaft, notwendige Entleerung von Sammelbehältern nicht oder nicht zeitgerecht vornimmt, kann nach fruchtloser schriftlicher Setzung einer Nachfrist von 24 Stunden durch die Gebietskörperschaft eine Ersatzvornahme auf Kosten der ARGEV durchgeführt werden. Hat der regionale Entsorgungspartner für die Standplatzreinigung zu sorgen und unterläßt er dies, so kann innerhalb von acht Stunden diese Ersatzhandlung durchgeführt werden." - wieder auf Kosten der ARGEV bzw. der regionalen Sammelpartner der ARGEV. Sie müssen sogar eine Strafe zahlen, wenn sie die Pflege der Müllinseln vernachlässigen. Die ARGEV gibt dieses Geld an die Gebietskörperschaft weiter. Es ist ihm bekannt, daß es viele Meuchelfotos gibt. Eines ist vor kurzem in einer Kärntner Zeitung erschienen. Wenn man jedoch sieht, daß das ein Foto ist, das voriges Jahr im Sommer aufgenommen worden ist - die Verpackungsverordnung ist jedoch erst mit 1. Oktober in Kraft getreten -, dann stellt sich die Frage, ob man das ARA-System bewußt kaputtmachen will. Die Müllproblematik ist sehr groß. Es ist keine leichte Aufgabe, das alles zu organisieren. Alle Achtung, was in dieser kurzen Zeit geleistet worden ist! Es gibt Mängel, aber man soll gegenüber dieser Einrichtung fair sein und vor allem auch die Möglichkeiten nützen, die dieses System bietet. Er ist der Meinung, daß die Stadt Villach oder der Abfallbeseitigungsverband der Stadt Villach säumig sind, da es Vereinbarungen gibt, in denen eine strikte Regelung vorhanden ist.

Vizebürgermeister Binter hat bereits einleitend in seinem Bericht darauf hingewiesen, daß er mehrfach schriftlich diese Reinigungsarbeiten eingefordert hat und die privaten Firmen teilweise säumig waren.

Stadtrat Pacher stellt fest, daß die Reinigungsarbeit durch die Stadt Villach durchgeführt werden müssen, die dafür bezahlt bekommt.

Vizebürgermeister Binter führt aus, daß die Stadt Villach nicht all das, was vor allem aus dem betrieblichen Bereich dort hingeworfen wird, wegräumen kann, denn sonst müßte sie rund um die Uhr mit allen Müllfahrzeugen im Einsatz sein und würde noch immer nicht zurande kommen.

Frau Gemeinderätin Lausegger hat sich, da sie nach all der Polemik und den sachlich nicht immer begründeten Hinweisen der Sozialdemokraten schon mittlere Übelkeit verspürt, vorgenommen, diese auch hier zu entsorgen. Sie möchte nicht auf alles eingehen, sondern lediglich zu einigen Punkten Stellung beziehen. Vizebürgermeister Binter behauptet, daß er schon vom Kindergartenalter an die Kinder in die Richtung erziehen möchte, den Müll entsprechend zu entsorgen. Sie kann nur als Lehrer feststellen, daß auch seit 1.10.1993 in den Schulen keine Container zur Durchführung der einfachsten Trennung von Papier, Folien und anderen Dingen vorhanden sind. Hier war der Referent säumig und ist es noch immer. Sie ist nicht der Meinung, daß es die Aufgabe der Schüler, der Eltern oder der Lehrer ist, entsprechende Container zur Verfügung zu stellen, damit die Mülltrennung durchgeführt werden kann. Sie hat nicht den Eindruck, daß es sich hier wirklich um einen guten Willen handelt, Gesetze, die beschlossen wurden, zu exekutieren.

Sie ist entsetzt über die einfache Denkungsart von Gemeinderat Mag. Raup. Das Beispiel mit dem Müllpaket war nichts anderes, als simple Effekthascherei. Gemeinderat Mag. Raup als Konsument, als Akademiker, als Politiker weiß selber ganz genau, daß er allein das mitsteuern kann - er und alle anderen -, was gekauft wird. Damit werden in der Folge auch noch andere Vorgänge gesteuert. Sie möchte dezidiert festhalten, daß sie in Vertretung des Bürgers im Gemeinderat sitzt. Sie sieht ihre Aufgaben nicht so sehr darin, im Gemeinderat über Details und Hintergrundarbeit zu sprechen, die zu geschehen hätte. Im Gemeinderat wird man dies vermutlich nicht klären. Sie trennt schon sehr lange den Müll. Sie lebt seit 1978 in Villach und bei ihr zu Hause hat es immer eine Mülltrennung für Papier, für Flaschen und - wenn es gekauft wurde - auch für Dosen gegeben. Für ihren Haushalt waren bis zum Beginn dieses Jahres die besagten S 722,80 für die 14tägige Abfuhr zu bezahlen, obwohl in der Zwischenzeit seitens des Magistrates versucht wurde, den Haushalt auf wöchentliche Abfuhr umzustellen. Nunmehr - sie sammelt noch immer weiter - bezahlt sie für die gleiche Leistung - eine 14tägige Abfuhr - S 1.083,--. Das ist eine ganz persönliche Erfahrung. So geht es vielen Bürgern dieser Stadt. Sie bezahlen für ein und dieselbe Leistung, die sie seit Jahren in Anspruch nehmen, plötzlich beinahe 50 % mehr. Das versteht der Bürger nicht. Der Gemeinderat ist dazu da, um hier eine Änderung herbeizuführen. Ihr liegt ein Bescheid für Müllabfuhrgebühren vor, der mit 5.1.1994 datiert ist. Es handelt sich um sechs Abfahren für eine Friedhofsverwaltung. Sechs Abfahren im Jahr. Diese haben bisher S 1.080,-- gekostet. Mit diesem Bescheid kostet dieselbe Leistung S 6.984,92. Darüber sollte man sprechen. Es handelt sich darum, was der Bürger letztendlich zu bezahlen hat. Alles andere muß intern geregelt werden. In diesem

Sinn möchte sie den Gemeinderat ersuchen, dem vorliegenden Antrag stattzugeben, dieses System neu zu überdenken und konstruktiv zu behandeln.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher hat sich noch einmal zu Wort gemeldet, weil Gemeinderat Spitzer zu Beginn seiner Wortmeldung eine Frage gestellt hat und mit Recht jetzt noch einmal darauf hingewiesen hat, daß diese Frage nicht beantwortet wurde. Sie war der Meinung, daß Stadtrat Pacher, der Herausgeber dieser ÖVP-Zeitung "Pro Villach" ist, darauf eingehen wird. Er hat es aber geflissentlich unterlassen, Gemeinderat Spitzer eine Antwort zu geben. Die Frage des Gemeinderat Spitzer hat gelautet: Trick Nr. 1.) - S 1.119,-- kostet die Stadt ein 240-l fassender Müllbehälter. S 1.368,-- verlangt die Stadt pro Jahr dafür als Bereitstellungsgebühr. Der Gewinn im ersten Jahr beträgt S 249,--. Der unglaubliche Gewinn nach fünf Jahren beträgt S 5.721,--. Die ÖVP-Fraktion Villach stellt über ihre Zeitung das Problem der Bereitstellungsgebühr so dar, als ob es hier um eine reine Verleihgebühr ginge. Das ist für sie an der gesamten Aufklärungs- und Desinformationskampagne wahrscheinlich überhaupt das unglaublichste, daß nämlich Wirtschaftsexperten und ein Stadtrat des Unternehmensbereiches, ein Interessensvertreter aller Kärntner Gewerbe- und Handwerksbetriebe, nicht einmal zwischen einer Verleihgebühr und einer Grundgebühr unterscheiden können. Die Stadt hat nicht die Aufgabe, Dinge zu verleihen und Gewinn damit zu machen, sondern die Stadt hat die Aufgabe, eine Grundversorgung und Grundentsorgung sicherzustellen. Hierbei geht es um eine Grundgebühr im Sinne einer Bereitstellung für alle Villacher Haushalte, die überhaupt nichts, aber schon gar nichts, zu tun hat mit einer Verleihgebühr. Sie möchte, da sie der Meinung ist, daß das Beispiel der Frau Gemeinderätin Schaumberger ein sehr einprägsames war,

noch einmal darauf zurückkommen. Die ÖVP-Fraktion Villach vermittelt aus ihrer Sicht in dieser Zeitung den Eindruck, die Stadt Villach leiste nichts anderes, als Müllbehälter zu verleihen und dafür ordentlich zu kassieren. Das ist der Eindruck, der in dieser Zeitung vermittelt wird und der sicher über die Gerichte klargestellt werden wird.

Stadtrat Pacher stellt fest, daß die ARA dafür Miete bezahlt.

Bürgermeister Manzenreiter informiert, daß die ARA für etwas anderes diese Miete bezahlt.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher führt aus, daß es in diesem Gemeinderat noch immer Personen gibt, die entweder stundenlang nicht zugehört haben oder noch immer nicht verstehen wollen. Diese grundsätzlichen Kenntnisse um das System der Entsorgung müßte jetzt wirklich jeder, der nun zugehört hat, haben.

Vergleichbar mit der Aussage im "Pro Villach" wäre, wenn ein Hotelier - sie kommt auf das Beispiel von Frau Gemeinderätin Schaumberger zurück - bei der Firma Kika ein Bett kauft, das S 4.000,-- kostet. Dieser Hotelier in Wien würde das Bett vermieten, er würde sozusagen eine Verleihgebühr pro Nacht von S 1.000,-- einheben und hätte in vier Tagen die Kosten des Bettes wieder eingenommen. Ab diesen vier Tagen würde er einen Gewinn mit dem Bett erzielen und hätte nach der Rechnung der ÖVP-Fraktion Villach im Jahr mit diesem einzelnen Bett einen Gewinn von S 300.000,-- erzielt. Das ist die vergleichbare, wirtschaftlich sehr kompetente Form, wie die sinnvolle Grundgebühr der Müllabfuhr in Villach verglichen wird.

Bürgermeister Manzenreiter übernimmt wieder den Vorsitz.

Bürgermeister Manzenreiter möchte Gemeinderat Dr. Ertl Auskunft betreffend die Verträge geben. Es gibt diese Verträge. Diese Verträge sind aus der Sicht der Stadt Villach bisher eingehalten worden. Sie sind aus der Sicht des privaten Unternehmens, das die Entsorgung vorzunehmen hat, derzeit nicht eingehalten worden, was das Geld betrifft. Das bedeutet, die Stadt Villach hat bis heute noch nichts bekommen. Er richtet die Frage an Herrn Waldner, ob diese Feststellung richtig ist.

Herr Waldner bejaht.

Bürgermeister Manzenreiter hält fest, daß die Stadt Villach Leistungen erbracht hat, aber kein Geld bekommen hat. Die Zahlungstermine sind nicht eingehalten worden. Dieses System ist aus der Sicht der Privaten auch nicht eingehalten worden bisher, was die rechtzeitige Abfuhr der vollen Behälter betrifft. Immer dann, wenn es zu Feiertagen kommt, merkt man, daß man dort mit den Abfuhrterminen sehr vorsichtig ist. Vizebürgermeister Binter hat sogar drohen müssen, um eine rechtzeitige Entsorgung herbeizuführen. Angesichts dessen, daß ein privates Gesamtsystem mit S 1,5 Mrd. vor der Pleite steht und möglicherweise - wenn nicht die öffentliche Hand es abfängt - vor dem Zusammenbrechen steht, ist es interessant, daß man mit den Papieren, die darüber vorliegen, das Thema insgesamt befaßt. Der Bürger der Stadt bezahlt für dieses System - über die Verpackverordnung und über die Lizenzgebühren. Die Wirtschaft bezahlt aber an die Stadt nichts weiter und kann das scheinbar auch nicht, weil nicht genug Teilnehmer vorhanden sind und die Gebühren scheinbar falsch kalkuliert worden sind.

ÖVP-Fraktion dürfte das wahrscheinlichste sein. Begriffen habe Vizebürgermeister Binter möchte kurz auf ein paar Äußerungen eingehen. Er geht konform mit Gemeinderat Mag. Burian, wenn dieser erklärt, diese Verpackverordnung sei gescheitert und der Müll werde nicht vermieden. Es fällt ihm schwer, Gemeinderat Mag. Burian zuzustimmen, wenn dieser feststellt, daß man einen größeren Bonus weitergeben sollte. Der Gebührenhaushalt muß kostendeckend arbeiten. Daher kann er dem so nicht beipflichten. Es ist in diesem Haus heute bereits von einem Öko-Schmäh gesprochen worden. Er war nicht derjenige, der diesen Wortlaut gebraucht hat, aber es wird vermutlich schon so stimmen. Wenn Stadtrat Ing. Truppe behauptet, daß der Bauausschuß nicht ordentlich informiert wurde, dann waren anscheinend die zehn Seiten, die der Amtsvortrag beinhaltet, zu wenig. Er ist im Laufe dieser Sitzung zu der Auffassung gekommen, daß man sich nicht mit dieser Materie beschäftigt hat. Das hat sich sehr eindeutig herauskristallisiert. Es ist heute mehrmals davon gesprochen worden, daß die Stadt Villach Geld von der ARA bekommt. Wenn die Bediensteten der Entsorgungsbetriebe davon leben müßten, was die Stadt Villach von der ARA bekommt, dann wären alle schon verhungert, denn die Stadt Villach hat bis heute noch keinen Groschen von der ARA bekommen. Herr Waldner hat erklärt, daß es voraussichtlich bis Oktober so weitergehen wird. Trotzdem wird die Stadt Villach ihrer Verpflichtung nachkommen.

Rechtsanwalt Dr. Brandl war am Tag nach dem Erscheinen des Zeitungsartikels im Magistrat und hat sich erkundigt, wie dieses Gebührenmodell aussieht. Dr. Brandl ist sehr rasch zu der Erkenntnis gekommen, daß die Aussage, die er dort getätigt hat, nicht dem entspricht, was der Gemeinderat beschlossen hat. Er hat es in der Zwischenzeit zur Kenntnis genommen. Viele Mitglieder der

ÖVP-Fraktion dürften das wahrscheinlich noch immer nicht begriffen haben. Wenn er die Aussage hört, daß man, wenn man auf 14tägige Entleerung reduziert, auch um 50 % verbilligen kann, dann fragt er sich, welche Mitarbeiter die Handelskammer beschäftigt. Das würde überschlagsmäßig bedeuten: 50 % Fahrzeuge weg, 50 % Bedienstete weg. Wie die Müllinseln dann aussehen würden, kann man sich vorstellen.

Es ist die Bemerkung gefallen, daß das Modell von St. Jakob auch auf die Stadt Villach zutreffen könnte. Er wünscht all jenen Bewohnern viel Glück, die in mehrgeschoßigen Wohnhäusern wohnen, wenn dort nur alle acht Wochen abgeführt wird. Gemeinderat Samnitz hat schon erwähnt, daß Klagenfurt die einzige Stadt in ganz Kärnten ist, die bisher noch immer wöchentlich abführt. Dort gibt es bekannterweise eine Mehrheit der ÖVP und FPÖ.

Wenn hier davon gesprochen wird, daß einiges nicht funktioniert, dann funktioniert das nicht, was Aufgabe der Privatwirtschaft wäre. Die Entsorgung des Restmülls funktioniert in dieser Stadt ausgezeichnet. Darüber kann es keine Diskussion geben. Es ist leider so, daß dort, wo die Abfuhr nicht rechtzeitig funktioniert, die Entsorgungsbetriebe ebenfalls für die Reinhaltung sorgen müssen. Stadtrat Pacher hat erklärt, daß dies die Aufgabe der Entsorgungsbetriebe sei. Die Stadt Villach bekennt sich dazu. Es ist aber nicht die Aufgabe der Entsorgungsbetriebe, die Müllinseln zu reinigen, wenn nicht zeitgerecht abgeführt wird.

Er ist nun mehr davon überzeugt als vor dieser Gemeinderatssitzung, daß das Gebührenmodell, das zur Beschlußfassung vorgelegt wurde und letztenendes auch beschlossen wurde, das beste ist, was es zum jetzigen Zeitpunkt gibt. Diese Bestätigung hat man vom Städtebund

erhalten und auch dadurch, daß viele Gemeinden in Österreich jetzt dieses Gebührenmodell anwenden. Er ist davon überzeugt, daß mit diesem Gebührenmodell eine gute Grundlage für die Zukunft geschaffen ist und es in Villach in Zukunft korrekte Müllgebühren geben wird.

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß ihm zwei Zusatzanträge vorliegen - einer von den Villacher Grünen und einer von der SPÖ-Fraktion als Resolution. Ihm ist mitgeteilt worden, daß beide Zusatzanträge zurückgezogen werden und in einem gemeinsamen Vorgehen in der nächsten Gemeinderatssitzung ein gemeinsamer Antrag angestrebt und eingebracht wird.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der
FPÖ-, ÖVP-, VIG- und der VLT-Fraktion),

den Antrag der FPÖ-, ÖVP-, VIG- und der VLT-Fraktion betreffend Rücknahme der Gebühren im Bereich der Müllentsorgung auf das alte System und Erstellung eines Konzeptes, welches die Müllvermeidung belohnt, abzulehnen.

Pkt. 4.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge

folg. 4/5

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, daß zwei Anträge der FPÖ-Fraktion vorliegen, und zwar betreffend

- a) Privatisierung der städtischen Entsorgungsbetriebe und
- b) Privatisierung des städtischen Gaswerkes.

Die beiden Anträge der FPÖ-Fraktion werden

der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung

zugeführt.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, dankt Bürgermeister Manzenreiter für die rege Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 14.15 Uhr

Der Protokollführer:



(Karin Wernig)

Der Bürgermeister:



(Helmut Manzenreiter)

Der Protokollprüfer:



(GR Hilde Schaumberger)



(GR Dr. Gerhard Ertl)